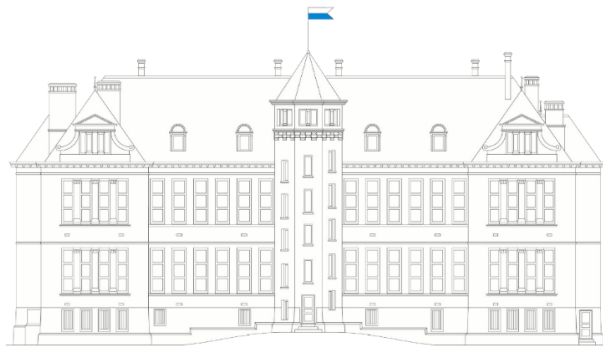


EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



EDITORIAL

Ein gesegnetes Weihnachtsfest und einen gesunden Start in das Jahr 2022!

Liebe europapolitisch Interessierte,

mit der 20. Ausgabe des Europaberichts sind wir auf der Zielgeraden des Jahres 2021 angekommen. Zwölf Monate liegen hinter uns, die so keiner erwartet hat und die auf nationalem wie internationalem Parkett von großen Unwägbarkeiten und Unsicherheiten geprägt waren. Leider hat die Corona-Pandemie Europa weiter im Griff. Sie hat die Europapolitik abermals dominiert und uns vor große Herausforderungen gestellt. Um nur vier Stichworte zu nennen: Impfstoff(-beschaffung), Binnengrenzkontrollen, Wiederaufbaufonds, Virusvarianten. Klar ist: Wir werden nur gemeinsam die Pandemie bewältigen können. Unser geeintes Europa muss hierfür weiter Antworten liefern!



Ihnen allen ein großes Dankeschön für das europapolitische Miteinander, die Loyalität, das Vertrauen und die darin zum Ausdruck kommende Verbundenheit, die Sie mir in meinem ersten Jahr als Bayerische Europaministerin und dem gesamten Team der Bayerischen Vertretung in Brüssel geschenkt haben. Wir alle wissen das sehr zu schätzen!

Nun gilt unser Blick dem vor uns liegenden Jahr 2022. Damit sind Hoffnungen verbunden, die aber von uns weiterhin großen Einsatz verlangen. Doch zuvor ist jetzt erst einmal Weihnachten. Und das ist auch gut so. Denn nach all den außergewöhnlichen Umständen und den damit verbundenen Kräfte zehrenden Monaten im permanenten „COVID-19 Modus“ bietet für die meisten das Fest der Geburt Christi die seltene Gelegenheit, sich etwas zurückzunehmen, ja auch auszuspannen und all den Stress des sich dem Ende zu neigenden Jahres 2021 abzustreifen.

Weihnachten und die Tage zwischen den Jahren ist eine Zeit des Auftankens und für wertvolle Stunden im Kreise der Lieben. Nutzen Sie diese Zeit für die schönen Dinge des Lebens. Und lassen Sie uns im Jahr 2022 eng verbunden bleiben. Ich freue mich, wenn Sie weiterhin reges Interesse an den Ausgaben unseres Europaberichts zeigen. Kurzum: Bis zur nächsten Ausgabe am 14.01.2022!

Ihre Melanie Huml, MdL



EDITORIAL	2
Ein gesegnetes Weihnachtsfest und einen gesunden Start in das Jahr 2022!	2
POLITISCHE SCHWERPUNKTE, INSTITUTIONELLES UND MEDIEN.....	10
RATSPRÄSIDENTSCHAFT.....	10
EU-Gipfel am 16./17.12.2021: COVID-19, Russland-Ukraine-Konflikt, Energiepreise, Migration	10
Rat für Allgemeine Angelegenheiten hat Rechtstaatlichkeit in Polen und EU-Werte in Ungarn im Blick.....	11
Rat für Auswärtige Angelegenheiten verhängt Sanktionen gegen russische Söldnertruppe "Wagner" ...	12
<i>Macron</i> stellt in Paris Schwerpunkte der Französischen EU-Ratspräsidentschaft vor	12
EU verlängert Sanktionen wegen Menschenrechtsverletzungen u. a. gegen China um ein Jahr	13
EUROPÄISCHES PARLAMENT	13
Plenartagung vom 13.12.2021 - 17.12.2021: DMA, Rechtsstaat, Ukraine, geschlechtsspezifische Gewalt, Afrika	13
Europäisches Parlament ehrt russischen Oppositionspolitiker <i>Alexei Nawalny</i>	15
Sozialdemokraten stellen keinen eigenen Kandidaten für Wahl des Parlamentspräsidenten auf	15
INSTITUTIONELLES.....	16
Kommission stellt Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland wegen EZB-Urteil ein.....	16
Nächste Stufe im Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn wegen LGBTQI-Gesetzgebung	16
Global Gateway: Kommission legt neue Konnektivitätsstrategie zur Förderung nachhaltiger Infrastrukturen vor.....	16
AUSSCHUSS DER REGIONEN.....	17
Plenartagung am 01./02.12.2021: Stärkung der europäischen Demokratie	17
MEDIEN	17
Reporter ohne Grenzen (RSF) kritisiert Schweigen der EU zum griechischen Mediengesetz	17
Jahresbericht von RSF: Zahl inhaftierter Journalisten erreicht historischen Höchststand	18
STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION	19
Rat der EU-Innenminister am 09.12.2021	19
COVID-19	19
Erneute Überarbeitung der Positivliste einreiseberechtigter Drittstaaten.....	19
ASYL UND MIGRATION	19
EU verabschiedet fünftes Sanktionspaket als Reaktion auf die Instrumentalisierung von Migranten durch Belarus.....	19
Kommission schlägt befristete Ausnahmemaßnahmen zur Unterstützung Lettlands, Litauens und Polens vor	20
Berichtersteller des Europäischen Parlaments legen weitere Berichtsentwürfe zu Legislativvorschlägen des Asyl- und Migrationspakets vor	20
Rat nimmt Asylagentur-VO förmlich an	21



POLIZEILICHE ZUSAMMENARBEIT.....	21
Kommission schlägt EU-Kodex für die polizeiliche Zusammenarbeit vor	21
SCHENGEN	22
Kommission schlägt Reform des Schengener Grenzkodex vor	22
CYBERSICHERHEIT	22
Rat legt Verhandlungsposition zur NIS2-Richtlinie fest.....	22
SPORT	23
EU-Sportministerrat betont Schlüsselemente eines wertebasierten EU-Sportmodells	23
STAATSMINISTERIUM FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR	24
GREEN DEAL	24
Kommission veröffentlicht weitere Vorschläge im Verkehrsbereich.....	24
Kommission veröffentlicht weitere Vorschläge im Energiebereich.....	25
BAUEN UND WOHNEN.....	26
Kommission ermöglicht Rückmeldung zur Überarbeitung der Gebäudeenergieeffizienzrichtlinie.....	26
Mission „100 klimaneutrale und intelligente Städte bis 2030“: Interessensbekundung für Städte gestartet	26
VERKEHRSPOLITIK	26
Ergebnisse der Sitzung des EU-Verkehrsrats am 09.12.2021 in Brüssel.....	26
COVID-19	28
Kommission beschließt Verlängerung der Zeitnischenregelung auf Flughäfen	28
Kommission veröffentlicht Bericht zu den Flugsicherungsdiensten in der EU und den USA.....	28
VERKEHRINFRASTRUKTUR	28
Europäischer Rechnungshof kritisiert Umsetzung und Kosten großer EU-Verkehrsinfrastrukturprojekte	28
SCHIENENVERKEHR	29
Kommission verklagt Deutschland vor dem EuGH zur Sicherheit und Interoperabilität des Eisenbahnsystems.....	29
LUFTVERKEHR	30
Kommission startet EU-Flugverkehrsmanagementprogramm SESAR 3	30
Kommission reaktiviert Netzwerk für Drohnenanwendungen.....	30
Kommission nimmt aktualisierte EU-Luftverkehrssicherheitsliste an	30
EU und Oman unterzeichnen Luftverkehrsabkommen	30
Eurostat veröffentlicht Zahlen zum Luftverkehr 2020	31
STRAßENVERKEHR.....	31
Kommission führt Befragung zu Höchstmaßen und -gewichten von Straßenfahrzeugen durch	31
SEEVERKEHR.....	31
Kommission führt Konsultation zu illegaler Schadstoffeinleitung von Schiffen durch	31



MULTIMODALER VERKEHR	32
Kommission führt Konsultation zu digitalen Diensten für multimodale Mobilität durch	32
Kommission richtet multimodales Fahrgastmobilitätsforum ein	32
STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ	33
Kommission stellt Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland wegen EZB-Urteil ein	33
Vorschlag zur Ausweitung der EU-Straftatbestände auf Hetze und Hasskriminalität	33
Green Deal: Richtlinienvorschlag zur Bekämpfung von Umweltkriminalität	34
Kommission stellt mehrere Initiativen zur Digitalisierung der Justizsysteme vor	34
EU-Justizministerrat am 10.12.2021	35
Vorläufige Einigung zur e-CODEX Verordnung	35
Einigung im Rat über Beitritt zum Anerkennungs- und Vollstreckungsübereinkommen	36
Kommission startet öffentliche Konsultation zur Übertragung von Strafverfahren	36
Kommission startet gezielte Konsultation zum Rechtsstaatlichkeitsbericht 2022	36
Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit – Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland	37
Vertragsverletzungsverfahren gegen Polen wegen Richter pensionierung eingestellt	37
STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST	38
FORSCHUNG	38
EU-Forschungsministerrat beschließt Meilensteine für den Europäischen Forschungsraum	38
Finanzmittel in Höhe von 673 Mio. € für Missionen unter Horizont Europa beschlossen	38
Nächste Ausschreibungsrunde für Europäische Hochschulnetzwerke gestartet	39
KULTUR	39
EU-Kulturministerrat tagt in Brüssel	39
Infoplattform „CulturEU“ für EU-Kulturförderung freigeschaltet	40
STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT	41
Euro-Gruppe am 06.12.2021: u. a. Bewertung der Kommissionsempfehlung für das Euro- Währungsgebiet 2022	41
ECOFIN-Sitzung am 07.12.2021: u. a. Aktualisierung von Mehrwertsteuervorschriften	41
EU-HAUSHALT	42
Schlussanträge des Generalanwalts am EuGH zu Klagen Ungarns und Polens gegen die Konditionalitätsregelung	42
Europäisches Parlament: rasche Anwendung der Konditionalitätsregelung	42
STEUERN	42
Vertragsverletzungsverfahren: Anpassung deutschen IT-Systems im Zusammenhang mit Konsignationslagerregelungen	42
Mehrwertsteuer-Lücke in der EU	43



WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION	43
Neugestaltung der Euro-Banknoten	43
Bericht des Präsidenten der Euro-Gruppe <i>Paschal Donohoe</i> an <i>Charles Michel</i>	43
Kommission gibt zur Finanzierung der Erholung bis Juni 2022 langfristige Anleihen in Höhe von 50 Mrd. € aus	44
STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE ...	45
WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE	45
Überarbeitung der Roaming-Verordnung: Politische Einigung erzielt	45
Abstimmungen zu den Gesetzen für digitale Dienste und digitale Märkte im Europäischen Parlament ..	45
Kryptowerte: Politische Einigung zur Verordnung über eine Pilotregelung für Marktinfrastrukturen auf der Grundlage von DLT	45
Digitales Finanzwesen: Strategie der Kommission für eine gestraffte Datenmeldung an die Aufsichtsbehörden	46
Reglementierung von Berufen: Kommission leitet Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland ein	46
Neues digitales Instrument zur Unterstützung der EU-Mitgliedstaaten bei der Überwachung ihrer Resilienz	47
Neues Online-Tool zur Unterstützung der Dekarbonisierung in der EU	47
EIB-Gruppe und Deutsche Bank unterstützen kleine und mittelgroße Unternehmen in der Coronakrise	48
Staatliche Beihilfen: Kommission genehmigt Fördergebietskarte Deutschlands für 2022 - 2027.....	48
Staatliche Beihilfen: Kommission genehmigt Änderungen an deutscher Regelung zur Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien	48
Staatliche Beihilfen: Kommission nimmt überarbeitete Mitteilung über kurzfristige Exportkreditversicherungen an	49
Staatliche Beihilfen: Kommission verabschiedet überarbeitete Leitlinien zur Förderung von Risikofinanzierungen	49
Bericht über die Durchführung von Finanzinstrumenten	49
EU-Bankensektor: Sondierung zur Überprüfung makroprudenzieller Vorschriften gegen Systemrisiken	50
Konsultation zu einem neuen Rechtsrahmen für Industrieprodukte	50
TECHNOLOGIE UND INNOVATION	50
Tagung des Wettbewerbsfähigkeitsrat: Teil Forschung und Weltraum.....	50
Raumfahrt: Zwei neue Galileo-Satelliten für präzise Navigationsdienste gestartet	51
Europäischer Investitionsfonds: Garantievereinbarung mit CHANCEN eG zur Studien-Finanzierung in Deutschland	51
AUßENWIRTSCHAFT.....	52
Handel: Kommission legt Instrumentarium zur Bekämpfung von Zwangsmaßnahmen aus Drittstaaten vor	52
Global Gateway: Kommission legt neue Konnektivitätsstrategie zur Förderung nachhaltiger Infrastrukturen vor	52



Europäisches Parlament legt Standpunkt zum Instrument für das internationale Beschaffungswesen fest.....	53
EU und USA leiten gemeinsamen Dialog über die Wettbewerbspolitik im Technologiebereich ein	53
EU unterstützt drei neue Initiativen der Welthandelsorganisation zu Handel und Umwelt	54
Vereinfachung des Dienstleistungshandels: EU und WTO-Mitglieder einigen sich auf Übereinkommen	54
ENERGIE	54
Green Deal: Kommission veröffentlicht weitere Vorschläge im Energiebereich	54
Transeuropäische Energienetze: Rat und Parlament erzielen vorläufige Einigung zur TEN-E-Verordnung	55
Tagung des Energieministerrats: Schwerpunkt auf steigenden Energiepreisen und Fit-for-55-Paket	55
Wasserstoff: Eröffnung der Europäischen Wasserstoffwoche durch <i>Ursula von der Leyen</i>	56
Wasserstoff: Europäische Allianz veröffentlicht Liste über europäische Projekte	56
STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ	57
UMWELT	57
Green Deal: Kommission veröffentlicht weitere Vorschläge	57
Bericht zum Umsetzungsstand der Wasserrahmenrichtlinie und zur Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie veröffentlicht.....	57
Neue Online-Instrumente für die EU-Biodiversitätsstrategie.....	58
Einigung zum 8. Umweltaktionsprogramm erzielt	58
Ziel drei Milliarden Bäume bis 2030 - Datentool MapMyTree veröffentlicht.....	58
Kommission erhebt Klage vor dem EuGH wegen unzureichendem Schutz von blütenreichen Wiesen in Natura-2000-Gebieten	59
Konsultation bezüglich Maßnahmen zur Eindämmung der Umweltfolgen von Mikroplastik	60
Erstmals Schätzungen der vierteljährlichen Treibhausgasemissionen der EU veröffentlicht	60
Konsultation zur Verbesserung der Umwelthaftungsrichtlinie	60
LIFE-Programm: Investitionspaket zu neuen Umwelt- und Klimaprojekten	61
Mission „100 klimaneutrale und intelligente Städte bis 2030“: Interessensbekundung für Städte gestartet	61
VERBRAUCHERSCHUTZ	62
Konsultationen für bessere Verbraucherinformationen bei der Lebensmittelkennzeichnung	62
Anforderungen von recyceltem Kunststoff in Lebensmittelverpackungen	62
Untersuchungsausschuss zum Schutz von Tieren beim Transport nimmt Abschlussbericht und Empfehlungen an.....	62
Evaluierung des neuen Rechtsrahmens für Industrieprodukte gestartet	63
Novellierung der Spielzeug-Richtlinie soll Kinder noch besser schützen.....	63
EuGH: Abbildungen von Zigarettenpackungen müssen gesundheitsbezogene Warnhinweise enthalten	64
Jahresbericht zu fluorierten Treibhausgasen veröffentlicht.....	64



STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN	66
Abschluss der legislativen Arbeiten der EU zur neuen GAP ab 2023	66
Kommission veröffentlicht Evaluierung der Auswirkungen der GAP auf den ländlichen Raum	66
Kommission veröffentlicht Zusammenfassung der Evaluierung der Informationspolitik zur GAP	66
Tagung Agrarrat	67
Kommission veröffentlicht agrarwirtschaftlichen Ausblick für Zeit von 2021 - 2031	68
Green Deal: Kommission veröffentlicht weitere Vorschläge	69
EFSA und ECHA geben Ergebnisse der öffentlichen Konsultationen zur Wiederezulassung von Glyphosat bekannt	69
STAATSMINISTERIUM FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES	71
Kommission will Arbeitsbedingungen von Plattformbeschäftigten verbessern	71
Mit Aktionsplan sollen Potentiale der Sozialwirtschaft geweckt werden	71
Beschäftigungsfähigkeit mit Initiativen zur beruflichen Weiterbildung stärken	71
Kommission schlägt Maßnahmen für einen gerechten Übergang zur Klimaneutralität vor	72
Politische Einigung: Das Jahr der Jugend 2022 kann kommen	72
Mitgliedstaaten sollen zivilgesellschaftliche Räume für junge Menschen schaffen	73
Rat positioniert sich zu Mindestlohn und Lohntransparenz	73
Kommission startet öffentliche Konsultation zur Stärkung der Gleichbehandlungsstellen	74
Geschlechtsspezifische Gewalt im Internet: Parlament will ein EU-Gesetz	74
Gleichstellung: Abgeordnete fordern besseren Arbeitsmarktzugang für Frauen	74
Europäisches Parlament fordert rasche Einführung eines EU-Sozialversicherungsausweises	75
Europaabgeordnete fordern: Öffentliche Aufträge nur noch an tarifgebundene Unternehmen	75
Automobilzulieferer befürchten mit reinem Elektro-Ansatz massiven Jobverlust	75
EuGH: Gehaltskürzung während Urlaub wegen Arbeitsunfähigkeit ist europarechtswidrig	75
EuGH stärkt die Rechte von Familien mit zwei gleichgeschlechtlichen Elternteilen	76
10.000 junge Menschen haben bereits von Erasmus für Jungunternehmer profitiert	76
Gewinner des Europäischen Wettbewerbs für soziale Innovation 2021 stehen fest	76
Disability Platform nimmt ihre Arbeit für die Rechte von Menschen mit Behinderungen auf	76
Europäische Ausbildungsallianz veröffentlicht Aktionsplan	77
Ausgezeichnet barrierefrei: Stadt Luxemburg erhält Access City Award 2022	77
Europäische Arbeitsbehörde will Verfahren zur Schlichtung von Streitigkeiten über Arbeitsmobilität in der EU vereinfachen	77
STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE	78
Länderspezifische Gesundheitsprofile 2021	78
Rat nimmt Schlussfolgerungen zur Stärkung der Europäischen Gesundheitsunion an	78
Immunreaktion bei heterologer Auffrischungsimpfung	79



Europäische Arzneimittelagentur empfiehlt Zulassung von RoActemra für Erwachsene mit schwerer COVID-19 Infektion.....	79
Rat streicht Jordanien und Namibia von der Liste der Länder, für die die Reisebeschränkungen aufgehoben werden sollten	79
Genug Impfstoff für Auffrischungsimpfungen vorhanden	80
COVID-Variante: Kommission fordert koordinierte Maßnahmen der EU-Staaten	80
WHO-Staaten vereinbaren Aushandlung eines internationalen Instruments über Pandemieprävention und -reaktion.....	81
EU und Türkei erörtern Gesundheitsfragen von beiderseitigem Interesse	81
WHO-Sondersitzung: <i>von der Leyen</i> bekräftigt weltweites Impfziel von 70 %.....	82
Stärkung des Europäischen Zentrums für die Prävention und Kontrolle von Krankheiten	82
COVID-19-Impfstoffausfuhren aus EU ab 2022 nicht mehr genehmigungspflichtig	82
ECDC stuft Omikron-Variante als besorgniserregend ein.....	83
Gültigkeitsdauer für Impfzertifikate soll auf neun Monate beschränkt werden.....	83
Europäisches Parlament: Arzneimittel müssen leichter zugänglich und bezahlbar sein	83
STAATSMINISTERIUM FÜR DIGITALES	84
Abstimmungen zu den Gesetzen für digitale Dienste und digitale Märkte im Europäischen Parlament ..	84
Kommission will Arbeitsbedingungen von Plattformbeschäftigten verbessern	84
Tagung des Rates „Verkehr, Telekommunikation und Energie“ (Telekommunikation)	84
Politische Einigung zum Daten-Governance-Gesetz	85



POLITISCHE SCHWERPUNKTE, INSTITUTIONELLES UND MEDIEN

RATSPRÄSIDENTSCHAFT

EU-Gipfel am 16./17.12.2021: COVID-19, Russland-Ukraine-Konflikt, Energiepreise, Migration

Am 16./17.12.2021 fand das turnusmäßige Gipfeltreffen der 27 EU-Staats- und Regierungschefs statt.

Im Kampf gegen die Corona-Variante Omikron setzt die EU auf beschleunigte Auffrischungs-Impfungen. „Impfungen für alle anzubieten und Booster-Dosen bereitzustellen, ist entscheidend und dringend“, heißt es in den gemeinsamen Schlussfolgerungen zur Corona-Pandemie. Auflagen wie eine Testpflicht auch für geimpfte Reisende schloss der EU-Gipfel nicht aus. Zum Hintergrund: Einige Länder wie Irland, Portugal, Italien und Griechenland haben wegen der Omikron-Variante ihre Einreiseregeln verschärft. Dort müssen auch Geimpfte bei der Ankunft einen negativen Corona-Test vorlegen. Solche Entscheidungen wurden in der Pandemie bereits mehrfach unabgestimmt getroffen. Des Weiteren sollen Corona-Impfnachweise für Reisen innerhalb der EU künftig nur noch maximal neun Monate gültig sein. Das will die Kommission noch vor Weihnachten vorschlagen. Ziel sei es, die Bürger zu schnellen Auffrischungs-Impfungen zu motivieren. Eine allgemeine Impfpflicht in der EU zeichnet sich dagegen bisher nicht ab. Deutschland wie Österreich haben eine solche Maßnahme auf den Weg gebracht, in Deutschland soll in Kürze der Bundestag darüber abstimmen. Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* hatte die Debatte kürzlich für ganz Europa als notwendig bezeichnet.

Die EU-Staats- und Regierungschefs betonten mit Blick auf den Russland-Ukraine-Konflikt: „Jede weitere militärische Aggression Russlands gegen die Ukraine wird massive Konsequenzen und hohe Kosten zur Folge haben“, darunter „mit Partnern koordinierte“ Sanktionen. Damit wurde ihre Drohung in Richtung des russischen Präsidenten *Wladimir Putin* nochmals geschärft. Die bereits bestehenden Wirtschaftssanktionen der Europäischen Union gegen Russland sollen wegen des andauernden Konflikts um weitere sechs Monate verlängert werden. Die EU hatte die Handels- und Investitionsbeschränkungen 2014 verhängt und zuletzt im Juli bis zum 31.01.2022 verlängert. Sie werden nun bis 31.07.2022 gelten.

Vor dem EU-Gipfel hatte Bundeskanzler *Olaf Scholz* mit dem ukrainischen Präsidenten *Wolodymyr Selenskyj* und Frankreichs Präsident *Emmanuel Macron* zu dritt beraten. Deutschland und Frankreich wollen demnach ihre Vermittlungsbemühungen in dem Konflikt im Rahmen des sog. Normandie-Formats wieder verstärken. Die Ukraine forderte ihrerseits einen Verzicht auf die Gaspipeline Nord Stream 2. Der polnische Regierungschef *Mateusz Morawiecki* nannte die Pipeline bereits beim sog. Gipfel der Östlichen Partnerschaft am 15.12.2021 einen Fehler und ein Werkzeug der Erpressung in der Hand des russischen Präsidenten *Putin*.

Auf der Agenda des EU-Gipfels standen auch die steigenden Energiepreise. Hier gab es unterschiedliche Einschätzungen: ein Teil der EU-Staaten (u. a. Deutschland) vertrat die Auffassung, dass die Märkte gut funktionieren und die Regulierung des Preises über die Märkte erfolgen solle. Auch ein vorläufiger Bericht der EU-Energieaufsicht ACER kommt zu diesem Ergebnis. Polen machte dagegen angebliche Spekulation im Emissionshandelssystem (ETS) für die hohen Energiepreise verantwortlich. Die Marktaufsichtsbehörde ESMA



konnte bislang keine Beweise dafür finden. Ungelöst blieb auch der Konflikt zwischen Frankreich und Deutschland über die Atomkraft: Die französische Regierung beharrte weiter darauf, dass Kernenergie als „grüne“ Technologie Investment-Vorteile beanspruchen darf. Deutschland stemmte sich mit Dänemark, Österreich, Luxemburg und Portugal gegen diese Forderungen, Atomkraft als umweltfreundliche Energie einzustufen.

Das Thema Migration wurde beim Gipfel weitgehend ausgeklammert. In der Erklärung werden die Kommission und der Außenbeauftragte *Josep Borrell* dazu aufgerufen, zügig neue Abkommen zur Rückübernahme von Migranten ohne Aufenthaltserlaubnis in der EU abzuschließen. Dafür soll *Borrell* alle verfügbaren Instrumente der EU als Druckmittel einsetzen – u. a. die Entwicklungshilfe sowie die Handels- und Visumpolitik.

Im Rahmen der Tagung des Euro-Gipfels (inklusive Format) ersuchten die EU-Staats- und Regierungschefs die Euro-Gruppe, einen mehrstufigen, an Fristen geknüpften Arbeitsplan für alle noch ausstehenden Komponenten auszuarbeiten, der den Weg zur Vollendung der Bankenunion weist und forderten, die Fortschritte bei der Vertiefung der Kapitalmarktunion zu beschleunigen. Daneben betonten die Gipfelteilnehmer, dass die enge Koordinierung der haushaltspolitischen Strategien im Euro-Währungsgebiets nach wie vor von wesentlicher Bedeutung sei, um die nachhaltige Erholung der Wirtschaft dauerhaft zu festigen.

[Schlussfolgerungen Europäischer Rat](#); [Erklärung Euro-Gipfel](#); [Erklärung Gipfel der Östlichen Partnerschaft](#)

Rat für Allgemeine Angelegenheiten hat Rechtstaatlichkeit in Polen und EU-Werte in Ungarn im Blick

Bei der Ratstagung in der Formation „Allgemeine Angelegenheiten“ am 14.12.2021 in Brüssel war Deutschland erstmals durch die neue Staatsministerin für Europa, *Anna Lührmann*, vertreten.

Der Rat hat den Sachstand in Bezug auf die Rechtsstaatlichkeit in Polen im Rahmen des Verfahrens nach Artikel 7 Absatz 1 EUV überprüft. Die Kommission teilte schwerwiegende Bedenken mit, die sich weiter verschlechtert hätten seit der letzten Anhörung im Juni durch Entscheidungen polnischer Gerichte. Im Hinblick auf derartige Entscheidungen sei ein „besorgniserregendes Muster mangelnden Respekts“ gegenüber internationalen Verpflichtungen zu sehen. Polen wies die Anschuldigungen zurück.

Die Minister haben sich im Rahmen des Verfahrens nach Artikel 7 Absatz 1 EUV auch einen Überblick über die Lage in Bezug auf die Achtung der Werte der EU in Ungarn verschafft. Die Kommission teilte mit, schwerwiegende Bedenken im Sinne des Art. 7-Verfahrens bestünden fort (u. a. Unabhängigkeit der Justiz, Umsetzung von EuGH-Urteilen, Medien- und Meinungsfreiheit, akademische Rechte von LGBTQI-Personen). Der künftige französische Vorsitz hat seine Absicht angekündigt, im ersten Halbjahr 2022 eine Anhörung abzuhalten.

Die Minister billigten zudem die „Ratsschlussfolgerungen zur Erweiterung, Stabilisierung und dem Beitrittsprozess“. Darin wird u. a. eine Bilanz der erzielten Fortschritte gezogen und die Lage in jedem der Kandidaten- und potenziellen Kandidatenländer bewertet sowie Leitlinien für die Reformprioritäten festgelegt.

[Tagungsseite des Allgemeinen Rates](#)



Rat für Auswärtige Angelegenheiten verhängt Sanktionen gegen russische Söldnertruppe "Wagner"

Am 13.12.2021 fand in Brüssel die Tagung der EU-27 Außenminister in der Formation „Auswärtige Angelegenheiten“ statt. Deutschland war dabei erstmals durch Außenministerin *Annalena Baerbock* vertreten.

Die Minister haben einstimmig Sanktionen gegen die russische Söldnertruppe „Wagner“ verhängt, die u. a. wegen Einsätzen in Konfliktgebieten wie der Ukraine (an der Seite prorussischer Separatisten) und Syrien sowie Libyen in der Kritik steht. Die EU wirft der Söldnertruppe schwere Menschenrechtsverstöße wie Folter und gezielte Tötungen in Konfliktherden vor. Die Sanktionen, die bereits in Kraft sind, richten sich gegen die Gruppe selbst, acht Verantwortliche und drei Unternehmen, die mit ihr in Verbindung gebracht werden. Das Vermögen der Betroffenen in der EU wird eingefroren, die Beteiligten werden mit Einreisesperren belegt.

Wegen der jüngsten Spannungen mit Russland hat die EU zudem neue Wirtschafts- und Finanzsanktionen vorbereitet (siehe Bericht zum EU-Gipfel in dieser Rubrik). Die EU, die Ukraine und die NATO werfen Russland eine erhebliche Truppenverstärkung an der Grenze zur Ukraine vor. Im Zusammenhang mit dem Konflikt forderte u. a. Polen, auf die Inbetriebnahme der fertiggestellten Ostseepipeline Nord Stream 2 zu verzichten.

Erstmals berieten die EU-Außenminister auch über einen möglichen politischen Boykott der Olympischen Winterspiele in Peking im Februar 2022. Eine einheitliche Linie der Mitgliedstaaten zeichnet sich jedoch bisher nicht ab. Die USA, Australien, UK und Kanada haben bereits einen diplomatischen Boykott angekündigt.

[Tagungsseite des Auswärtigen Rates](#)

Macron stellt in Paris Schwerpunkte der Französischen EU-Ratspräsidentschaft vor

Drei Wochen vor Beginn der Französischen EU-Ratspräsidentschaft hat Präsident *Emmanuel Macron* im Rahmen einer Pressekonferenz am 09.12.2021 in Paris die Schwerpunkte der Präsidentschaft vorgestellt.

Er sprach sich für einen neuen Mechanismus aus, um Europas Außengrenzen zu schützen. Dieser solle im Fall einer Krisensituation im Schengenraum greifen, „wenn eine stärkere Kontrolle unserer Außengrenzen nötig wird“. Er betonte auch die Erfordernis für eine politische Steuerung nach dem Vorbild der Eurozone. Es solle regelmäßig Ministertreffen geben, die über eine Verstärkung der Grenzen entscheiden können.

Während der französischen EU-Ratspräsidentschaft solle auch der europäische Migrationspakt vorangebracht werden, der eine gerechtere Verteilung von Migranten in Europa vorsieht. Dazu sei es u. a. nötig, „mit Herkunfts- und Transitländern zusammenzuarbeiten, um gegen Schlepperbanden zu kämpfen“.

Im Bereich der Außenpolitik will sich Macron für eine neue europäische Verteidigungsstrategie einsetzen, um die militärischen Fähigkeiten der EU auszubauen. Er reagiert damit auch auf Kritik am Militäreinsatz in Afghanistan, bei dem europäische Truppen von ihren US-amerikanischen Verbündeten abhängen.



Reformen strebt *Macron* zudem bei den Haushaltsrichtlinien in der EU an. Demnach sollen die Schuldenregeln verändert werden. Um Investitionen, u. a. in Klimaschutz, Digitalisierung und Verteidigung voranzutreiben, müsse das starre Festhalten an den Maastricht-Kriterien im Einzelfall bei Bedarf überdacht werden.

[Artikel in „Politico“](#) (in englischer Sprache)

EU verlängert Sanktionen wegen Menschenrechtsverletzungen u. a. gegen China um ein Jahr

Die EU hat ihre Sanktionen wegen Menschenrechtsverletzungen (u. a. gegen China; Stichwort: Unterdrückung der Minderheit der Uiguren) um ein Jahr verlängert. Dies teilte der Rat (Format: Auswärtige Angelegenheiten) am 06.12.2021 mit. Die EU-Sanktionen sehen vor, dass sämtliche Vermögenswerte der betroffenen natürlichen oder juristischen Personen eingefroren werden. Außerdem dürfe ihnen kein Geld oder wirtschaftliche Ressourcen mehr zur Verfügung gestellt werden. Die Einreise in die EU ist ihnen ebenfalls verboten. Die im Frühjahr 2021 verhängten EU-Sanktionen gegen Verantwortliche aus China hatten zu diplomatischen Spannungen zwischen der EU und Peking geführt. Als Reaktion erließ die chinesische Regierung Gegensanktionen gegen europäische Politiker, Experten und Institutionen. In Deutschland betreffen die chinesischen Gegensanktionen den Grünen-Europaabgeordneten *Reinhard Bütikofer*, den CDU-Europaabgeordneten *Michael Gahler* sowie den Uiguren-Forscher *Adrian Zenz* und das Mercator-Institut für China-Studien (Merics). Den von den chinesischen Sanktionen betroffenen Personen und ihren Familien wird u. a. die Einreise auf das chinesische Festland, nach Hongkong und Macao untersagt. In der EU wurde daraufhin der Prozess zum Abschluss des bereits ausgehandelten Investitionsabkommens auf Eis gelegt.

Auch Strafmaßnahmen wegen Menschenrechtsverletzungen in Ländern wie Russland, Libyen und Nordkorea wurden seitens des Rates bis zum 08.12.2022 fortgeschrieben.

[Pressemitteilung des Rates](#)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

Plenartagung vom 13.12.2021 - 17.12.2021: DMA, Rechtsstaat, Ukraine, geschlechtsspezifische Gewalt, Afrika

Auf seiner letzten Plenartagung in diesem Jahr behandelte das Europäische Parlament (EP) die folgenden wesentlichen Themen:

- **Wiederaufbaupläne:** In einer Debatte wiesen die Abgeordneten darauf hin, dass eine transparente Kontrolle der Verwendung der Mittel unabdingbar sei für den Erfolg der Pläne. Mehrere Teilnehmer forderten Online-Werkzeuge, um den Fortschritt verfolgen zu können. Auch die Bindung der Mittelvergabe an Rechtsstaatlichkeit wurde (erneut) gefordert, von einigen aber auch kritisiert.
- **Gesetz über digitale Märkte:** Mit nur acht Gegenstimmen verabschiedete das Plenum seine Position zum Digital Markets Act (DMA), mit dem bestimmte Verhaltensweisen großer Internet-Plattformen im



Interesse offener und gerechter Märkte verboten werden sollen. Gegenüber Kommissions- und Ratstext wurde u. a. personalisierte Werbung eingeschränkt. Der Trilog kann nun beginnen.

- **Öffentliches Beschaffungswesen:** Mit dem beschlossenen Internationalen Beschaffungsinstrument (IPI) sollen Drittländer dazu motiviert werden, ihre Ausschreibungen für EU-Unternehmen zu öffnen, da deren Unternehmen andernfalls der Zugang zu EU-Ausschreibungen verwehrt werden kann. Nun kann der Trilog mit Rat und Kommission starten.
- **Entwicklung in Slowenien:** Die Mehrheit der Abgeordneten ist besorgt über ein „Klima der Feindseligkeit, des Misstrauens und großer Polarisierung“. Dies bezieht sich insbesondere auf die Lage der Medienfreiheit im Land. Aber auch in Bezug auf die Ernennung Europäischer Staatsanwälte, deren Ernennungskriterien rückwirkend geändert werden können, bestehen ernste Bedenken.
- **Rechtsstaat in Polen:** Ebenso fordert eine Mehrheit die EU-Institutionen auf, ihre Bemühungen gegen die Erosion des Rechtsstaats in Polen zu verstärken. Hingewiesen wurde u. a. auf ein Urteil des polnischen Verfassungsgerichts vom 24.11.2021, mit dem Teile der Europäischen Menschenrechtskonvention als verfassungswidrig eingeordnet wurden, und das weitgehende Abtreibungsverbot.
- **Russland-Ukraine-Konflikt:** Das Plenum erklärt, Russland müsse für eine Aggression einen hohen politischen und wirtschaftlichen Preis zahlen. Das Land wird aufgefordert, unverzüglich seine Truppen abzuziehen. Außerdem heißt es in der mit breiter Mehrheit verabschiedeten Entschließung, die Energiesolidarität mit der Ukraine müsse gestärkt werden, Nord Stream 2 dürfe nicht in Betrieb gehen.
- **Jahr der Jugend 2022:** Das Plenum stimmt den Plänen der Kommission zu, nächstes Jahr u. a. mit Konferenzen, Initiativen für Politikbeteiligung und Studien die Situation junger Menschen in der EU in den Fokus zu rücken und zu verbessern.
- **Gleichstellung:** Angesichts eines Lohngefälles von 14,1 % und eines Rentengefälles von 29,5 % fordert das Plenum die Mitgliedstaaten auf, praktische Maßnahmen zu ergreifen, damit Frauen gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt und gleichen Lohn erhalten.
- **Geschlechtsspezifische Gewalt:** Das EP fordert – im Licht der Ankündigung eines Vorschlags durch die Kommission für März 2022 – einen Rechtsrahmen für die Bekämpfung geschlechtsspezifischer „Gewalt“ im Internet, wozu u. a. „Cyber-Stalking“, sexistische Hetze und Fernüberwachung gehöre. Dies solle unter Strafe gestellt werden. Zudem sollten alle Mitgliedstaaten der Istanbul-Konvention beitreten.
- **Europäischer Rat:** In einer Debatte betonten die Abgeordneten, dass die Impfung die stärkste Waffe gegen die Pandemie bleibe, deshalb zusätzliche Schritte notwendig seien, Impfskepsis zu überwinden. Viele Redner forderten gegenüber Russland eine entschiedene Haltung. In der Energiefrage wurden Pro und Contra bzgl. der Umweltfreundlichkeit von Gas und Kernenergie ausgetauscht.
- **Ghanas Präsident wirbt für Partnerschaft:** In einer Rede vor dem Plenum sagte Ghanas Präsident *Nana Akufo-Addo*, es brauche eine gerechtere Handelsbeziehung zwischen der EU und Afrika, in der



die afrikanischen Länder gleichberechtigt am Tisch säßen und nicht nur Hilfsempfänger seien. Er warb auch für Investitionen in die afrikanische Wirtschaft als besseres Mittel zur Flüchtlingsprävention.

[Presseerklärungen des EP](#)

Europäisches Parlament ehrt russischen Oppositionspolitiker *Alexei Nawalny*

Parlamentspräsident *Sassoli* hat am 15.12.2021 den russischen Oppositionspolitiker *Alexei Nawalny* mit dem 1988 ins Leben gerufenen Sacharow-Preis für geistige Freiheit ausgezeichnet. Da *Nawalny* selbst seit Januar 2021 – unmittelbar nach Erholung von einer durch russische Regierungsstellen orchestrierten Vergiftung – in einer russischen Strafkolonie festgehalten wird, nahm seine Tochter *Daria Nawalnaja* den Preis in Straßburg entgegen, die sagte: „Als ich meinem Vater schrieb und ihn fragte: ‚Was genau soll ich in der Rede aus deiner Sicht sagen?‘, antwortete er: ‚Sag, dass niemand es wagen kann, Russland mit dem Regime von *Putin* gleichzusetzen. Russland ist ein Teil von Europa, und wir streben danach, ein Teil davon zu werden.“ *Sassoli* forderte die umgehende Freilassung *Nawalnys* und äußerte: „Er wurde bedroht, gefoltert, vergiftet, verhaftet, eingekerkert, aber es ist ihnen nicht gelungen, ihn tatsächlich zum Schweigen zu bringen ... Wie er selbst einmal sagte gedeiht die Korruption dort, wo die Menschenrechte nicht geachtet werden, und ich glaube, er hat Recht.“

[Presseerklärung des Europäischen Parlaments](#)

Sozialdemokraten stellen keinen eigenen Kandidaten für Wahl des Parlamentspräsidenten auf

Nachdem die EVP-Fraktion im November die Maltesin *Roberta Metsola* für das Amt der Präsidentin des Europäischen Parlaments (EP) für die zweite Hälfte der Legislaturperiode vorgeschlagen hatte (EB 19/21), haben die Sozialdemokraten im EP am 14.12.2021 mitgeteilt, dass sie keinen eigenen Kandidaten für die Wahl im Januar 2022 aufstellen. Insbesondere möchte Amtsinhaber *David Sassoli* entgegen ursprünglichen Ankündigungen nicht antreten. Die Erklärung erfolgte, nachdem die S&D-Fraktion mit dem Anliegen gescheitert war, die Unterstützung der liberalen Renew-Fraktion für *Sassoli* zu erlangen. Allerdings möchte sie für die Unterstützung *Metsolas* Bedingungen stellen: laut Presseberichten begehrt sie die Ersetzung sowohl des Generalsekretärs des EP, *Klaus Welle*, als auch des Präsidenten der Konferenz der Ausschussvorsitzenden, *Antonio Tajani*, jeweils durch Sozialdemokraten. Nach derzeitigem Stand hat *Metsola* nur zwei Mitbewerber, den Polen *Kosma Złotowski* von der EU-kritischen EKR-Fraktion und die Spanierin *Sira Rego* von der Fraktion Die Linke.

[Artikel in "Politico"](#)



INSTITUTIONELLES

Kommission stellt Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland wegen EZB-Urteil ein

Die Kommission hat am 02.12.2021 mitgeteilt, dass sie das im Juni eingeleitete Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland wegen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) vom 05.05.2020 zum EZB-Anleihekaufprogramm PSPP eingestellt habe. In jenem Urteil hatte das BVerfG erstmals eine Entscheidung des EuGH nicht anerkannt, weil sie gegen die Kompetenzverteilung zwischen der EU und den Mitgliedstaaten verstoße („ultra vires“). Als Gründe für die Einstellung des Verfahrens werden genannt: 1) Deutschland habe schriftlich den Vorrang des Unionsrechts anerkannt; 2) es habe ebenso die alleinige Kompetenz des EuGH anerkannt, Handlungen von Unionsorganen rechtlich zu bewerten; 3) die Bundesregierung habe sich verpflichtet, „alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel“ zu nutzen, um künftige „ultra vires“-Feststellungen zu verhindern (siehe hierzu auch Beitrag des StMJ in diesem EB).

[Bekanntmachungen der Kommission zu Vertragsverletzungsverfahren](#)

Nächste Stufe im Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn wegen LGBTQI-Gesetzgebung

Die Kommission hat am 02.12.2021 mitgeteilt, dass sie der ungarischen Regierung zwei mit Gründen versehene Stellungnahmen zugestellt habe in Bezug auf zwei Gesetze, mit denen es LGBTQI-Personen unionsrechtswidrig diskriminiere. Die Erklärungen Ungarns auf die ersten Schreiben vom Juli hätten die Bedenken der Kommission nicht ausgeräumt. Das eine Gesetz beschränkt den Zugang Minderjähriger zu Inhalten, welche sog. „von dem bei der Geburt zugewiesenen Geschlecht abweichende Identitäten, Geschlechtsumwandlungen oder Homosexualität“ darstellen. Die Kommission sieht hierin eine Verletzung u. a. der Menschenwürde, der Meinungsfreiheit und des Rechts auf Nichtdiskriminierung. Das zweite Gesetz verpflichtet die Verleger von Kinderbüchern, in denen LGBTQI-Inhalte enthalten sind, einen Hinweis in das Buch aufzunehmen, dass darin „Verhaltensweisen dargestellt werden, die von den traditionellen Geschlechterrollen abweichen“. Auch hierin sieht die Kommission u. a. eine Verletzung der Meinungsfreiheit und des Rechts auf Nichtdiskriminierung. Ungarn hat nun zwei Monate Zeit für Abhilfemaßnahmen, andernfalls kann die Kommission Klage beim EuGH erheben.

[Bekanntmachungen der Kommission zu Vertragsverletzungsverfahren](#)

Global Gateway: Kommission legt neue Konnektivitätsstrategie zur Förderung nachhaltiger Infrastrukturen vor

Am 01.12.2021 hat die Kommission die neue europäische Strategie „Global Gateway“ auf den Weg gebracht. Um den Einfluss der EU in der Welt auszubauen, sollen bis zum Jahr 2027 bis zu 300 Mrd. € in die Infrastruktur von Schwellen- und Entwicklungsländern investiert werden. Sie könnten z. B. für Projekte zur Energieerzeugung mit klimaneutralem Wasserstoff in Afrika und eine neue Unterwasserkabelverbindung zum Datentransport zwischen der EU und Lateinamerika genutzt werden. Zudem ist die Unterstützung von Schulen



und Bildungssystemen vorgesehen. Das Projekt kann als strategische Antwort der EU auf Chinas Seidenstraße gesehen werden. Hintergrund ist der stark wachsende Einfluss Chinas, das mit seiner Initiative international in Infrastrukturprojekte investiert. Kritiker der 2013 gestarteten „Neuen Seidenstraße“ warnen arme Länder regelmäßig vor einer Schuldenfalle, politischer Abhängigkeit und mangelndem Umweltschutz. Global Gateway stützt sich auf die neuen Finanzierungsinstrumente des mehrjährigen Finanzrahmens der EU für 2021 - 2027. Das Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit (NDICI) – Europa in der Welt, das Instrument für Heranführungshilfe (IPA III) sowie Interreg, InvestEU und das EU-Forschungs- und Innovationsprogramm Horizont Europa – sie alle ermöglichen es der EU, öffentliche und private Investitionen in vorrangigen Bereichen, einschließlich der Konnektivität, zu mobilisieren.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

AUSSCHUSS DER REGIONEN

Plenartagung am 01./02.12.2021: Stärkung der europäischen Demokratie

Das beherrschende Thema auf der letzten Plenartagung des Ausschusses der Regionen (AdR) in diesem Jahr war die Frage, wie die europäische Demokratie gestärkt werden könne. Der ehemalige Präsident des Europäischen Rates und Vorsitzende einer AdR-Expertengruppe für die Konferenz zur Zukunft Europas, *Herman van Rompuy*, sagte, im Licht des durch zunehmende Hetze ausgelösten Vertrauensverlusts in die Demokratie bedürfe es eines stärkeren Dialogs. Mehrere AdR-Mitglieder forderten eine Fortsetzung der Konferenz unter Einschluss des AdR, um die Ergebnisse vor Ort umzusetzen. Frankreichs Staatspräsident *Macron* rief in seiner Rede ebenfalls zur Verteidigung der Demokratie und des Rechtsstaats auf. Die Vorsitzende des Europäischen Jugendforums, *Silja Markkula*, plädierte dafür, die Jugend auch über das Jahr der Jugend hinaus zu einem Querschnittsthema europäischer Politik zu machen. In der Debatte zum Kampf gegen Desinformation verwies MdL *Gotthardt* (FW) auf den Medienführerschein, den man in Bayerns Grundschulen eingeführt habe.

[Webseite des Ausschusses der Regionen zur Plenartagung](#) (in englischer Sprache)

MEDIEN

Reporter ohne Grenzen (RSF) kritisiert Schweigen der EU zum griechischen Mediengesetz

Die internationale Organisation für Medienfreiheit Reporter ohne Grenzen (RSF) hat sowohl die EU-Exekutive als auch das Europäische Parlament aufgefordert, ihr Schweigen zu brechen und das neue griechische Mediengesetz als Angriff auf die Pressefreiheit entschieden zu verurteilen. Im November verabschiedete das griechische Parlament ein Gesetz zur Kriminalisierung von „Falschinformationen, die in der Öffentlichkeit Besorgnis oder Furcht auslösen“ können. Diese gemäß RSF vor allem im Hinblick auf den Begriff „Falschinformation“ vage definierte Straftat soll mit einer hohen Geldstrafe oder bis zu fünf Jahren Gefängnis geahndet werden. Den griechischen Behörden ist daher überlassen, „jeden Journalisten zu verfolgen, dessen



Berichterstattung ihnen nicht gefällt“. RSF verwies zudem auf den „Einfluss und die Kontrolle“, die Griechenland über die Medien ausübt, indem es das öffentliche Fernsehen finanziert und unter seine Kontrolle stellt.

[Artikel in EURACTIV](#)

Jahresbericht von RSF: Zahl inhaftierter Journalisten erreicht historischen Höchststand

Die Zahl inhaftierter Medienschaffender ist 2021 im Vergleich zum Vorjahr um mehr als 20 % auf ein Rekordhoch angestiegen. Zum Stichtag (01.12.) saßen weltweit mindestens 488 Journalisten und andere Medienschaffende wegen ihrer Arbeit im Gefängnis, darunter 60 Frauen. 212 der Inhaftierten entfallen allein auf China, Myanmar und Belarus. 65 Journalisten gelten derzeit als entführt. Zugleich ist die Zahl der aufgrund ihrer Arbeit getöteten Medienschaffenden mit 46 so niedrig wie seit fast 20 Jahren nicht mehr. Das zeigt die Jahresbilanz der Pressefreiheit, die Reporter ohne Grenzen (RSF) am 16.12.2021 veröffentlicht hat.

[Pressemitteilung von Reporter ohne Grenzen](#)



STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION

Rat der EU-Innenminister am 09.12.2021

Am 09.12.2021 tagte der Rat der EU-Innenminister letztmalig unter slowenischem Ratsvorsitz. Dabei stellte der Rat insbesondere förmlich fest, dass Kroatien die erforderlichen Voraussetzungen für die Anwendung aller Teile des Schengen-Besitzstands erfülle. Daneben tauschten sich die EU-Innenminister insbesondere zur Migration aus, wobei zahlreiche Mitgliedstaaten Fortschritte bei den Verhandlungen zum Asyl- und Migrationspaket anmahnten. Der slowenische Ratsvorsitzende *Hojs* zeigte sich zuversichtlich, die Eurodac-VO aus dem Paketansatz herauslösen zu können. Hinsichtlich der Situation an der Grenze zu Belarus stellte EU-Kommissarin *Johansson* inzwischen eine gewisse Deeskalation fest. Weitere Tagesordnungspunkte waren der Schutz des EU-Wiederaufbaufonds „Next Generation EU“ vor Missbrauch durch organisierte Kriminalität sowie die Richtlinie zur Resilienz kritischer Einrichtungen; hier werde mit einer förmlichen Annahme der Ratsposition (allgemeine Ausrichtung) noch im Dezember 2021 gerechnet.

[Pressemitteilung des Rates zu den wesentlichen Sitzungsergebnissen](#)

[Schlussfolgerungen des Rates zur Erfüllung der erforderlichen Voraussetzungen für die vollständige Anwendung des Schengen-Besitzstands in Kroatien](#)

COVID-19

Erneute Überarbeitung der Positivliste einreiseberechtigter Drittstaaten

Der Rat hat am 02.12.2021 die Positivliste einreiseberechtigter Drittstaaten erneut turnusgemäß überarbeitet und im Zuge dessen Jordanien und Namibia von der Liste entfernt. Eine Einreise in die EU auch aus nicht unbedingt notwendigen Gründen soll daher künftig aus folgenden Drittstaaten / Sonderverwaltungszone erlaubt sein: Argentinien, Australien, Bahrain, Kanada, Chile, Kolumbien, Indonesien, Kuwait, Neuseeland, Peru, Katar, Ruanda, Saudi-Arabien, Südkorea, Vereinigte Arabische Emirate, Uruguay, Hongkong, Macau, Taiwan sowie – weiterhin vorbehaltlich der Bestätigung der Gegenseitigkeit – China.

[Pressemitteilung des Rates vom 02.12.2021](#) (in englischer Sprache)

ASYL UND MIGRATION

EU verabschiedet fünftes Sanktionspaket als Reaktion auf die Instrumentalisierung von Migranten durch Belarus

Nachdem sich die EU-Außenminister bereits am 15.11.2021 darauf geeinigt hatten, die Sanktionsregelung gegen Belarus dem Grunde nach zu ändern, um auf die Instrumentalisierung von Menschen durch das belarussische Regime für politische Zwecke zu reagieren (EB 19/21), verabschiedete der Rat am 02.12.2021 das fünfte Sanktionspaket, das restriktive Maßnahmen gegen 17 weitere Personen und elf weitere



Organisationen vorsieht. Betroffen sind neben hochrangigen politischen Amtsträgern des *Lukaschenko*-Regimes auch die Fluggesellschaft Belavia Airlines. Insgesamt umfasst die Sanktionsliste nun 183 Personen und 26 Organisationen.

[Pressemitteilung des Rates vom 02.12.2021](#)

[Zur Sanktionsliste](#)

Kommission schlägt befristete Ausnahmemaßnahmen zur Unterstützung Lettlands, Litauens und Polens vor

Wie in ihrem Maßnahmenbündel gegen die Instrumentalisierung von Migranten vom 23.11.2021 angekündigt (EB 19/21), schlug die Kommission am 01.12.2021 befristete Maßnahmen zur Bewältigung der Notlage an der EU-Außengrenze zu Belarus vor, die der rechtlichen wie praktischen Unterstützung Lettlands, Litauens und Polens dienen. Die vorgeschlagenen Ausnahmemaßnahmen stützen sich auf Art. 78 Abs. 3 AEUV (Notlage aufgrund eines plötzlichen Zustroms von Drittstaatsangehörigen) und umfassen neben der Verlängerung des Registrierungszeitraums für Asylanträge auf vier Wochen auch die Durchführung des Asylverfahrens (einschließlich Rechtsbehelf) bereits an der Grenze sowie die Konzentration der im Rahmen der Aufnahme gewährten materiellen Leistungen auf Grundbedürfnisse. Der Rat muss den Vorschlag mit qualifizierter Mehrheit verabschieden, bevor er in Kraft treten kann.

[Pressemitteilung der Kommission vom 01.12.2021](#)

[Vorschlag für einen Ratsbeschluss zu vorläufigen Notfallmaßnahmen zugunsten von Lettland, Litauen und Polen](#) (in englischer Sprache)

Berichterstatter des Europäischen Parlaments legen weitere Berichtsentwürfe zu Legislativvorschlägen des Asyl- und Migrationspakets vor

Nachdem am 26.10.2021 die ersten Berichtsentwürfe zu zentralen Legislativvorschlägen des Asyl- und Migrationspakets vorgestellt worden waren (EB 17/21), folgte am 30.11.2021 die Vorstellung der Berichtsentwürfe zur Screening-VO sowie zur Krisenmanagement-VO.

MdEP *Birgit Sippel* (S&D/DEU), Berichterstatterin für die Screening-VO, stimmte der grundsätzlichen Zielsetzung der Kommission zu, so schnell wie möglich die Identität eines Drittstaatsangehörigen festzustellen und auf potentielle Sicherheitsrisiken zu überprüfen. Wesentliche Änderungsvorschläge unterbreitete sie aber in den Bereichen Fiktion der Nichteinreise, Ort und Dauer des Screening-Verfahrens, Abgleich mit sämtlichen Datenbanken sowie zum Grundrechtsüberwachungsmechanismus.

MdEP *Juan Fernando Lopez Aguilar* (S&D/ESP), Berichterstatter für die Krisenmanagement-VO, schlägt in seinem Berichtsentwurf vor, auch Situationen lokaler und regionaler Krisen zu berücksichtigen. In Krisensituationen seien drei Maßnahmen zu ergreifen:

1. Ein verpflichtender Umverteilungsmechanismus, basierend auf einem festen Verteilungsschlüssel,



2. eine zeitlich befristete Verlängerung der Registrierungsfrist, sowie
3. die Gewährung eines „prima facie“-Schutzes.

Darüber hinaus wird vorgeschlagen, innerhalb der Organisationsstruktur der Kommission einen EU-Umverteilungskordinator zu benennen.

[Berichtsentwurf zur Screening-VO](#) (in englischer Sprache)

[Berichtsentwurf zur Krisenmanagement-VO](#) (in englischer Sprache)

Rat nimmt Asylagentur-VO förmlich an

Der politischen Einigung zwischen Rat und Europäischem Parlament (EP) vom 29.06.2021 folgend (EB 12/21), hat der Rat am 09.12.2021 die Asylagentur-VO förmlich angenommen, mit der das derzeitige Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) in eine vollwertige EU-Asylagentur umgewandelt wird. Das EP hatte die Verordnung bereits am 11.11.2021 förmlich angenommen (EB 18/21).

[Pressemitteilung des Rates vom 09.12.2021](#)

POLIZEILICHE ZUSAMMENARBEIT

Kommission schlägt EU-Kodex für die polizeiliche Zusammenarbeit vor

Am 08.12.2021 hat die Kommission ein Paket zur Stärkung der polizeilichen Zusammenarbeit in der EU vorgelegt, bestehend aus einem Fortschrittsbericht zur EU-Strategie für die Sicherheitsunion, einem EU-Kodex für die polizeiliche Zusammenarbeit und einer Überarbeitung der Prüm II-Verordnung.

- Der EU-Kodex für die polizeiliche Zusammenarbeit umfasst dabei eine Ratsempfehlung zur operativen polizeilichen Zusammenarbeit (u. a. gemeinsame Standards bei der Teilnahme an gemeinsamen Patrouillen und bei der Mitwirkung an Einsätzen im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaats) sowie eine Richtlinie zum verbesserten Informationsaustausch, über die sichergestellt werden soll, dass Polizeibeamten der gleiche Zugang zu Informationen gewährt wird wie Kollegen in einem anderen Mitgliedstaat; außerdem sollen die Mitgliedstaaten verpflichtet werden, eine zentrale Anlaufstelle für den Informationsaustausch mit anderen EU-Ländern einzurichten.
- Im Wege einer Verordnung soll der derzeitige Prüm II-Rahmen dergestalt überarbeitet werden, dass der automatisierte Datenaustausch künftig auch um die Datenkategorien Gesichtsbilder und Strafregisterdaten ergänzt wird; daneben soll ein zentraler Router eingerichtet werden, an den nationale Datenbanken angeschlossen werden können.

[Dritter Fortschrittsbericht zur EU-Strategie für die Sicherheitsunion](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung der EU-Kommission vom 08.12.2021](#)

[Vorschlag für eine Ratsempfehlung zur operativen polizeilichen Zusammenarbeit](#) (in englischer Sprache)



[Vorschlag für eine Richtlinie zum verbesserten Informationsaustausch](#) (in englischer Sprache)

[Vorschlag für eine Verordnung über den automatisierten Datenaustausch \(Prüm II\)](#) (in englischer Sprache)

SCHENGEN

Kommission schlägt Reform des Schengener Grenzkodex vor

Am 14.12.2021 hat die Kommission einen Vorschlag zur Überarbeitung des Schengener Grenzkodex vorgelegt, der im Wesentlichen aus drei Elementen besteht:

- Lehren aus der Covid-19-Pandemie: Künftig soll im Falle einer Bedrohung der öffentlichen Gesundheit eine verbesserte und verbindliche Koordinierung des Managements an den EU-Außengrenzen und Binnengrenzen im Wege von Ratsbeschlüssen (statt derzeitigen Ratsempfehlungen) möglich sein.
- Binnengrenzkontrollen sollen ultima ratio sein. Dafür schlägt die Kommission diverse Alternativen zur Durchführung von Binnengrenzkontrollen vor. Außerdem soll das Verfahren zur Wiedereinführung von Binnengrenzkontrollen klarer strukturiert und mit einer anwachsenden Begründungspflicht im Falle mehrmaliger Verlängerung versehen werden.
- Darüber hinaus schlägt die Kommission eine Definition der Instrumentalisierung von Migranten sowie daraufhin zu ergreifende Maßnahmen vor, darunter die Verstärkung der Grenzüberwachung sowie eine Begrenzung der Zahl von Grenzübergangsstellen. Der Vorschlag soll – im Gegensatz zu den vorgeschlagenen vorläufigen Notmaßnahmen auf der Grundlage von Art. 78 Abs. 3 AEUV zugunsten von Lettland, Polen und Litauen (siehe hierzu gesonderten Beitrag in diesem EB) – einen allgemeingültigen Rechtsrahmen im Falle einer politischen Instrumentalisierung etablieren.

[Pressemitteilung der Kommission vom 14.12.2021](#)

CYBERSICHERHEIT

Rat legt Verhandlungsposition zur NIS2-Richtlinie fest

Am 03.12.2021 hat der Rat eine allgemeine Ausrichtung zum Kommissionsvorschlag einer NIS2-Richtlinie angenommen und somit seine diesbezügliche Verhandlungsposition festgelegt. Die Richtlinie wird die Grundlage für Maßnahmen für das Cybersicherheitsrisikomanagement und für Meldepflichten in allen Sektoren, die unter die Richtlinie fallen, wie etwa Energie, Verkehr, Gesundheit und digitale Infrastruktur. Gemäß der Ratsposition soll die Richtlinie nicht für Einrichtungen gelten, die Tätigkeiten in Bereichen wie Verteidigung oder nationale Sicherheit, öffentliche Sicherheit, Strafverfolgung und Justiz ausüben; ebenso sollen Parlamente und Zentralbanken vom Anwendungsbereich ausgeschlossen sein. Auch die öffentliche Verwaltung soll nur eingeschränkt in den Anwendungsbereich einbezogen werden: Die Richtlinie soll nach dem Willen des Rates nur für Einrichtungen der öffentlichen Verwaltung der Zentralregierungen gelten. Die Trilogverhandlungen mit dem Europäischen Parlament können nun beginnen.



[Pressemitteilung des Rates vom 03.12.2021](#)

[Allgemeine Ausrichtung des Rates](#)

SPORT

EU-Sportministerrat betont Schlüsselemente eines wertebasierten EU-Sportmodells

Am 30.11.2021 hat der Rat der EU-Sportminister eine EntschlieÙung zu den Schlüsselementen eines europäischen Sportmodells angenommen. Dazu gehören, so die EntschlieÙung, ein pyramidaler Aufbau, die Organisation mit einer nationalen Struktur und einem Verband für jede Sportart, Solidarität mit der Basis und die Förderung offener Wettkämpfe. Die EntschlieÙung kommt vor dem Hintergrund einer zunehmenden Kommerzialisierung des Profisports und soll der Überzeugung Ausdruck verleihen, dass Sport auf Werten wie verantwortungsvoller Führung, Sicherheit, Integrität und Solidarität beruht.

[RatsentschlieÙung zu den Schlüsselmerkmalen des europäischen Sportmodells](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR

GREEN DEAL

Kommission veröffentlicht weitere Vorschläge im Verkehrsbereich

Am 14.12.2021 hat die Kommission ihr Paket „effiziente und grüne Mobilität“ veröffentlicht. Die Vorschläge konkretisieren die am 09.12.2020 vorgelegte EU-Strategie zu nachhaltiger und intelligenter Mobilität (EB 20/20). Ziel ist es, die Verkehrsemissionen bis 2050 um 90 % zu reduzieren. Im Mittelpunkt stehen folgende Vorschläge:

- **Verordnung über Leitlinien für den Aufbau eines transeuropäischen Verkehrsnetzes:**
Die Kommission möchte bis 2030 das Kernnetz und bis 2050 das Gesamtnetz der transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-V) vollenden. Zudem werden neue Zwischenziele bis 2040, z. B. für den Bau von Hochgeschwindigkeitsbahnverbindungen definiert. Ziel ist es, bestehende verkehrliche Lücken zu schließen, multimodale Mobilität zu fördern sowie den Aufbau der Tank- und Ladeinfrastruktur für alternative Kraftstoffe zu unterstützen. Im Fokus stehen die Dekarbonisierung des Verkehrs und die intelligente Vernetzung der Verkehrsträger.
- **Richtlinie über intelligente Verkehrssysteme (IVS):**
Die Kommission möchte den Straßenverkehr durch den Einsatz intelligenter Verkehrssysteme (IVS) sicherer, effizienter und umweltfreundlicher gestalten. Dabei sollen Fahrzeug- und Infrastruktursysteme miteinander kooperieren und mit anderen Verkehrsträgern vernetzt werden. Schwerpunkte bilden u. a. die Bereitstellung EU-weiter multimodaler Reise-Informationendienste und Echtzeit-Verkehrsinformationendienste. Über delegierte Verordnungen sollen gemeinsame Funkstandards für die Kommunikation festgelegt werden. Hiermit soll die Entwicklung multimodaler Informations-, Buchungs- und Ticketausstellungsdienste in TEN-V gefördert werden. Im Jahr 2022 möchte die Kommission einen Vorschlag für eine benutzerfreundliche multimodale Fahrscheinausstellung vorlegen.
- **Mitteilung zum neuen EU-Rahmen für urbane Mobilität:**
Die Kommission möchte mit Städten und Regionen eine nachhaltige und intelligente städtische Mobilität weiterentwickeln. Effiziente öffentliche Verkehrssysteme und aktive Mobilitätslösungen wie der Fußgänger- und Radverkehr sollen zur Verbesserung der Lebensqualität in Städten beitragen. Im Mittelpunkt stehen emissionsfreie Lösungen für städtische Fahrzeugflotten, einschließlich der Taxi- und Fahrvermittlungsdienste. Gleichzeitig wird eine gute Anbindung des Umlands an die Städte und eine möglichst emissionsfreie Stadtlogistik berücksichtigt. Bis 2030 sollen 100 klimaneutrale und intelligente europäische Städte entwickelt werden, die als Experimentier- und Innovationszentren eine Vorbildfunktion für europäische Städte bis 2050 übernehmen sollen. Im Jahr 2022 wird die Kommission eine Empfehlung zur Ausarbeitung nationaler Mobilitätspläne vorlegen.



- Aktionsplan zur Förderung des grenzüberschreitenden Schienenpersonenfernverkehrs:
Die Kommission möchte als ein Ergebnis des Europäischen Jahrs der Schiene 2021 den grenzüberschreitenden Schienenpersonenfernverkehr in der EU fördern. Hierfür soll das Hochgeschwindigkeitsnetz bis 2030 verdoppelt und bis 2050 verdreifacht werden. Auf wichtigen Bahnstrecken sollen die Züge bis 2040 mit 160 km/h oder schneller fahren. Der Aktionsplan sieht u. a. den Ausbau der Kapazitäten sowie die Einführung verkehrsträgerübergreifender Fahrkartensysteme vor. Im Jahr 2022 möchte die Kommission Vorschläge zum Kapazitätsmanagement und zur multimodalen Fahrscheinausstellung vorlegen. Daneben sollen 2023 Leitlinien für Trassenpreise veröffentlicht und die Beihilfavorschriften präzisiert werden. Des Weiteren wird angestrebt, den Schienengüterverkehr bis 2050 zu verdoppeln und mehr Umschlagterminals zu schaffen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Aufbau des transeuropäischen Verkehrsnetzes \(TEN-V\)](#) (in englischer Sprache)

[Intelligente Verkehrssysteme \(IVS\)](#)

[EU-Rahmen für urbane Mobilität](#)

[Grenzüberschreitender Schienenpersonenfernverkehr](#)

Kommission veröffentlicht weitere Vorschläge im Energiebereich

Am 15.12.2021 hat die Kommission ihr Paket „Energie und Klima“ veröffentlicht (siehe hierzu Beitrag des StMWi in diesem EB). Aus dem Geschäftsbereich des StMB spielt insbesondere die Überarbeitung der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (EPBD) eine wichtige Rolle.

Mit der EPBD möchte die Kommission bis 2050 einen energieeffizienten und dekarbonisierten Gebäudebestand schaffen. Alle neuen öffentlichen Gebäude sollen ab dem 01.01.2027 und alle anderen neuen Gebäude ab dem 01.01.2030 emissionsfrei sein. Die Mitgliedstaaten werden dazu verpflichtet, einen nationalen Gebäuderenovierungsplan bis 01.01.2026 vorzulegen, der alle fünf Jahre aktualisiert wird. Zudem müssen die Mitgliedstaaten Mindestnormen für die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden ab 2027 (für Mehrfamilienhäuser ab 2030) festlegen. Der Ausweis erfolgt durch Energieeffizienzklassen von A („Null-Emissions-Gebäude“) bis G („15 % der am wenigsten effizienten Bestandsgebäude“). So sollen beispielsweise Wohngebäude ab dem 01.01.2030 mindestens der Klasse F, ab dem 01.01.2033 mindestens der Klasse E angehören. Zudem muss ein System verpflichtender Renovierungspässe für Bestandsgebäude bis zum 31.12.2024 eingeführt werden. Ferner werden höhere Anforderungen an Ladepunkte und die Vorverkabelung von Pkw-Stellplätzen gestellt. Das Gesetzgebungsverfahren soll bis Sommer 2022 abgeschlossen werden.

Darüber hinaus hat die Kommission im Rahmen dieses Pakets eine Mitteilung zur Wiederherstellung nachhaltiger Kohlenstoffkreisläufe (siehe Beitrag des StMUV in diesem EB) und eine Ratsempfehlung zur Berücksichtigung der sozialen und arbeitsrechtlichen Aspekte des Klimawandels (siehe Beitrag des StMAS in diesem EB) vorgelegt. Ferner wurde ein Vorschlag für eine Richtlinie zur Bekämpfung von Umweltkriminalität veröffentlicht (siehe hierzu Beitrag des StMJ in diesem EB).



[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden \(EPBD\)](#) (in englischer Sprache)

[Fragen und Antworten zur EPBD](#) (in englischer Sprache)

BAUEN UND WOHNEN

Kommission ermöglicht Rückmeldung zur Überarbeitung der Gebäudeenergieeffizienzrichtlinie

Bis zum 09.02.2022 ermöglicht die Kommission, Rückmeldung zum Vorschlag einer Überarbeitung der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (EPBD) zu geben, der am 15.12.2021 im Rahmen des Pakets „Energie und Klima“ veröffentlicht wurde (siehe weiteren Beitrag in diesem EB). Bereits am 22.06.2021 hatte die Kommission eine öffentliche Konsultation durchgeführt (EB 07/21). Das Gesetzgebungsverfahren soll bis Sommer 2022 abgeschlossen werden.

[Konsultation der Kommission](#)

Mission „100 klimaneutrale und intelligente Städte bis 2030“: Interessensbekundung für Städte gestartet

Bis zum 31.01.2022 können sich Städte mit mindestens 50.000 Einwohnern für die europäische Mission „100 klimaneutrale und intelligente Städte bis 2030“ bewerben (siehe hierzu Beitrag des StMUV in diesem EB). Im Anschluss an die Interessensbekundung und eine Bewertung durch unabhängige Experten sollen die ausgewählten Städte im April 2022 bekannt gegeben werden.

[Aufruf zur Interessensbekundung](#) (in englischer Sprache)

[Info-Baukasten](#) (in englischer Sprache)

VERKEHRSPOLITIK

Ergebnisse der Sitzung des EU-Verkehrsrats am 09.12.2021 in Brüssel

Am 09.12.2021 fand eine formelle Sitzung des Rates für Verkehr, Telekommunikation und Energie (TTE) in Brüssel statt. Das letzte formelle Treffen war am 03.06.2021 in Luxemburg (EB 10/21). Im Mittelpunkt standen u. a. folgende Themen aus dem „Fit-for-55“-Gesetzespaket vom 14.07.2021:

- Nachhaltiger Luftverkehr („ReFuelEU Aviation“):
Der Verordnungsvorschlag sieht den schrittweisen, verpflichtenden Einsatz erneuerbarer Flugkraftstoffe (SAF) für den Luftverkehr bis 2050 vor. Es muss eine Mindestmenge an SAF bereitgestellt und von den Fluggesellschaften beim Tanken beigemischt werden. Die Flughäfen sollen die Infrastruktur bereitstellen. Diskussionsbedarf unter den EU-Mitgliedstaaten besteht insbesondere beim Ambitionsniveau der Einsparziele, dem Zeitpunkt der Verpflichtung und der Förderung der Kraftstoffherstellung. Deutschland begrüßt den Vorschlag und verlangt, höhere Quoten für synthetische



Flugkraftstoffe national festlegen zu dürfen. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, dass die steigenden Kosten durch SAF nicht zu einer Verlagerung von Langstreckenflügen auf Hubs in Drittstaaten und damit zu einer Benachteiligung europäischer Fluggesellschaften führen dürfen. Daneben sei nicht klar, wie die Einnahmen aus Strafzahlungen genau verwendet werden. Eine Allgemeine Ausrichtung konnte nicht erzielt werden.

- Nachhaltiger Seeverkehr („FuelEU Maritime“):
Der Verordnungsvorschlag sieht eine schrittweise Verringerung der Treibhausgasintensität von Schiffen um 75 % bis 2050 vor. Zudem sollen Passagier- und Containerschiffe ab 2030 zur Nutzung von Landstrom in den Häfen verpflichtet werden. Diskussionsbedarf unter den EU-Mitgliedstaaten besteht insbesondere beim Ambitionsniveau der Einsparziele, der Durchsetzung der Verordnung und der Kontrolle der Landstromnutzung. Deutschland begrüßt den Vorschlag und fordert höhere Einsparziele. Dabei solle eine Unterquote für erneuerbare flüssige und gasförmige Kraftstoffe nicht-biogenen Ursprungs (RFNBOs) sowie eine Obergrenze für Biokraftstoffe vorgesehen werden. Daneben sei nicht klar, wie die Einnahmen aus Strafzahlungen genau verwendet werden. Eine Allgemeine Ausrichtung konnte nicht erzielt werden.
- Infrastruktur für alternative Kraftstoffe (AFID):
Der Verordnungsvorschlag sieht den Aufbau einer verkehrsträgerübergreifende Mindestinfrastruktur für alternative Antriebe und Kraftstoffe vor. Diskussionsbedarf unter den EU-Mitgliedstaaten besteht insbesondere beim Ambitionsniveau für den Netzaufbau, bei der Nutzerfreundlichkeit des Bezahlsystems und der Kohärenz zu anderen EU-Rechtsakten. Deutschland begrüßt den Vorschlag und fordert ein höheres Ambitionsniveau beim Ausbau der Infrastruktur in der EU. Für eine bessere Nutzerfreundlichkeit müsse es eine einheitliche Bezahlmethode an allen öffentlich zugänglichen Ladepunkten geben. Darüber hinaus solle es Kaufprämien für alternativ betriebene Nutzfahrzeuge geben. Eine Allgemeine Ausrichtung konnte nicht erzielt werden.

Daneben informierte die slowenische EU-Ratspräsidentschaft u. a. über die vorläufige Einigung mit dem Europäischen Parlament (EP) zur Richtlinie über die Verwendung gemieteter Fahrzeuge im Güterverkehr und die Verhandlungen mit dem EP zu den Verordnungen zum einheitlichen europäischen Luftraum (SES 2+). Darüber hinaus äußerten Belgien und Österreich Bedenken, dass Sozialstandards aufgrund des starken Anstiegs von Lkw-Fahrern aus Drittstaaten nicht eingehalten werden. Ferner möchte die Kommission zur Kontaktnachverfolgung von COVID-19-Infektionen die Nutzung der EU-Datenplattform für Passenger Locator Forms (PLFs) verpflichtend machen. Mehrere EU-Mitgliedstaaten sehen hierfür keine Rechtsgrundlage. Nach Ansicht von Deutschland sei eine Umsetzung bis Frühjahr 2022 zu ambitioniert.

Die nächste Sitzung des Rates für Verkehr, Telekommunikation und Energie (TTE) findet unter französischem EU-Ratsvorsitz voraussichtlich am 02.06.2022 statt.

[Tagesordnung des EU-Verkehrsrats](#)

[Hintergrundinformationen zum EU-Verkehrsrat](#)



COVID-19

Kommission beschließt Verlängerung der Zeitnischenregelung auf Flughäfen

Am 15.12.2021 hat die Kommission eine Verlängerung der Zeitnischenregelung auf Flughäfen für den Sommerflugplan vom 28.03. - 29.10.2022 beschlossen. Bereits am 23.07.2021 hatte die Kommission diese für den Winterflugplan vom 31.10.2021 - 27.03.2022 verlängert (EB 14/21). Während Fluggesellschaften normalerweise 80 % der zugeteilten Zeitnischen für Starts und Landungen bedienen müssen, um diese für das folgende Jahr behalten zu dürfen („use it or lose it“-Regel), wurde der Schwellenwert auf 64 % im Sommerflugplan 2022 (50 % im Winterflugplan 2021/22) gesenkt. Die Kommission geht davon aus, dass das Luftverkehrsaufkommen im Jahr 2022 bei etwa 89 % des Niveaus von 2019 liegen wird. Die Kommission kann bis zum 21.02.2022 delegierte Rechtsakte erlassen, um mit einer Anpassung der Mindestnutzungsrate zwischen 30 % und 70 % flexibel auf Schwankungen des Flugverkehrsaufkommens reagieren zu können und Leerflüge zu vermeiden.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

Kommission veröffentlicht Bericht zu den Flugsicherungsdiensten in der EU und den USA

Am 08.12.2021 hat die Kommission einen Sonderbericht zu den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Flugsicherungsdienste in der EU und den USA veröffentlicht. Daneben legte Eurostat am 06.12.2021 Zahlen zur Entwicklung des Luftverkehrs im Jahr 2020 vor (siehe weiteren Beitrag in diesem EB). Der Inlandsverkehr in den USA ist mit 85,6 % deutlich höher als in der EU mit 28,4 %. Aufgrund der größeren Abhängigkeit vom internationalen Flugverkehr und der verschiedenen Vorschriften zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie ging der Flugverkehr in der EU im Vergleich zu 2019 (-6,1 Mio. Flüge) stärker als in den USA (-5,3 Mio. Flüge) zurück. Durch den Einbruch des Verkehrsaufkommens sank der Umsatz der Flugsicherungsorganisationen in der EU um rund -58 % (-4,8 Mrd. €). In den USA wurde der US Airport and Airway Trust Fund (AATF) zur Finanzierung der Flugsicherungsdienste mit einem staatlichen Transfer von 12 Mrd. € unterstützt.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

VERKEHRSINFRASTRUKTUR

Europäischer Rechnungshof kritisiert Umsetzung und Kosten großer EU-Verkehrsinfrastrukturprojekte

Am 25.11.2021 hat der Europäische Rechnungshof (ERH) in seiner Analyse Nr. 05/2021 die Umsetzung und Kosten großer EU-Verkehrsinfrastrukturprojekte im internationalen Vergleich kritisiert. Bereits am 16.06.2020 bemängelte der ERH in einem Sonderbericht Verzögerungen bei der Fertigstellung der transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-V) (EB 11/20).



Die Prüfer bezweifeln bei der Analyse von sechs Großprojekten in der EU, dass beispielsweise die Länge des EU-Hochgeschwindigkeitsschienennetzes bis 2030 noch verdreifacht werden könnte. Bei der fristgerechten Durchführung großer Verkehrsinfrastrukturprojekte schneidet die EU im Vergleich zu Ländern wie Australien, Kanada, Frankreich, Norwegen, der Schweiz und den USA deutlich schlechter ab. Durchschnittlich käme es zu einer Verzögerung bis zur Fertigstellung von rund elf Jahren. Ein Grund hierfür seien Partikularinteressen von EU-Mitgliedstaaten, die grenzüberschreitende Projektabschnitte vernachlässigen würden. Als Beispiel nennen die Prüfer den Brenner-Nordzulauf. Als Vorzeigebispiel wird die Bürgerbeteiligung in der Schweiz genannt, die das Risiko von Verzögerungen durch Gerichtsverfahren reduziert.

Daneben fände laut ERH bei der Projektauswahl in der EU keine angemessene Kosten-Nutzen-Analyse statt. Die Kosten würden durchschnittlich um mehr als 2 Mrd. € pro Projekt überschritten, was einem Anstieg um 47 % gegenüber den ursprünglichen Prognosen entspricht. Die Kostenüberschreitungen lagen jedoch nicht über denen von Projekten im internationalen Vergleich. Eine mögliche Lösung könnte nach Ansicht der Prüfer eine systematische risikobasierte Überwachung der Projekte sein. Diese wird bereits erfolgreich in den USA angewandt. So müssten beispielsweise die Projektträger umfassend den Bundesbehörden berichten, wenn die Kosten des Vorhabens in einem Jahr um mehr als 2 % gegenüber dem veranschlagten Budget steigen. Ferner wird kritisiert, dass es in der EU bei großen Verkehrsprojekten keine rechtliche Verpflichtung zur systematischen Durchführung von Ex-post-Evaluierungen gibt. Demgegenüber findet eine nachträgliche Projektbewertung in Ländern wie Frankreich, Norwegen und den USA regelmäßig statt.

[Pressemitteilung des ERH](#)

[ERH-Analyse Nr. 05 zu EU-Verkehrsinfrastrukturprojekten](#)

SCHIENENVERKEHR

Kommission verklagt Deutschland vor dem EuGH zur Sicherheit und Interoperabilität des Eisenbahnsystems

Am 02.12.2021 hat die Kommission beschlossen, Deutschland vor dem EuGH wegen der Nichtanwendung der Richtlinie 2004/49/EG über die Eisenbahnsicherheit und der Richtlinie 2008/57/EG über die Interoperabilität des Eisenbahnsystems auf die Netze des Regionalverkehrs zu verklagen. Bereits im Jahr 2016 hatte die Kommission zu beiden Richtlinien Vertragsverletzungsverfahren gestartet (EB 09/16; EB 18/16). Die Kommission sieht hierin ein Hindernis für die Vollendung des einheitlichen europäischen Eisenbahnraums. Die EU-Vorschriften dienen dazu, die Sicherheit des Eisenbahnsystems und den Marktzugang für Schienenverkehrsdienste zu gewährleisten sowie die Kompatibilität der Infrastruktur, Fahrzeuge und Signalgebung im grenzüberschreitenden Bahnverkehr in der EU sicherzustellen. Nach Auffassung der Kommission gelten die Richtlinien im Gegensatz zu den deutschen Rechtsvorschriften auch für regionale Schienenverkehrsnetze.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Richtlinien 2004/49/EG über die Eisenbahnsicherheit](#)

[Richtlinie 2008/57/EG über die Interoperabilität des Eisenbahnsystems](#)



LUFTVERKEHR

Kommission startet EU-Flugverkehrsmanagementprogramm SESAR 3

Am 14.12.2021 haben die Kommission und die Europäische Organisation zur Sicherung der Luftfahrt EUROCONTROL das EU-Flugverkehrsmanagementprogramm SESAR 3 („Single European Sky ATM Research Programme“) gestartet. Gemeinsam mit mehr als 55 Organisationen, wie den Flughafen München und die Lufthansa, sollen bis 2030 mehr als 1,5 Mrd. € in Forschung und Entwicklung investiert werden, um einen nachhaltigen, resilienten und digitalen EU-Luftraum zu schaffen. Dabei soll ein breites Spektrum des Luftverkehrs abgedeckt werden, das auch Lufttaxis und Lieferdrohnen umfasst (siehe weiteren Beitrag in diesem EB).

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

Kommission reaktiviert Netzwerk für Drohnenanwendungen

Am 30.11.2021 hat die Kommission das Netzwerk für Drohnenanwendungen im Luftraum („U-Space“) reaktiviert. Das „European Network of U-Space Stakeholders“ soll Anwendungsbeispiele für den sicheren und umweltfreundlichen Betrieb von Drohnen im U-Space erarbeiten. Die Netzwerkmitglieder werden im Bereich Flugverkehrsmanagement von EUROCONTROL unterstützt. Das nächste Treffen des Netzwerkes findet voraussichtlich am 17.01.2022 im Rahmen der Drohnenwoche in Amsterdam statt. Der Rechtsrahmen für den U-Space tritt ab dem 26.01.2023 in Kraft (EB 08/21).

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

Kommission nimmt aktualisierte EU-Luftverkehrssicherheitsliste an

Am 25.11.2021 hat die Kommission eine aktualisierte Luftverkehrssicherheitsliste mit Betriebsuntersagungen für Luftverkehrsunternehmen angenommen (EB 10/20). Insgesamt dürfen 97 Fluggesellschaften nicht in den EU-Luftraum einfliegen. Hierzu zählen u. a. Avior Airlines (Venezuela), Blue Wing Airlines (Suriname), Iran Aseman Airlines (Iran), Iraqi Airways (Irak), Med-View Airlines (Nigeria) und Air Zimbabwe (Zimbabwe) sowie neu hinzugekommen Skol Airline LLC (Russland). Beschränkungen bestehen auch für bestimmte Flugzeugtypen von Iran Air (Iran) und Air Koryo (Nordkorea). Demgegenüber konnten nach zwei Jahren alle Luftfahrtunternehmen aus der Republik Moldau aufgrund verbesserter Sicherheitsstandards von der Liste genommen werden.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

EU und Oman unterzeichnen Luftverkehrsabkommen

Am 01.12.2021 haben die EU und der Oman ein Luftverkehrsabkommen unterzeichnet. Bereits am 18.10.2021 hatten die EU und Katar ein Abkommen über gemeinsame Standards im Luftverkehr und den gegenseitigen



Marktzugang abgeschlossen (EB 17/21). Ziel ist es, die Standards für einen fairen Wettbewerb sowie den sozialen und ökologischen Schutz auf Flügen zwischen der EU und dem Oman zu verbessern. Gleichzeitig soll eine Plattform für die Zusammenarbeit bei Luftverkehrsthemen, u. a. in den Bereichen Luftverkehrssicherheit und Flugverkehrsmanagement, geschaffen werden. Ein weiteres Luftverkehrsabkommen der EU mit Tunesien soll zeitnah folgen.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

Eurostat veröffentlicht Zahlen zum Luftverkehr 2020

Am 06.12.2021 hat das Statistische Amt der EU (Eurostat) Zahlen zur Entwicklung des Luftverkehrs im Jahr 2020 veröffentlicht. Danach ging die Personenbeförderung im Luftverkehr um 73 % im Vergleich zu 2019 zurück. Die höchsten Rückgänge in der EU verzeichneten Slowenien (-83 %), die Slowakei (-82 %) und Kroatien (-82 %). Während der Anteil des Personenverkehrs mit Drittstaaten und zwischen den EU-Mitgliedstaaten rückläufig war, legte der innerstaatliche Luftverkehr um 7 % zu. Der Rückgang wird auf die Maßnahmen zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie zurückgeführt.

[Pressemitteilung von Eurostat](#) (in englischer Sprache)

STRAßENVERKEHR

Kommission führt Befragung zu Höchstmaßen und -gewichten von Straßenfahrzeugen durch

Bis zum 02.02.2022 führt die Kommission eine Befragung zu einem Richtlinienvorschlag zur Festlegung der Höchstmaße und -gewichte für bestimmte Straßenfahrzeuge im innerstaatlichen und grenzüberschreitenden Verkehr in der EU durch. Ziel ist es, die Vorschriften und Normen der Richtlinie 96/53/EG für verschiedene Fahrzeugtypen, von schweren Lastkraftwagen bis hin zu leichten Nutzfahrzeugen, einschließlich deren Anhänger, in einem Rechtsakt zu vereinen. Der Zeitpunkt für eine Annahme durch die Kommission ist aktuell noch offen.

[Konsultation der Kommission](#)

[Richtlinie 96/53/EG](#)

SEEVERKEHR

Kommission führt Konsultation zu illegaler Schadstoffeinleitung von Schiffen durch

Bis zum 03.03.2022 führt die Kommission eine öffentliche Konsultation zu einem Richtlinienvorschlag zur illegalen Schadstoffeinleitung von Schiffen auf See durch. Bereits am 27.04.2021 hatte das Europäische Parlament eine Entschließung für einen effizienteren und saubereren Seeverkehr gefasst und die Kommission eine Befragung zum Fahrplan durchgeführt (EB 08/21). Ziel ist es, die Richtlinie 2005/35/EG zur illegalen Schadstoffeinleitung in Einklang mit der Richtlinie (EU) 2019/883 zu bringen, wonach Schiffe ihre Abfälle in



Häfen entsorgen müssen. Maßnahmen sollen ein einheitliches Format für die Berichterstattung illegaler Schadstoffeinleitung von Schiffen und eine bessere Koordinierung zwischen den EU-Instrumenten zur Überwachung der Meeresverschmutzung und zur Überprüfung von Schiffen sein. Eine Annahme durch die Kommission ist für das dritte Quartal 2022 geplant.

[Konsultation der Kommission](#)

[Richtlinie 2005/35/EG](#)

[Richtlinie \(EU\) 2019/883](#)

MULTIMODALER VERKEHR

Kommission führt Konsultation zu digitalen Diensten für multimodale Mobilität durch

Bis zum 23.02.2022 führt die Kommission eine öffentliche Konsultation für eine delegierte Verordnung zu digitalen Diensten für multimodale Mobilität durch. Zuvor hatte die Kommission bis zum 02.11.2021 eine entsprechende Befragung zur Folgenabschätzung durchgeführt (EB 16/21). Ziel ist es, mit Hilfe von digitalen Diensten einen nahtlosen multimodalen Personenverkehr in der EU zu ermöglichen. Dies betrifft sowohl eine transparente Reise- und Routenplanung als auch den effizienten Ticketkauf über alle Verkehrsträger hinweg. Durch die gezielte Steuerung der Verkehrsströme soll auch ein Beitrag zur Umsetzung des europäischen „Green Deals“ geleistet werden. Eine Annahme durch die Kommission ist für das vierte Quartal 2022 geplant.

[Konsultation der Kommission](#)

Kommission richtet multimodales Fahrgastmobilitätsforum ein

Bis zum 12.01.2022 können sich bis zu 100 Organisationen um eine Teilnahme am neu eingerichteten multimodalen Fahrgastmobilitätsforum (MPMF) bei der Kommission bewerben. Ziel ist es, eine Plattform für einen strukturierten Dialog zur Ausarbeitung politischer Initiativen für nachhaltige multimodale Mobilität zu schaffen. Das Forum soll an der frühzeitigen Ausarbeitung von Durchführungsrechtsakten beteiligt werden und die Kommission bei der Förderung multimodaler Systeme und grenzüberschreitender Mobilitätslösungen für Fahrgäste unterstützen. Daneben führt die Kommission bis zum 23.02.2022 eine öffentliche Konsultation für eine delegierte Verordnung zu digitalen Diensten für multimodale Mobilität durch (siehe weiteren Beitrag in diesem EB).

[Aufruf der Kommission](#) (in englischer Sprache)



STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ

Kommission stellt Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland wegen EZB-Urteil ein

Am 02.12.2021 stellte die Kommission das Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland wegen des Urteils des BVerfG vom 05.05.2020 im Zusammenhang mit dem Programm zum Ankauf von Wertpapieren des öffentlichen Sektors („PSPP“) der Europäischen Zentralbank (EZB) ein. Dafür nannte sie drei Gründe: (1) Deutschland habe die Grundsätze der Autonomie, des Vorrangs, der Wirksamkeit und der einheitlichen Anwendung des Unionsrechts sowie die in Artikel 2 EUV verankerten Werte, insbesondere die Rechtsstaatlichkeit, bekräftigt und anerkannt. (2) Deutschland habe bestätigt, dass die Rechtmäßigkeit von Handlungen der Unionsorgane nicht von der Prüfung von Verfassungsbeschwerden vor deutschen Gerichten abhängig gemacht, sondern nur vom EuGH überprüft werden könne. (3) Die Bundesregierung habe sich verpflichtet, alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel zu nutzen, um in Zukunft eine Wiederholung einer Ultra-vires-Feststellung aktiv zu vermeiden. Die Mitteilung der Bundesregierung auf das Aufforderungsschreiben der Kommission selbst ist nicht veröffentlicht (siehe auch Beitrag unter „Politische Schwerpunkte“ in diesem EB).

[Bekanntmachung der Kommission](#)

Vorschlag zur Ausweitung der EU-Straftatbestände auf Hetze und Hasskriminalität

Am 09.12.2021 veröffentlichte die Kommission einen Vorschlag für einen Ratsbeschluss, mit dem die Liste der EU-Straftatbestände (Art. 83 Abs. 1 UA 2 AEUV) auf Hetze und Hasskriminalität ausgeweitet werden soll. Die Ausweitung der EU-Straftatbestände muss vom Rat mit Zustimmung des Europäischen Parlaments einstimmig beschlossen werden. In einem zweiten Schritt könnte die Kommission dann einen Richtlinienvorschlag mit Mindestvorschriften zur Festlegung von Straftaten oder Strafen vorlegen. Nach Auffassung der Kommission handelt es sich bei Hetze und Hasskriminalität und „Kriminalitätsbereiche“ i.S.v. Art. 83 Abs. 1 AEUV. Beide charakterisiere der Hass, der sich gegen Personen oder Gruppen richtet, die ein geschütztes Merkmal (wie z. B. ethnischer Herkunft, Sprache, Religion, Nationalität, sexuelle Orientierung) teilen. Es handele sich auch um „besonders schwere Kriminalität“ – sowohl mit Blick auf die Opfer als auch mit Blick auf die Gesellschaft. Die „grenzüberschreitende Dimension“ sei bei Hetze im Internet offensichtlich. Aber auch offline ließen sich Hassbotschaften leicht vervielfältigen und grenzüberschreitend transportieren. Auch die Ideologien, die hinter der Hasskriminalität stecken, würden international entwickelt und grenzüberschreitend verbreitet werden.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Mitteilung der Kommission](#)

[Anhang zur Mitteilung der Kommission \(Vorschlag eines Ratsbeschlusses\)](#)



Green Deal: Richtlinienvorschlag zur Bekämpfung von Umweltkriminalität

Am 15.12.2021 veröffentlichte die Kommission einen Richtlinienvorschlag zur Bekämpfung von Umweltkriminalität. Ziel ist ein stärkerer Schutz der Umwelt. Die Richtlinie 2008/99/EG soll durch den neuen Vorschlag ersetzt werden. Der Vorschlag ist Teil des umfassenden Pakets von Initiativen im Rahmen des sog. „Green Deals“. Vorangegangen war eine Evaluierung der Richtlinie 2008/99/EG in den Jahren 2019/2020 die zu dem Ergebnis kam, dass die Zahl der verfolgten Umweltstraftaten gering sei und die verhängten Sanktionen oftmals keine abschreckende Wirkung entfalten. Der Vorschlag enthält neue Umweltstraftaten, Vorgaben zu Strafmaß und Strafzumessung und soll eine bessere Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden ermöglichen. Neben Geld- und Freiheitsstrafen sind auch andere Sanktionen wie beispielsweise der Ausschluss von Subventionen vorgesehen. Der Vorschlag sieht ferner Maßnahmen zum Schutz von Personen vor, die Umweltstraftaten melden und Ermittlungen unterstützen. Zudem sollen Mitgliedstaaten verpflichtet werden, statistische Daten zu erheben, mittels derer die Wirksamkeit der Bekämpfung von Umweltkriminalität überwacht werden kann.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Richtlinienvorschlag](#) (in englischer Sprache)

[Bericht der Kommission zur Evaluierung der Richtlinie 2008/99/EG vom 28.10.2020](#) (in englischer Sprache)

Kommission stellt mehrere Initiativen zur Digitalisierung der Justizsysteme vor

Am 01.12.2021 legte die Kommission mehrere Initiativen zur Digitalisierung der Justizsysteme in der EU vor.

- Digitalisierung der grenzüberschreitenden justiziellen Zusammenarbeit
Ziel ist es, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Zivil-, Handels- und Strafsachen zu digitalisieren. Ersuchen, Dokumente und Daten sollen zwischen (Justiz-) Behörden digital übermittelt werden. Auch Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen sollen in grenzüberschreitenden Fällen in Zivil- und Handelssachen auf elektronischem Wege mit (Justiz-) Behörden kommunizieren können. Darüber hinaus soll die Nutzung von Videokonferenztechniken ausgebaut und elektronische Signaturen anerkannt werden.
- Digitaler Informationsaustausch in Terrorismusfällen
Um den Informationsaustausch zu Terrorismusfällen zu verbessern, sollen u. a. zwischen den nationalen Behörden und Eurojust sichere digitale Kommunikationskanäle geschaffen werden. Zudem soll Eurojust in die Lage versetzt werden, Verbindungen zwischen grenzüberschreitenden Terrorismusfällen wirksam ermitteln und abgleichen zu können.
- IT-Kooperationsplattform für gemeinsame Ermittlungsgruppen
Verordnungsvorschlag zur Entwicklung einer speziellen IT-Kooperationsplattform, die es gemeinsamen Ermittlungsgruppen ermöglichen soll, Informationen und Beweismittel leichter auszutauschen und sicher miteinander zu kommunizieren. Die Nutzung der Plattformen soll freiwillig sein. Über die



Plattform sollen auch große Datenmenge mittels eines Upload-/Download-Systems ausgetauscht werden können. Die Daten werden nur für begrenzte Zeit – bis zum Download – zentral gespeichert. Danach werden sie automatisch von der Plattform gelöscht. Mit der Entwicklung, Wartung und dem Betrieb der IT-Plattform soll eu-LISA betraut werden.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

EU-Justizministerrat am 10.12.2021

Am 10.12.2021 fand in Brüssel der letzte EU-Justizministerrat unter slowenischer Ratspräsidentschaft statt. Deutschland wurde erstmals von Bundesjustizminister *Dr. Marco Buschmann* vertreten. Die Präsidentschaft legte einen Fortschrittsbericht zur Verordnung über Europäische Sicherheits- und Herausgabeanordnungen für elektronische Beweismittel (E-Evidence) vor. Eine Einigung mit dem Europäischen Parlament konnte bislang nicht erzielt werden. Weitere Themen waren der Beitritt der EU zur EMRK sowie ein Meinungs austausch zur Arbeitsweise der Gerichte und der gerichtlichen Überprüfung von Notfallmaßnahmen in der COVID-19-Pandemie. Die Generalstaatsanwältin der Europäischen Staatsanwaltschaft (EuStA), Frau *Kövesi*, unterrichtete die Ministerinnen und Minister über die Tätigkeit der EuStA. Inzwischen seien über 500 Ermittlungen eingeleitet worden. Der vermutete Schaden zum Nachteil der EU belaufe sich auf 5,1 Mrd. €. Bei einem Arbeitessen tauschten sich die Ministerinnen und Minister über die Bekämpfung von Hassrede und Hasskriminalität aus. Der Fokus lag dabei auf den praktischen Erfahrungen in den Mitgliedstaaten. Zudem stellte Frankreich seine Prioritäten für das erste Halbjahr 2022 vor.

[Tagungsseite des Rats](#)

Vorläufige Einigung zur e-CODEX Verordnung

Am 08.12.2021 erzielten Ratsvorsitz und die Verhandlungsführer des Europäischen Parlaments eine vorläufige Einigung über die Verordnung über ein EDV-System für die grenzüberschreitende Kommunikation in Zivil- und Strafverfahren (e-CODEX). Diese vorläufige Einigung muss noch von Rat und Europäischem Parlament (EP) gebilligt werden. Der Verordnungsvorschlag wurde von der Kommission am 02.12.2020 vorgelegt (EB 11/21). Hauptziel des Systems ist es, die grenzüberschreitende Kommunikation zwischen den Behörden effizienter zu gestalten sowie Bürgerinnen, Bürgern und Unternehmen den Zugang zum Recht zu erleichtern. Die Einigung sieht vor, dass die Verwaltung des Systems der EU-Agentur für IT-Großsysteme (eu-LISA) übertragen wird. Zudem sollen Vorschriften zur Unabhängigkeit der Justiz aufgenommen werden, die durch das e-CODEX-System nicht beeinträchtigt werden dürfen.

[Pressemitteilung des Rates](#)

[Pressemitteilung des EP](#) (in englischer Sprache)



Einigung im Rat über Beitritt zum Anerkennungs- und Vollstreckungsübereinkommen

Der Rat erzielte eine Einigung für einen Beschluss über den Beitritt der EU zum Haager Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (Anerkennungs- und Vollstreckungsübereinkommen). Voraussetzung für die Annahme ist noch die Zustimmung des Europäischen Parlaments (EP). Das Anerkennungs- und Vollstreckungsübereinkommen soll Hindernisse bei der Durchsetzung ausländischer Urteile abbauen und einheitliche Voraussetzungen für die grenzüberschreitende Anerkennung und Vollstreckung in Zivil- und Handelssachen schaffen. Bedeutung hat es für Urteilen aus Nicht-EU-Staaten. Innerhalb der EU gilt die sog. Brüssel-I-Verordnung, nach der gerichtliche Entscheidungen aus einem Mitgliedstaat auch in anderen Mitgliedstaaten vollstreckbar sind, ohne dass es einer gesonderten Vollstreckbarerklärung bedarf. Daneben existieren verschiedene völkerrechtliche Verträge, die die Vollstreckung in anderen Staaten erleichtern, etwa das sog. Lugano-Übereinkommen, das im Verhältnis zu Norwegen, Dänemark, der Schweiz und Island gilt.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

Kommission startet öffentliche Konsultation zur Übertragung von Strafverfahren

Am 07.12.2021 startete die Kommission eine öffentliche Konsultation zu einem geplanten Richtlinienvorschlag, der die Übertragung von Strafverfahren zwischen EU-Mitgliedstaaten regeln soll. Bis 04.02.2022 können Rückmeldungen eingereicht werden (EB 19/21). Geregelt werden könnte neben den formellen Erfordernissen auch Ablehnungsgründe für eine Verfahrensübertragung, die Rechte von Beschuldigten und Opfern sowie Fragen der Verwertbarkeit von Beweismitteln.

[Zur Konsultation](#)

Kommission startet gezielte Konsultation zum Rechtstaatlichkeitsbericht 2022

Am 02.12.2022 startete die Kommission eine gezielte Konsultation zum Rechtstaatlichkeitsbericht 2022. Die Konsultation läuft bis 24.01.2022 und richtet sich an Interessensgruppen wie Richtervereinigungen, die Zivilgesellschaft, Nichtregierungsorganisationen und EU-Agenturen. Der Rechtstaatlichkeitsbericht deckt vier Bereiche ab: Justizwesen, Korruptionsbekämpfung, Medienvielfalt und Medienfreiheit sowie sonstige institutionelle Fragen der Gewaltenteilung. Die Beiträge sollten sich auf wichtige Entwicklungen in diesen Bereichen seit Januar 2021 konzentrieren. Der Rechtstaatlichkeitsbericht 2022 wird erstmals länderspezifische Empfehlungen enthalten. Die Veröffentlichung ist für 13.07.2022 geplant.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Zur Konsultation](#) (in englischer Sprache)



Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit – Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland

Die Kommission gab am 02.12.2021 bekannt, gegen Deutschland ein Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten, da es die EU-Vorschriften zur strafrechtlichen Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ([Rahmenbeschluss 2008/913/JI](#)) nicht ordnungsgemäß umsetzte. Denn nach deutschem Recht sei das öffentliche Leugnen oder das gröbliche Verharmlosen von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen nicht unter Strafe gestellt. Deutschland hat nun zwei Monate Zeit, um auf die Argumente der Kommission zu reagieren. Anderenfalls kann die Kommission beschließen, eine mit Gründen versehene Stellungnahmen zu übermitteln.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Vertragsverletzungsverfahren gegen Polen wegen Richterpensionierung eingestellt

Am 02.12.2021 stellte die Kommission das Vertragsverletzungsverfahren gegen Polen wegen der Pensionsregelung für Richterinnen und Richter am Obersten Gericht ein. Das Vertragsverletzungsverfahren war am 02.07.2018 eingeleitet worden. Am 24.06.2019 traf der EuGH seine endgültige Entscheidung in dieser Rechtssache ([Rs. C-619/18](#)). Daraufhin habe Polen, so die Kommission, seine Gesetzgebung geändert und die strittige Pensionsregelung zurückgenommen. Es gebe keine Hinweise darauf, dass die von den beanstandeten Rechtsvorschriften betroffenen Richterinnen und Richtern des Obersten Gerichtshofs weiterhin deren Auswirkungen zu spüren bekommen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST

FORSCHUNG

EU-Forschungsministerrat beschließt Meilensteine für den Europäischen Forschungsraum

Der EU-Forschungsministerrat hat in seiner Tagung am 26.11.2021 u. a. die Empfehlung für einen Pakt für Forschung und Innovation sowie die Ratsschlussfolgerungen zur künftigen Governance des Europäischen Forschungsraums (EFR) beschlossen. Ein wichtiger Bestandteil der letztgenannten ist die „ERA Policy Agenda 2022 - 2024“, die einen Katalog von 20 freiwilligen Maßnahmen definiert, die in den nächsten drei Jahren im Rahmen des EFR schwerpunktmäßig verfolgt werden sollen. Die Dossiers sind zentrale Bausteine der Strategie der Kommission für die Weiterentwicklung des EFR, die in der Mitteilung „Eine neuer EFR für Forschung und Innovation“ in 2020 dargelegt wurde.

Der Pakt für Forschung und Innovation soll die Grundlagen und Rahmenbedingungen für einen gemeinsamen, freien und offen gestalteten Europäischen Forschungsraum schaffen. Er legt dafür u. a. wesentliche gemeinsame Werte und Grundsätze, Prioritätsbereiche und Investitionsziele fest. Mit den Schlussfolgerungen zur künftigen Governance werden die Strukturen zur Verwaltung und Organisation des EFR benannt, die notwendig sind, um die Prioritäten und Ziele des Paktes umzusetzen und die Koordinierung der Politiken der MS zu erleichtern.

[Tagungsseite des Rates](#)

[Empfehlung für einen Pakt für Forschung und Innovation](#)

[Ratsschlussfolgerungen zur künftigen Governance des EFR](#)

[Factsheet zum Pakt für F&I](#) (in englischer Sprache)

Finanzmittel in Höhe von 673 Mio. € für Missionen unter Horizont Europa beschlossen

Die Kommission hat am 16.12.2021 eine Aufstockung der Mittel für das Arbeitsprogramm 2021 - 2022 von Horizont Europa um 723 Mio. € beschlossen. Der Großteil davon in Höhe von 673,24 Mio. € wird dabei der Durchführung der fünf Missionen, die im September des Jahres auf den Weg gebracht wurden (EB 15/21), dienen.

Die Aufteilung der Gelder zwischen den Missionen gestaltet sich wie folgt:

1. Anpassung an den Klimawandel: 122 Mio. €
2. Krebs: 125 Mio. €
3. Ozeane und Gewässer: 114 Mio. €
4. 100 klimaneutrale und intelligente Städte bis 2030: 119 Mio. €
5. Ein „Boden-Deal“ für Europa: 67 Mio. €



In diesem Zusammenhang wurden 19 Ausschreibungen zu den Missionen angekündigt, die in zwei Tranchen am 22.12.2021 und 11.01.2022 starten sollen.

[Informationen der Kommission](#) (in englischer Sprache)

Nächste Ausschreibungsrunde für Europäische Hochschulnetzwerke gestartet

Die Kommission hat die nächste Runde der Initiative der Europäischen Hochschulnetzwerke („European Universities“) unter Erasmus+ gestartet. Bislang wurden nach zwei Ausschreibungen in den Jahren 2019 und 2020 bereits insgesamt 41 Netzwerke auf den Weg gebracht. Zum weiteren Ausbau der Initiative nimmt die Kommission nunmehr 272 Mio. € in die Hand. Dabei ist der größere Anteil des Budgets in Höhe von 225,6 Mio. € für die Erweiterung bereits bestehender Netzwerke vorgesehen (Topic 1). Die Gründung neuer Netzwerke soll mit 46,4 Mio. € gefördert werden (Topic 2).

Die Ausschreibungsfrist läuft bis zum 22.03.2022, die Ergebnisse sollen am 27.07.2022 bekanntgegeben werden.

[Information der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Details der Ausschreibung](#) (in englischer Sprache)

KULTUR

EU-Kulturministerrat tagt in Brüssel

Am 30.11.2021 trafen sich die EU-Kulturministerinnen und -minister zu ihrer Ratssitzung unter slowenischer Ratspräsidentschaft. Dabei wurden u. a. die Ratsschlussfolgerungen „Kultur, hochwertiger Architektur und bauliche Umwelt als Schlüsselemente der Initiative Neues Europäisches Bauhaus (NEB)“ beschlossen. Diese betonen die zentrale Rolle der Kultur und Architektur bei der Gestaltung einer nachhaltigen und ästhetischen Lebensumwelt – und damit bei der Umsetzung des NEB. Die Mitgliedstaaten werden ermuntert, unterschiedliche Sektoren und Politikbereiche wie Kultur, Klimapolitik und Architektur zusammenzuführen, um die nachhaltige, inklusive und ästhetische Gestaltung von Gebäuden, Wohn- und Lebensräumen zum Wohle aller Bürger sicherzustellen.

Die Orientierungsaussprache fand zum Thema „Kulturerbe und kulturelle Rechte im Kontext nachhaltiger Entwicklung und der Zukunft Europas“ statt. Die Ministerinnen und Minister betonten einhellig die essentielle Rolle von Kultur und kultureller Teilhabe für die Identität, den Zusammenhalt und die Zukunft Europas. Diese müssten bei der Gestaltung der nachhaltigen Entwicklung und bei der Bewältigung des Klimawandels noch stärker einbezogen werden.

Unter „Verschiedenes“ informierte u. a. die finnische Delegation über die Auswahl der Stadt Oulu in Nordfinnland als Europäische Kulturhauptstadt des Jahres 2026. Die französische Kulturministerin kündigte die Förderung des interkulturellen Austausches, die Mobilität von Künstlern, die Vielfalt der Sprachen sowie die



Partizipation von Bürgern an kulturellen Angeboten als Schwerpunkte der anstehenden Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2022 an.

[Tagungsseite des Rates](#)

[Ratsschlussfolgerungen „Kultur, hochwertige Architektur und gebaute Umwelt als Schlüsselemente der Initiative Neues Europäisches Bauhaus“](#)

Infoplattform „CulturEU“ für EU-Kulturförderung freigeschaltet

Am 29.11.2021 hat die Kommission die Online-Plattform „CulturEU“ als zentrale Anlaufstelle („One-Stop-Shop“) für alle Künstlerinnen und Künstler sowie Kulturschaffenden, die sich über Fördermöglichkeiten durch die EU informieren wollen, freigeschaltet. In dem Webtool sind 75 Fördermöglichkeiten aus 21 EU-Programmen zusammengefasst, u. a. Kreatives Europa, Horizont Europa, Erasmus+ oder die Strukturfonds. Alle möglichen Akteure des Kultur- und Kreativsektors können damit interaktiv und passgenau mögliche Finanzierungsmöglichkeiten für ihr konkretes Projekt ermitteln. Die Anwendung soll ab Anfang 2022 in allen EU-Amtssprachen zur Verfügung stehen.

[Webtool „CulturEU“](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung der Kommission](#)



STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT

Euro-Gruppe am 06.12.2021: u. a. Bewertung der Kommissionsempfehlung für das Euro-Währungsgebiet 2022

Am 06.12.2021 berieten sich die 19 Finanz- und Wirtschaftsminister des Euroraums im Rahmen der monatlichen Euro-Gruppe unter Vorsitz von *Paschal Donohoe* (Irland). Auf der [Tagesordnung](#) der ordentlichen Sitzung standen u. a. Diskussion zur [verstärkten Überwachung Griechenlands](#) sowie [Spaniens](#), [Portugals](#), [Zyperns](#) und [Irlands](#). Der Internationale Währungsfonds stellte turnusgemäß seine aktuelle Analyse der wirtschaftlichen Entwicklungen im Euroraum dar. Die Euro-Gruppe stellte fest, dass die Wirtschaft im Euro-Währungsgebiet einen soliden und schnellen Aufschwung erlebe. Gemäß der Herbstprognose der Kommission 2021 wird für das BIP des Euro-Währungsgebiets im Jahr 2021 ein Wachstum um 5,0 % und für das Jahr 2022 ein Wachstum um 4,3 % vorhergesagt. Das gesamtstaatliche Defizit sollte den Projektionen zufolge im Jahr 2021 bei 7,1 % des BIP liegen, 2022 aber auf 3,9 % des BIP sinken. Der finanzpolitische Kurs des Euro-Währungsgebiets dürfte in den Jahren 2021 und 2022 weiterhin unterstützend wirken (1,75 % bzw. 1 % des BIP).

[Wichtigste Ergebnisse der Tagung der Euro-Gruppe am 06.12.2021](#) (in englischer Sprache)

[Anmerkungen des Vorsitzenden der Euro-Gruppe *Paschal Donohoe* im Anschluss an die Tagung der Euro-Gruppe vom 06.12.2021](#) (in englischer Sprache)

ECOFIN-Sitzung am 07.12.2021: u. a. Aktualisierung von Mehrwertsteuervorschriften

Die 27 Finanz- und Wirtschaftsminister berieten sich am 07.12.2021 im Format des Rates der EU für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN) unter Vorsitz des slowenischen Finanzministers *Andrej Šircelj*. Ein von den wichtigsten Tagesordnungspunkten war die erzielte [Einigung](#) über einen Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über die Mehrwertsteuersätze. Dabei wird eine Liste von Gegenständen und Dienstleistungen an die gemeinsamen EU-Prioritäten angepasst und modernisiert, für die ermäßigte Mehrwertsteuersätze zulässig sind. Ferner diskutierten die Wirtschafts- und Finanzminister über den aktuellen Stand in Bezug auf die Umsetzung der Aufbau- und Resilienzfazilität. Es wurden bereits 22 Pläne gebilligt, die sich auf 291 Mrd. € an Zuschüssen und 154 Mrd. € als Darlehen belaufen. 18 Mitgliedstaaten haben bereits eine Vorschusszahlung erhalten. Der Gesamtwert der derzeitigen Vorschüsse beträgt 54,2 Mrd. €.

[Wichtigste Ergebnisse der ECOFIN-Tagung am 07.12.2021](#) (in englischer Sprache)

[Anmerkungen des Exekutiv-Vizepräsidenten *Valdis Dombrovskis* auf der ECOFIN-Pressekonferenz](#) (in englischer Sprache)

[Fragen und Antworten: Einigung über neue Vorschriften für Mehrwertsteuersätze](#)



EU-HAUSHALT

Schlussanträge des Generalanwalts am EuGH zu Klagen Ungarns und Polens gegen die Konditionalitätsregelung

Der Generalanwalt am EuGH *Manuel Campos Sánchez-Bordona* hat am 02.12.2021 seine Schlussanträge in den Rechtssachen [C-156/21](#) (Ungarn / Parlament und Rat) und [C-157/21](#) (Polen / Parlament und Rat) gestellt – eine Art Empfehlung an die Richter. Er ist der Ansicht, dass die Klagen Ungarns und Polens gegen die Konditionalitätsregelung zum Schutz des Haushalts der Union bei Verstößen gegen Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit abzuweisen sind. Zum einen stellt Art. 322 Abs. 1 Buchst. a AEUV eine Rechtsgrundlage der sog. [Konditionalitätsverordnung](#) dar.

Zum anderen ist die Verordnung mit Art. 7 EUV vereinbar. Überdies ist kein Verstoß gegen den Grundsatz der Rechtssicherheit festzustellen.

Mit einem Urteil des EuGH ist voraussichtlich bereits im Januar 2022 zu rechnen.

[Pressemitteilung des EuGH vom 02.12.2021](#)

Europäisches Parlament: rasche Anwendung der Konditionalitätsregelung

Abgeordnete des Europäischen Parlaments (EP) [forderten](#) am 09.12.2021 im Rahmen der Sitzung des Haushalts- und des Haushaltskontrollausschusses erneut die rasche Anwendung der Konditionalitätsregelung. Sie kritisierten die Kommission für ihre Verzögerung bei der Umsetzung der [EU-Verordnung 2020/2092](#). Der Generaldirektor der Haushaltsabteilung der Kommission *Gert-Jan Koopman* erwiderte dagegen, die Kommission werde die Konditionalitätsregelung anwenden. Die endgültige Fassung der Leitlinien zur Verordnung würde angenommen, sobald das Urteil des EuGH zu den Klagen Ungarns und Polens vorliege.

[Pressemitteilung des EP vom 09.12.2021](#) (in englischer Sprache)

STEUERN

Vertragsverletzungsverfahren: Anpassung deutschen IT-Systems im Zusammenhang mit Konsignationslagerregelungen

Am 02.12.2021 hat die Kommission beschlossen, eine mit Gründen versehene Stellungnahme an Deutschland zu richten, weil das Land seiner Verpflichtung, anderen Mitgliedstaaten den automatisierten Zugang zu Informationen betreffend Konsignationslagerregelungen über das elektronische Mehrwertsteuer-Informationsaustauschsystem zu gewähren, nicht nachgekommen ist.

Schafft Deutschland nicht binnen zwei Monaten Abhilfe, kann die Kommission den Fall an den EuGH verweisen.

[Pressemitteilung der Kommission vom 02.12.2021](#)



Mehrwertsteuer-Lücke in der EU

Am 02.12.2021 hat die Kommission einen neuen [Bericht zur Mehrwertsteuer-Lücke](#) in der EU veröffentlicht. Danach sind den Mitgliedstaaten im Jahr 2019 schätzungsweise 134 Mrd. € an Einnahmen aus der Mehrwertsteuer (MwSt) entgangen. Laut Wirtschaftskommissar *Paolo Gentiloni* konnte in den letzten Jahren ein positiver Trend verzeichnet werden (Minderung um etwa 6,6 Mrd. € im Vergleich zum Vorjahr), die Mehrwertsteuerlücke stelle aber nach wie vor ein großes Problem dar – vor allem angesichts des enormen Investitionsbedarfs, dem die Mitgliedstaaten in den nächsten Jahren nachkommen müssen. Laut dem Bericht beträgt die MwSt-Lücke in Deutschland ca. 23,44 Mrd. € in absoluten Zahlen bzw. ca. 8,8 % der MwSt-Einnahmen.

[Fragen und Antworten: MwSt-Lücke](#)

WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION

Neugestaltung der Euro-Banknoten

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat am 06.12.2021 bekanntgegeben, Euro-Banknoten neu zu gestalten. Sie wird dabei mit den europäischen Bürgerinnen und Bürgern in einem Verfahren zusammenarbeiten, das 2024 zu einer endgültigen Entscheidung führen dürfte.

Der Prozess der Neugestaltung wird mit der Einrichtung von Fokusgruppen beginnen, die die Meinung der Öffentlichkeit zu den Themen für die Geldscheine einholen sollen. Eine Themenberatungsgruppe, der aus jedem Land des Euroraums ein Experte angehört, wird dann dem EZB-Rat eine Auswahlliste mit neuen Themen vorlegen. Im Anschluss an die Vorschläge wird die öffentliche Meinung zu den in die engere Wahl gezogenen Themen eingeholt und ein Design-Wettbewerb zu den neuen Banknoten stattfinden.

[Pressemitteilung der EZB vom 06.12.2021](#)

Bericht des Präsidenten der Euro-Gruppe *Paschal Donohoe* an *Charles Michel*

Am 10.12.2021 hat der Präsident der Euro-Gruppe *Paschal Donohoe* einen [Brief](#) an den Präsidenten des Europäischen Rates *Charles Michel* geschickt. Als Diskussionsgrundlage für den Euro-Gipfel am 16.12.2021 enthält das Schreiben Aussagen zum gegenwärtigen Stand und zu den Fortschritten, die die Euro-Gruppe zu den wichtigen politischen Punkten erreicht hat.

Insbesondere teilte *Paschal Donohoe* mit, dass die Wirtschaft des Euro-Währungsgebiets sich „schneller als erwartet und viel schneller als von der Wirtschaftskrise“ erhole. Im Hinblick auf die Bankenunion werde angestrebt, in der ersten Hälfte des nächsten Jahres eine Einigung über einen Fahrplan zur Vollendung der Bankenunion zu erzielen. Er betonte außerdem, dass ein sorgfältig konzipierter digitaler Euro das Potenzial habe, die Autonomie und Widerstandsfähigkeit des europäischen Zahlungssystems zu schützen. Daher sei das Digital-Euro-Projekt für das Euro-Währungsgebiet und die EU von großer Bedeutung.



[Pressemitteilung des Europäischen Rates / Rates vom 13.12.2021](#) (in englischer Sprache)

Kommission gibt zur Finanzierung der Erholung bis Juni 2022 langfristige Anleihen in Höhe von 50 Mrd. € aus

Am 14.12.2021 hat die Kommission [bekannt gegeben](#), dass sie im ersten Halbjahr 2022 langfristige EU-Anleihen (Bonds) in Höhe von 50 Mrd. € ausgeben wird, die durch kurzfristige (unter einem Jahr) EU-Anleihen (Bills) ergänzt werden sollen. Die Mittelaufnahme dient der Finanzierung der Zahlungen im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) und aller anderen Programme des Aufbauinstruments NextGenerationEU (NGEU).

Der derzeitige Finanzierungsplan stützt sich auf die jüngsten Prognosen für den künftigen Zahlungsbedarf im Rahmen von NGEU. Der genaue Finanzierungsbedarf kann jedoch variieren. Denn bei der ARF sind die Zahlungen im Jahr 2022 vom Erreichen der Etappenziele und Zielwerte in den nationalen Aufbau- und Resilienzplänen der Mitgliedstaaten abhängig.

[Pressemitteilung der Kommission vom 14.12.2021](#)

[Fragen und Antworten zur diversifizierten Finanzierungsstrategie](#)

[EU-Finanzierungsplan Januar-Juni 2021](#) (in englischer Sprache)

[Website zur EU als Kreditnehmerin](#) (in englischer Sprache)



STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE

WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE

Überarbeitung der Roaming-Verordnung: Politische Einigung erzielt

Die Verhandlungsführer von Rat, Europäischem Parlament (EP) und Kommission haben am 09.12.2021 eine vorläufige politische Einigung zum Vorschlag für eine neue Roaming-Verordnung, den die Kommission im Februar 2021 (EB 04/21) vorgelegt hatte, erzielt. Mit der neuen Verordnung werden die derzeit geltenden und 2022 auslaufenden Vorschriften um weitere zehn Jahre verlängert. Demnach müssen Bürgerinnen und Bürger weiterhin für Anrufe und Datenverkehr auf Reisen innerhalb der EU keine zusätzlichen Gebühren bezahlen. In einem nächsten Schritt muss die politische Einigung noch formal von Rat und EP bestätigt werden, bevor sie nach der Veröffentlichung im EU-Amtsblatt zum 01.01.2022 in Kraft treten wird.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Abstimmungen zu den Gesetzen für digitale Dienste und digitale Märkte im Europäischen Parlament

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments (EP) haben am 15.12.2021 ihre Position zum Gesetz über digitale Märkte (Digital Markets Act, DMA) im Rahmen der Plenarsitzung angenommen. Der Rat hat seine allgemeine Ausrichtung bereits am 25.11.2021 erzielt (EB 19/21), sodass nun die Trilogverhandlungen zwischen EP, Rat und Kommission beginnen können. Der Vorschlag zum DMA wurde von der Kommission im Dezember 2020 vorgelegt (EB 20/20) und enthält eine Reihe von Geboten und Verboten für sogenannte Torwächter auf digitalen Märkten und zielt auf einen offeneren und faireren Wettbewerb ab.

Zum Gesetz über digitale Dienste (Digital Services Act, DSA) hat der Binnenmarktausschuss des EP am 14.12.2021 nun ebenfalls seine Position angenommen. Nachdem der Rat bereits am 25.11.2021 seine allgemeine Ausrichtung erzielt hat (EB 19/21), können im Anschluss an die Bestätigung durch das EP-Plenum die Trilogverhandlungen beginnen. Die Bestätigung durch das Plenum wird im Januar 2022 erwartet. Der DSA zielt darauf ab, die Nutzer vor illegalen Waren, Inhalten oder Dienstleistungen im Internet zu schützen und wurde von der Kommission im Dezember 2020 vorgelegt (EB 20/20) (siehe hierzu auch Beitrag des StMD in diesem EB).

[Pressemitteilung des EP zum DMA](#)

[Pressemitteilung des EP zum DSA](#)

Kryptowerte: Politische Einigung zur Verordnung über eine Pilotregelung für Marktinfrastrukturen auf der Grundlage von DLT

Die Verhandlungsführer von Rat, Europäischem Parlament (EP) und Kommission haben am 24.11.2021 eine politische Einigung über eine Verordnung über eine Pilotregelung für Marktinfrastrukturen auf der Grundlage



der Distributed-Ledger-Technologie (DLT) erzielt. Diese soll dazu dienen, Transaktionen mit Finanzinstrumenten in Form von Kryptowerten zu tätigen und ist Bestandteil der im September 2020 vorgelegten Strategie zur Digitalisierung des Finanzsektors (EB 15/20).

Durch die neue Verordnung soll es Regulierungsbehörden und Marktteilnehmern in der EU ermöglicht werden, Erfahrungen mit DLT zu sammeln. Die Pilotregelung soll zudem sicherstellen, dass Risiken für den Anlegerschutz, die Marktintegrität und die Finanzstabilität bewältigt werden können. In einem nächsten Schritt muss die politische Einigung nun noch von EP und Rat final bestätigt werden, bevor sie nach der Veröffentlichung im EU-Amtsblatt in Kraft tritt.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Digitales Finanzwesen: Strategie der Kommission für eine gestraffte Datenmeldung an die Aufsichtsbehörden

Die Kommission hat am 15.12.2021 eine neue Strategie zur Verbesserung und Modernisierung der Finanzberichterstattung in der EU vorgelegt. Mit der Mitteilung werden zwei zentrale Ziele verfolgt. Zum einen soll die Datenmeldung an die Aufsichtsbehörden gestrafft, zum anderen der Aufwand, den Finanzinstitute in die Finanzberichterstattung investieren, gesenkt werden. Darüber hinaus soll die Strategie zu den Zielen der europäischen Datenstrategie und der Strategie zur Digitalisierung des Finanzsektors (EB 15/20) beitragen sowie zu den Zielen einer Kapitalmarktunion und zur Verwirklichung eines Binnenmarkts für Finanzdienstleistungen. Die Strategie umfasst vier Säulen: Gewährleistung kohärenter und genormter Daten, Erleichterung des Austauschs und der Weiterverwendung gemeldeter Daten, bessere Ausgestaltung der Berichtspflichten sowie die Einführung gemeinsamer Regeln.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Mitteilung zur Strategie](#) (in englischer Sprache)

Reglementierung von Berufen: Kommission leitet Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland ein

Die Kommission hat am 02.12.2021 bekanntgegeben, gegen insgesamt 18 Mitgliedstaaten, darunter auch Deutschland, Vertragsverletzungsverfahren wegen nicht ordnungsgemäßer Umsetzung der Richtlinie über eine Verhältnismäßigkeitsprüfung vor Erlass neuer Berufsreglementierungen einzuleiten. Die Umsetzungsfrist für die Richtlinie vom Juni 2018 endete zum 30.07.2020. Gemäß den Vorschriften der Richtlinie müssen die Mitgliedstaaten dafür sorgen, dass die von ihnen eingeführten Anforderungen für die Ausübung von Berufen notwendig und ausgewogen sind. Dadurch soll vermieden werden, dass qualifizierten Bewerberinnen und Bewerbern der Zugang zu einem breiten Spektrum von Berufen oder deren Ausübung unnötig erschwert wird.

Den Mitgliedstaaten wird seitens der Kommission u. a. vorgeworfen, verschiedenste Reglementierungen nicht hinreichend berücksichtigt sowie Kriterien der Verhältnismäßigkeit nicht ordnungsgemäß umgesetzt zu haben.



Zudem fehlen verfahrenstechnische Garantien wie etwa die Objektivität der Prüfungen. Alle betroffenen Mitgliedstaaten haben nun zwei Monate Zeit, um auf die Argumente der Kommission zu reagieren. Anderenfalls kann die Kommission beschließen, mit Gründen versehene Stellungnahmen zu übermitteln.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Neues digitales Instrument zur Unterstützung der EU-Mitgliedstaaten bei der Überwachung ihrer Resilienz

Die Kommission hat am 29.11.2021 eine interaktive Webseite eingerichtet, auf der sog. Resilienz-Dashboards zu finden sind. Die Dashboards enthalten eine Auswahl von Indikatoren zur Resilienz, die Kapazitäten und Anfälligkeiten in den Mitgliedstaaten und in Nicht-EU-Ländern aufzeigen und vier Dimensionen umfassen: sozial und wirtschaftlich, grün, digital und geopolitisch. Sie sollen den EU-Ländern dabei helfen, ihre Kapazitäten und Schwachstellen in einer Vielzahl von Bereichen zu erfassen, eine stärkere und widerstandfähigere Wirtschaft aufzubauen und die Entwicklung der Resilienz im Laufe der Zeit zu beobachten. Auch sollen die zur Ex-post-Bewertung der europäischen Erholungs- und Resilienzstrategie beitragen.

Derzeit zeigen die Dashboards, dass Deutschland u. a. bei der Sparquote der Haushalte, der Arbeitslosenquote, der Solvenzquote im Versicherungssektor, dem Anteil innovativer Unternehmen und der Energieproduktivität über hohe Kapazitäten verfügt, während z. B. die Gleichheit der Einkommensverteilung und die Forschungs- und Entwicklungsintensität im Informations- und Kommunikationssektor verbessert werden könnte.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Webseite zu den Resilienz-Dashboards](#) (in englischer Sprache)

Neues Online-Tool zur Unterstützung der Dekarbonisierung in der EU

Die Kommission hat am 28.12.2021 das „Energy and Industry Geography Lab“ eingerichtet. Das neue Online-Tool, das Unternehmen und Planern von Energieinfrastrukturen raumbezogene Informationen zur Verfügung stellen soll, wurde in der von der Kommission im Mai 2021 vorgelegten überarbeiteten Industriestrategie angekündigt (EB 09/21). Die kartenbasierte Schnittstelle soll die Online-Datenverwaltung, Visualisierung und Analyse von Daten aus dem Energie- und Industriesektor ermöglichen. Sie zeigt, wo saubere Energie zu finden ist, ob die notwendige Infrastruktur vorhanden ist oder ob Flächen für die Installation erneuerbarer Energien zur Verfügung stehen. Das Tool soll somit die Industrie, die politischen Entscheidungsträger und die nationalen Behörden bei der Planung der wichtigsten Veränderungen, die für die Dekarbonisierung der Wirtschaft erforderlich sind, unterstützen.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Energy and Industry Geography Lab](#) (in englischer Sprache)



EIB-Gruppe und Deutsche Bank unterstützen kleine und mittelgroße Unternehmen in der Coronakrise

Die Europäische Investitionsbank-Gruppe (EIB-Gruppe) hat am 08.12.2021 bekanntgegeben, dass sie der Deutschen Bank eine Garantie von 75 Mio. € zur Verfügung stellt. Die Transaktion zählt zu den allerersten, die unter den neuen Regeln für einfache, transparente, standardisierte synthetische Verbriefungen (STS) strukturiert wurden, und sie ist mit einer Garantie des Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) besichert. Der EFSI ist die tragende Säule der Investitionsoffensive für Europa, die im November 2014 ins Leben gerufen wurde (EB 21/14). Durch die Kapitalentlastung kann Deutschlands größte Bank Neukredite von bis zu 300 Mio. € an coronabelastete kleine und mittelgroße Unternehmen vergeben.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Staatliche Beihilfen: Kommission genehmigt Fördergebietskarte Deutschlands für 2022 - 2027

Die Kommission hat am 15.12.2021 die vom 01.01.2022 bis zum 31.12.2027 für die Gewährung von Regionalbeihilfen geltende Fördergebietskarte Deutschlands auf der Grundlage der überarbeiteten Regionalbeihilfeleitlinien genehmigt. Die neuen Regionalbeihilfeleitlinien sollen es den Mitgliedstaaten ermöglichen, ihre am stärksten benachteiligten Gebiete zu unterstützen und so die Ungleichheiten in Bezug auf wirtschaftliches Wohlergehen, Einkommen und Arbeitslosigkeit zu verringern.

Die Fördergebietskarte Deutschlands legt fest, welche deutschen Gebiete für regionale Investitionsbeihilfen in Betracht kommen. Dies sind Gebiete in denen 18,1 % der Bevölkerung Deutschlands (rund 15 Mio. Einwohner) leben. Deutschland hat u. a. auch Teile von Bayern als nicht prädefinierte C-Fördergebiete ausgewiesen. In den meisten dieser Gebiete betragen die Beihilfehöchstintensitäten je nach ihrem Pro-Kopf-BIP 10 % bzw. 15 %. Die Kommission genehmigte eine Anhebung der Beihilfeintensität auf bis zu 25 % für 17 Gebiete, die an A-Fördergebiete in Tschechien und Polen angrenzen u. a. für Tirschenreuth, die kreisfreie Stadt Hof, den Landkreis Hof und Wunsiedel im Fichtelgebirge.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Staatliche Beihilfen: Kommission genehmigt Änderungen an deutscher Regelung zur Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien

Die Kommission hat am 09.12.2021 bestimmte Änderungen an der deutschen Regelung zur Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen genehmigt. Die Regelung ist Teil des deutschen Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Die Änderungen sollen u. a. zum Ausbau der Photovoltaik und der Onshore-Windenergie beitragen. Zudem genehmigte die Kommission staatliche Beihilfen für kleine Gülleanlagen. Bei den förderfähigen Anlagen handelt es sich um Biomasseanlagen, die Dünger zur Stromerzeugung nutzen und deren installierte Leistung 150 Kilowatt nicht übersteigt.

[Daily News der Kommission](#) (in englischer Sprache)



Staatliche Beihilfen: Kommission nimmt überarbeitete Mitteilung über kurzfristige Exportkreditversicherungen an

Die Kommission hat am 06.12.2021 eine überarbeitete Mitteilung über kurzfristige Exportkreditversicherungen angenommen. Diese gilt ab dem 01.01.2022 und zielt darauf ab, zu gewährleisten, dass der Wettbewerb zwischen privaten und staatlichen bzw. staatlich geförderten Exportkreditversicherern nicht durch staatliche Beihilfen verfälscht wird und für Exportkreditversicherer in verschiedenen Mitgliedstaaten gleiche Wettbewerbsbedingungen gelten. Exportkredite ermöglichen ausländischen Käufern von Waren und Dienstleistungen einen Zahlungsaufschub. Gegen dieses Kreditrisiko können sich Verkäufer mit einer Exportkreditversicherung schützen. Die überarbeitete Mitteilung beruht auf der 2019 im Rahmen der Eignungsprüfung der Beihilfavorschriften durchgeführten Evaluierung sowie dem im Mai 2021 hierzu veröffentlichten Fahrplan (EB 10/21).

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Staatliche Beihilfen: Kommission verabschiedet überarbeitete Leitlinien zur Förderung von Risikofinanzierungen

Die Kommission hat am 06.12.2021 die überarbeiteten Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Förderung von Risikofinanzierungen (Risikofinanzierungsleitlinien) verabschiedet. Diese gelten ab dem 01.01.2022 und zielen darauf ab, Unternehmensneugründungen, kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) und Unternehmen mittlerer Kapitalisierung den Zugang zu Finanzmitteln zu erleichtern. Die neuen Leitlinien beruhen auf der 2019 im Rahmen der Eignungsprüfung der Beihilfavorschriften durchgeführten Evaluierung sowie der hierzu im Mai 2021 durchgeführten Konsultation (EB 10/21). Sie begrenzen u. a. die Anforderung an die Analyse der Finanzierungslücke und sollen die Prüfung von Maßnahmen erleichtern, die ausschließlich auf Unternehmensneugründungen und KMU ausgerichtet sind, die ihren ersten kommerziellen Verkauf noch nicht getätigt haben. Zudem werden bestimmte Begriffsbestimmungen in den Leitlinien an die Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) angepasst.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Bericht über die Durchführung von Finanzinstrumenten

Die Kommission hat am 02.12.2021 ihren jährlichen zusammenfassenden Bericht über die Durchführung von Finanzinstrumenten im Jahr 2020 veröffentlicht. Aus dem Bericht geht hervor, dass 478 000 kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie andere Begünstigte in Europa im Jahr 2020 mit insgesamt 29 Mrd. € finanziert wurden. Gegenüber dem Jahr 2019 seien dies 365 000 KMU mehr.

Dem Bericht zufolge haben sich die Finanzinstrumente zur Eindämmung der wirtschaftlichen Folgen der Coronavirus-Krise als wichtiges Mittel erwiesen. Dank der Investitionsinitiative zur Bewältigung der Coronavirus-Krise (CRII) (EB 05/20) und der Investitionsinitiative Plus zur Bewältigung der Coronavirus-Krise



(CRII+) (EB 06/20) konnten die Mitgliedstaaten die Ressourcen entsprechend sich wandelnden Bedürfnissen der Begünstigten einsetzen. Die Finanzinstrumente des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung leisteten insbesondere Hilfe durch Finanzprodukte wie Darlehen, Garantien und Eigenkapital.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Jährlicher zusammenfassender Bericht](#) (in englischer Sprache)

EU-Bankensektor: Sondierung zur Überprüfung makroprudenzieller Vorschriften gegen Systemrisiken

Die Kommission hat am 01.12.2021 eine Sondierung zur Überprüfung der makroprudenziellen Vorschriften für den EU-Bankensektor gegen Systemrisiken veröffentlicht. Die derzeitigen Vorschriften gelten seit 2014 und sollen nun anhand der bisherigen Erfahrungen, insbesondere auch während der coronabedingten Wirtschaftskrise, überarbeitet und verbessert werden, um sicherzustellen, dass geeignete Instrumente zur Verfügung stehen, um aufkommenden Systemrisiken zu begegnen. Die Annahme der Verordnung durch die Kommission ist für das vierte Quartal 2022 geplant. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 18.03.2022.

[Zur Initiative](#)

Konsultation zu einem neuen Rechtsrahmen für Industrieprodukte

Die Kommission hat am 13.12.2021 eine öffentliche Konsultation zu einem neuen Rechtsrahmen für Industrieprodukte in der EU eingeleitet. Der neue Rechtsrahmen soll durch eine verstärkte Marktüberwachung und durch optimierte Konformitätsbewertungen Verbesserungen für den Binnenmarkt für Waren bringen. Im Rahmen der öffentlichen Konsultation soll evaluiert werden, ob der neue Rechtsrahmen in einer digitalen und kreislauforientierten Wirtschaft weiterhin seinen Zweck erfüllt. Im Mittelpunkt der Bewertung stehen u. a. die gemeinsame Struktur der Konformitätsbewertungsmodule und der neue Akkreditierungsrahmen für notifizierte Stellen. Die Annahme des neuen Rechtsrahmens durch die Kommission ist für das zweite Quartal 2022 geplant. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 07.03.2022.

[Zur Initiative](#)

[Zur Konsultation](#)

TECHNOLOGIE UND INNOVATION

Tagung des Wettbewerbsfähigkeitsrat: Teil Forschung und Weltraum

Die Forschungs- und Raumfahrtministerinnen und -minister haben auf dem Wettbewerbsfähigkeitsrat am 26.11.2021 neben Schlussfolgerungen zur künftigen Gestaltung des Europäischen Forschungsraums (siehe hierzu auch Beitrag des StMWK in diesem EB) auch Schlussfolgerungen zum Thema „Weltraum für alle“ angenommen. Folgend auf den Schlussfolgerungen vom 28.05.2021 zum Thema „New Space für Menschen“ (EB 10/21) wird darin betont, wie wichtig die Beteiligung von Interessengruppen aus allen Mitgliedstaaten an



der Weltraumwirtschaft sowie die Stärkung der Verbindungen zwischen der Weltraumwirtschaft und anderen Sektoren ist.

Die Minister führten darüber hinaus einen Gedankenaustausch zur Finanzierung und zur langfristigen nachhaltigen Entwicklung von „New Space“. Dabei wurde hervorgehoben, dass kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und Start-up-Unternehmen in der Weltraumwirtschaft unterstützt werden müssten. Ferner legte der slowenische Vorsitz seinen Bericht über das Weltraumverkehrsmanagement vor. Die Kommission informierte zudem über ihren künftigen Vorschlag „Aufbau eines weltraumgestützten globalen sicheren Kommunikationssystems der EU“, der für das zweite Quartal 2022 geplant ist.

[Ergebnisse der Ratstagung](#)

[Schlussfolgerungen des Rates zum Thema „Weltraum für alle“](#) (in englischer Sprache)

Raumfahrt: Zwei neue Galileo-Satelliten für präzise Navigationsdienste gestartet

Am frühen Morgen des 05.12.2021 wurden zwei neue Galileo-Satelliten erfolgreich vom europäischen Weltraumbahnhof in Kourou, Französisch-Guayana, gestartet. Dabei handelt es sich um die ersten beiden der verbleibenden 12 Galileo-Satelliten der ersten Generation, die im Rahmen des im Jahr 2011 gestarteten europäischen Navigationssystems Galileo (EB 18/11) noch in den Weltraum geschossen werden sollen. Jeder dieser Satelliten wird von OHB in Deutschland hergestellt und getestet. Fünf Jahre nach der Inbetriebnahme von Galileo (EB 01/17) befinden sich mit den beiden gestarteten Satelliten nun insgesamt 28 Satelliten in der Umlaufbahn. Die verbleibenden 10 Satelliten der ersten Generation folgen in den nächsten drei Jahren, bevor im Jahr 2024 die Galileo-Satelliten der zweiten Generation an den Start gehen sollen.

Als eine der Hauptkomponenten des europäischen Raumfahrtprogramms liefert Galileo frei zugängliche Satellitendaten, die eine Positionsbestimmung, Navigation und Zeitmessung ermöglichen. Diese finden nicht nur im Bereich der Mobiltelefone und Autonavigationsgeräte Anwendung, sondern auch bei der Synchronisierung von Energienetzen, im Verkehrs- und Mobilitätssektor, im Landnutzungssektor und in den Ortungsdiensten für Notfälle. Insgesamt werden so Galileo-Signale von mehr als 2,3 Mrd. Geräten weltweit genutzt.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Europäischer Investitionsfonds: Garantievereinbarung mit CHANCEN eG zur Studien-Finanzierung in Deutschland

Der Europäische Investitionsfonds (EIF) hat am 02.12.2021 eine Garantievereinbarung mit dem Sozialunternehmen CHANCEN eG unterzeichnet. Mit der EIF-Garantie von bis zu 24 Mio. € wird ein Portfolio von Umgekehrten Gesellschaftsverträgen (UGV) in Höhe von bis zu 30 Mio. € besichert, mit denen die CHANCEN eG Studierende in Deutschland fördern kann. Bei einem UGV zahlen Studierende erst für ihre Ausbildung, wenn sie berufstätig sind und mehr als ein Mindesteinkommen verdienen. Mit der EIF-



Unterstützung kann die CHANCEN eG über 2.000 Studierenden mit UGV finanziell unter die Arme greifen und damit dreimal so viel Studierende in Deutschland unterstützen wie zuvor. Die Vereinbarung wird durch das Pilotprojekt des Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) zur Entwicklung von Kompetenzen und Bildung unterstützt, das 2020 im Rahmen der Investitionsoffensive für Europa ins Leben gerufen wurde.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

AUßENWIRTSCHAFT

Handel: Kommission legt Instrumentarium zur Bekämpfung von Zwangsmaßnahmen aus Drittstaaten vor

Die Kommission hat am 08.12.2021 ein Instrumentarium zur Bekämpfung von Zwangsmaßnahmen aus Drittstaaten (Anti-Coercion Instrument, ACI) vorgelegt, bestehend aus einem Verordnungsvorschlag und einer dazugehörigen Mitteilung. Hintergrund für die Vorlage des Instrumentariums ist die Zunahme von bewusstem und gezieltem Druck auf die EU durch wirtschaftspolitische Maßnahmen, wie etwa explizite Zwangsmaßnahmen oder handelspolitische Schutzinstrumente.

Das neue Instrumentarium soll es der EU ermöglichen, sich international besser zur Wehr zu setzen und zielt darauf ab, Länder davon abzuhalten, Handel oder Investitionen einzuschränken oder mit solchen Einschränkungen zu drohen. Mit derartigen Einschränkungen ist häufig das Ziel verbunden, eine Änderung der EU-Politik in den Bereichen Klimawandel, Steuern oder Lebensmittelsicherheit zu bewirken.

Der Einsatz von Gegenmaßnahmen durch die EU soll dabei nur als letztes Mittel angewendet werden, vielmehr soll zunächst mit den entsprechenden Staaten in Dialog getreten werden, umso die Rücknahme konkreter Zwangsmaßnahmen zu bewirken. Der Verordnungsvorschlag bietet verschiedene, auf die jeweilige Situation angepasste Maßnahmen, wie etwa Zölle, die Begrenzung von Einfuhren aus dem betreffenden Land, Beschränkungen auf Dienstleistungen oder Investitionen oder auch Zugangsbeschränkungen zum EU-Binnenmarkt.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Verordnungsvorschlag der Kommission](#) (in englischer Sprache)

Global Gateway: Kommission legt neue Konnektivitätsstrategie zur Förderung nachhaltiger Infrastrukturen vor

Die Kommission hat am 01.12.2021 eine Mitteilung für eine neue europäische Konnektivitätsstrategie (Global Gateway Initiative) vorgelegt (siehe hierzu auch Beitrag unter „Politische Schwerpunkte“ in diesem EB). Diese soll dazu beitragen, Investitionen in Infrastrukturen in Schwellen- und Entwicklungsländern voranzutreiben.

Insgesamt zielt die Initiative darauf ab, im Zeitraum 2021 - 2027 bis zu 300 Mrd. € zu mobilisieren. Die Prioritäten der Strategie liegen dabei in folgenden Bereichen: Digitalisierung (u. a. Hochleistungsrechnen, Cloud- und Dateninfrastrukturen, Künstliche Intelligenz, Erdbeobachtungen), Klima und Energie (u. a.



Wasserstoff, Energieeffizienz, erneuerbare Energien, Offshore-Energie), Verkehr, Gesundheit (u. a. Lieferketten im Arzneimittelbereich) sowie Bildung und Forschung.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Europäisches Parlament legt Standpunkt zum Instrument für das internationale Beschaffungswesen fest

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments (EP) haben am 15.12.2021 im Rahmen ihrer Plenarsitzung ihren Standpunkt sowie das Verhandlungsmandat für den Beginn der Trilogverhandlungen zwischen EP, Rat und Kommission über eine Verordnung zur Schaffung eines Instruments für das internationale Beschaffungswesen (IPI) angenommen. Durch dieses soll effektiver gegen ungleiche Wettbewerbsbedingungen auf den weltweiten Märkten für öffentliche Aufträge vorgegangen werden. Es soll dazu beitragen, die Beschäftigungsmärkte in Drittländern zu öffnen und so EU-Unternehmen einen leichteren Zugang zu diesen Märkten zu ermöglichen. Die Kommission hatte einen ersten Vorschlag bereits im März 2012 vorgelegt, der jedoch keine Unterstützung im Rat fand. Daraufhin hat die Kommission im Januar 2016 einen geänderten Vorschlag angenommen. Nachdem der Rat seine Allgemeine Ausrichtung bereits im Juni 2021 erzielt hat (EB 10/21) können nun die Trilogverhandlungen beginnen.

[Pressemitteilung des EP](#)

EU und USA leiten gemeinsamen Dialog über die Wettbewerbspolitik im Technologiebereich ein

Die Kommission, die Federal Trade Commission (Kartellbehörde der Vereinigten Staaten) sowie das US-Justizministerium haben am 07.12.2021 den gemeinsamen Dialog über die Wettbewerbspolitik im Technologiebereich zwischen der EU und den USA eingeleitet. In einer gemeinsamen Stellungnahme wurden die gemeinsamen Überzeugungen der drei Institutionen in Bezug auf demokratische Werte und der Bedeutung des Wettbewerbs herausgestellt sowie ihre Absicht bekräftigt, zur Gewährleistung und Förderung eines fairen Wettbewerbs zusammenzuarbeiten. Im Dialog über die Wettbewerbspolitik im Technologiebereich sollen Erkenntnisse und Erfahrungen ausgetauscht werden, um eine möglichst enge Zusammenarbeit in der Wettbewerbspolitik und der Durchsetzung des Wettbewerbsrechts im Technologiesektor zu erreichen. Der Dialog wurde im Juni 2021 parallel zur Gründung des EU-US-Handels- und Technologierates (TTC) (EB 14/21) konzipiert, der zum ersten Mal am 29.09.2021 zusammentraf (EB 15/21). Er wird mit Tagungen auf hoher Ebene sowie regelmäßigen Beratungen auf fachlicher Ebene fortgesetzt.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Gemeinsame Stellungnahme](#) (in englischer Sprache)



EU unterstützt drei neue Initiativen der Welthandelsorganisation zu Handel und Umwelt

Die EU hat am 15.12.2021 drei neue Initiativen der Welthandelsorganisation (WTO) zu Handel und Umwelt unterzeichnet. Im Rahmen einer Initiative für Handel und ökologische Nachhaltigkeit werden die EU und weitere WTO-Länder gemeinsam an der Erleichterung des Handels mit umweltfreundlichen Waren und Dienstleistungen, der Förderung nachhaltiger Lieferketten und der Kreislaufwirtschaft arbeiten. Bei den anderen beiden Initiativen handelt es sich um eine Initiative zur Reform der Subventionen für fossile Brennstoffe und eine Initiative zur Bekämpfung der Kunststoffverschmutzung und zum nachhaltigen Kunststoffhandel. Die Unterstützung der Initiativen ist auch im Zusammenhang mit der im Februar 2021 veröffentlichten neuen Handelsstrategie der EU zu sehen (EB 04/21). Hier wurde ein stärkeres Engagement der WTO in Klimafragen als eine der wichtigsten Prioritäten der EU benannt.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

Vereinfachung des Dienstleistungshandels: EU und WTO-Mitglieder einigen sich auf Übereinkommen

Insgesamt 67 Mitglieder der Welthandelsorganisation (WTO), darunter auch die EU, haben am 02.12.2021 ein Übereinkommen zum Bürokratieabbau im Dienstleistungshandel abgeschlossen. Hierdurch sollen unnötig komplizierte Regelungen vereinfacht und Erleichterungen bei verfahrenstechnischen Hürden, mit denen insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU) konfrontiert werden, eingeführt werden. Das Übereinkommen soll zudem dazu beitragen, die Kosten des weltweiten Dienstleistungsverkehrs, um über 150 Mrd. \$ jährlich zu senken. Mit dieser Initiative verpflichten sich die Mitglieder bis Ende 2022 u. a. Genehmigungsverfahren zu vereinfachen und für mehr Transparenz zu sorgen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Erklärung der Mitglieder zum Übereinkommen](#) (in englischer Sprache)

ENERGIE

Green Deal: Kommission veröffentlicht weitere Vorschläge im Energiebereich

Die Kommission hat am 15.12.2021 u. a. weitere Vorschläge zum Green Deal im Energiebereich vorgelegt. Die Vorschläge zur Überarbeitung des Dritten Energiepakets für Gas sollen einen neuen Rechtsrahmen für wettbewerbsfähige, dekarbonisierte Gasmärkte schaffen. Parallel dazu zielt der Verordnungsvorschlag zur Verringerung der Methanemissionen im Energiesektor auf verbindliche Regeln zur Überwachung, Meldung, Überprüfung und Erkennung eines möglichen Methanaustritts ab. Mit der Neufassung der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (EPBD) möchte die Kommission bis 2050 den Gebäudebestand dekarbonisieren.

Zudem hat die Kommission eine Mitteilung zu nachhaltigen Kohlenstoffkreisläufen veröffentlicht, die dazu beitragen soll, dass bis zum Jahr 2030 jedes Jahr 5 Mio. t CO₂ aus der Atmosphäre entfernt und durch technische Lösungen dauerhaft gespeichert werden (siehe hierzu auch Beitrag des StMUV in diesem EB). Die



bereits am 14.12.2021 veröffentlichten Vorschläge im Verkehrsbereich beinhalten u. a. einen Vorschlag zur Überarbeitung der Richtlinie über intelligente Verkehrssysteme (siehe hierzu auch Beitrag des StMB in diesem EB).

[Pressemitteilung der Kommission zu Gas und Methan](#)

[Pressemitteilung der Kommission zur Energieeffizienz von Gebäuden](#) (in englischer Sprache)

Transeuropäische Energienetze: Rat und Parlament erzielen vorläufige Einigung zur TEN-E-Verordnung

Die Verhandlungsführer von Rat, Europäischem Parlament (EP) und Kommission haben am 15.12.2021 eine vorläufige politische Einigung über die Überarbeitung der Verordnung über die transeuropäischen Energienetze (TEN-E) erzielt.

Die neuen Regeln für die TEN-E sollen die Klimaziele der EU und den Green Deal unterstützen sowie die grenzüberschreitenden Verbundnetze und die Zusammenarbeit mit Ländern außerhalb der EU fördern. Die Einigung umfasst u. a. die Beendigung der Unterstützung für neue Erdgas- und Erdölprojekte, die Vereinfachung und Beschleunigung von Genehmigungsverfahren, die übergangsweise Zulassung von von Erdgas auf Wasserstoff umgerüsteten speziellen Anlagen für den Transport und die Speicherung einer vordefinierten Mischung von Wasserstoff mit Erdgas oder Biomethan. Zudem werden bestimmter Arten von Elektrolyseuren mit einer Kapazität von mindestens 50 MW und von Vorhaben von gemeinsamem Interesse (PCI) in den Geltungsbereich der Verordnung aufgenommen.

Der Rat hatte seine allgemeine Ausrichtung am 11.06.2021 erzielt (EB 11/21), die Position des EP wurde am 06.10.2021 festgelegt (EB 16/21). In einem nächsten Schritt muss die Einigung noch formell von Rat und EP bestätigt werden, bevor sie nach der Veröffentlichung im EU-Amtsblatt in Kraft tritt.

[Pressemitteilung des Rates](#) (in englischer Sprache)

Tagung des Energieministerrats: Schwerpunkt auf steigenden Energiepreisen und Fit-for-55-Paket

Die Energieministerinnen und -minister tauschten sich am 02.12.2021 im Rahmen des Energierates insbesondere zu den steigenden Energiepreisen und den Fortschritten bei den Beratungen zu den Vorschlägen des Fit-for-55-Pakets im Energiebereich aus. Die Minister führten einen Gedankenaustausch über die Auswirkungen hoher Energiepreise und möglicher Abhilfemaßnahmen auf nationaler und EU-Ebene. Zudem präsentierte die Europäische Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (European Agency for the Cooperation of Energy Regulators, ACER) ihren vorläufigen Bericht über die hohen Energiepreise in Europa und die derzeitige Gestaltung des Stromgroßhandelsmarkts.

Darüber hinaus führten sie eine Orientierungsaussprache über die Fortschritte der Beratungen bei der Überarbeitung der Richtlinie über erneuerbare Energien (RED II) sowie der Richtlinie über Energieeffizienz (EED). Besonders wichtig sei aus Sicht der Minister, ein Gleichgewicht zwischen der Notwendigkeit, das



Potenzial erneuerbarer Energien als kosteneffiziente Energiequelle zu fördern, und der Anerkennung der nationalen Gegebenheiten und unterschiedlichen Ausgangspunkte, zu finden.

[Pressemitteilung des Rates](#)

[Bericht der ACER](#) (in englischer Sprache)

Wasserstoff: Eröffnung der Europäischen Wasserstoffwoche durch Ursula von der Leyen

Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* hat am 29.11.2021 im Rahmen ihrer Rede zum Beginn der Europäischen Wasserstoffwoche u. a. den Start der neuen Partnerschaft für sauberen Wasserstoff angekündigt, an der neben der Kommission, die Wasserstoffindustrie, Forscher sowie politische Entscheidungsträger der Mitgliedstaaten beteiligt sind. Zudem betonte sie die Notwendigkeit, in Europas Führungsrolle bei Wasserstoff zu investieren. Dabei hat sich die EU zum Ziel gesetzt, die jährliche Produktion von grünem Wasserstoff in Europa bis 2030 auf 10 Mio. t zu steigern. Auch verwies die Kommissionspräsidentin auf die globalen Märkte für Wasserstoff und die Möglichkeiten, wie die EU in dieser Hinsicht mit Partnern zusammenarbeiten kann, wie etwa durch Investitionen in den afrikanischen Wasserstoffsektor.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Rede von Ursula von der Leyen](#) (in englischer Sprache)

Wasserstoff: Europäische Allianz veröffentlicht Liste über europäische Projekte

Die Europäische Allianz für sauberen Wasserstoff hat am 30.11.2021 eine Liste von über 750 Projekten in ganz Europa veröffentlicht, die die europäische Wasserstoffwirtschaft vorantreiben sollen. Hierbei wird die gesamte Wertschöpfungskette von der Erzeugung bis zur Verwendung abgedeckt. Auf der Projektliste finden sich auch einige Projekte aus Bayern, u. a. von Wacker Chemie, Bayernoil, Open Grid Europe GmbH, VERBUND AG, Vattenfall Innovation GmbH, Thüga AG, SYPOX i.g., 2G Energy AG, Robert Bosch GmbH sowie der bayernets GmbH. Die Allianz wurde von der Kommission im Juli 2020 ins Leben gerufen und dient dazu, die Einführung der Erzeugung und Nutzung von sauberem Wasserstoff in Europa voranzutreiben.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Projektübersicht der Europäischen Allianz für sauberen Wasserstoff](#) (in englischer Sprache)



STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

UMWELT

Green Deal: Kommission veröffentlicht weitere Vorschläge

Am 14./15.12.2021 hat die Kommission im Rahmen des Green Deals Vorschläge für eine effiziente und grüne Mobilität (siehe hierzu Beitrag des StMB in diesem EB) und für den Energiebereich (siehe hierzu Beitrag des StMWi in diesem EB) veröffentlicht. Ebenfalls wurde ein Richtlinienvorschlag zur Bekämpfung von Umweltkriminalität veröffentlicht, der einen stärkeren Schutz der Umwelt bezweckt (siehe hierzu Beitrag des StMJ in diesem EB). Für den Geschäftsbereich des StMUV ist insbesondere die Mitteilung zu nachhaltigen Kohlenstoffkreisläufen hervorzuheben, in der dargelegt wird, wie der Abbau von CO₂ aus der Atmosphäre erhöht werden kann. Neben Maßnahmen für eine klimateffiziente Landwirtschaft zur Speicherung von 42 Mio. t CO₂ in natürlichen Senken kündigt die Kommission einen Dialog mit Interessensträgern an, dass bis 2030 mindestens 20 % des in chemischen Produkten und Kunststoffprodukten verwendeten Kohlenstoffs aus nachhaltigen nichtfossilen Quellen reduziert werden. Bis Ende 2022 wird zudem ein Vorschlag für einen EU-Rechtsrahmen für die Zertifizierung des CO₂-Abbaus einer klimateffizienten Landwirtschaft und industrieller Lösungen angekündigt. Im Januar 2022 soll hierzu eine Konsultation durchgeführt werden.

[Pressemeldung](#)

[Mitteilung zu nachhaltigen Kohlenstoffkreisläufen](#) (in englischer Sprache)

Bericht zum Umsetzungsstand der Wasserrahmenrichtlinie und zur Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie veröffentlicht

Am 15.12.2021 hat die Kommission den Bericht zum Umsetzungsstand der Wasserrahmenrichtlinie und zur Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie veröffentlicht. Der Bericht zeigt die Fortschritte der EU-Mitgliedstaaten auf dem Weg zur Erreichung eines guten Zustands aller europäischer Gewässer bis 2027 auf. Es wird jedoch ein beträchtlicher Abstand zur vollständigen Erfüllung der Ziele der Wasserrahmenrichtlinie attestiert. Vor allem der Mangel an angemessenen Finanzmitteln wird als Grund für den unzureichenden Umsetzungsstand identifiziert. Zur Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie wird ausgeführt, dass die Hälfte der Mitgliedstaaten die Datenerhebung und/oder die Methoden für die vorläufige Bewertung von Hochwasserrisiken verbessert haben. Der Bericht wird durch drei Studien (in englischer Sprache) ergänzt: (1) [Ökonomische Analyse](#), die Aussagen zu Kosten und Investitionen im Wassersektor und über bestehende Finanzierungsmechanismen in den EU-Mitgliedstaaten enthält. (2) [Untersuchung zu Hochwasser und Klimawandel](#), die mögliche Lösungen zur Berücksichtigung des Klimawandels beim Hochwasserrisikomanagement aufzeigt. (3) [Studie zu Hochwasser und Landwirtschaft](#), die zum Ergebnis kommt, dass landwirtschaftliche Flächen besser vor Hochwasser geschützt werden müssen. Eine verbesserte Koordinierung von zuständigen Umwelt- und Landwirtschaftsbehörden in den Mitgliedstaaten wird angemahnt.



[Pressemeldung](#) (in englischer Sprache)

[Bericht](#) (in englischer Sprache)

Neue Online-Instrumente für die EU-Biodiversitätsstrategie

Am 15.12.2021 hat die Kommission zwei neue Online-Instrumente zur Stärkung der EU-Biodiversitätspolitik veröffentlicht. Ein Online-Maßnahmen-Tracker, der vom EU-Wissenszentrum für Biodiversität betrieben wird, enthält aktuelle Informationen über den Stand der Umsetzung der zahlreichen Maßnahmen der EU-Biodiversitätsstrategie. Ein Dashboard soll die Fortschritte bei der Erreichung der quantifizierten Biodiversitätsziele der Strategie sowohl auf EU-Ebene als auch in den Mitgliedstaaten aufzeigen. Das Dashboard befindet sich noch in der Prototyp-Phase und umfasst derzeit sieben Indikatoren, die im Jahr 2022 durch weitere ergänzt werden sollen.

[Maßnahmen-Tracker](#) (in englischer Sprache)

[Dashboard](#) (in englischer Sprache)

Einigung zum 8. Umweltaktionsprogramm erzielt

Am 10.12.2021 bestätigten die Botschafter der Mitgliedstaaten die am 01.12.2021 zwischen dem Europäischen Parlament (EP), der slowenischen Ratspräsidentschaft und der Kommission erzielte politische Einigung über das 8. Umweltaktionsprogramm der EU (UAP). Das 8. UAP, das von der Kommission am 14.10.2020 vorgeschlagen wurde, steckt den Rahmen für die Umwelt- und Klimapolitik der EU bis 2030 ab. Folgende sechs vorrangige Ziele verfolgt das Programm: (1) Abschwächung des Klimawandels zur Erfüllung des EU-Ziels für die Reduzierung der Treibhausgasemissionen bis 2030, (2) Anpassung an den Klimawandel, (3) Übergang zu einer Wirtschaft des Wohlbefindens, die dem Planeten mehr zurückgibt, als sie ihm wegnimmt, (4) Verfolgung des Ziels der Nullverschmutzung, einschließlich schädlicher Chemikalien, (5) Schutz, Bewahrung und Wiederherstellung der biologischen Vielfalt, (6) deutliche Verringerung der wichtigsten Umweltbelastungen im Zusammenhang mit dem verbrauchsbedingten Fußabdruck der EU. Im Jahr 2024 soll durch die Kommission eine Bilanz der erzielten Fortschritte vorgenommen werden, um gegebenenfalls weitere Maßnahmen für die Zielerreichung bis 2030 ergreifen zu können (ggf. Legislativvorschlag in Form eines Anhangs zum 8. UAP mit detailliertem Zeitplan der Maßnahmen für die Zeit nach 2025). Der erzielte Kompromisstext ist vom Rat und dem EP zu bestätigen. Anschließend wird das 8. UAP im Amtsblatt der EU veröffentlicht.

[Pressemeldung](#)

[Text der politischen Einigung](#) (in englischer Sprache)

Ziel drei Milliarden Bäume bis 2030 - Datentool MapMyTree veröffentlicht

Am 09.12.2021 hat die Kommission zusammen mit der Europäischen Umweltagentur (EEA – European Environment Agency) das Datentool – MapMyTree – veröffentlicht. Die Biodiversitätsstrategie der EU für 2030



im Rahmen des europäischen Grünen Deals enthält die Verpflichtung, dass in der EU bis 2030 mindestens drei Mrd. zusätzliche Bäume unter umfassender Beachtung ökologischer Grundsätze gepflanzt werden. In einem Fahrplan in der EU-Waldstrategie wird skizziert, wie die Kommission die Erfüllung dieser Zusage erleichtern möchte. MapMyTree ist als langfristiges europaweites Planungs- und Überwachungssystem angelegt, um die Fortschritte bei der Zielerreichung überprüfen zu können. Verbände, Nichtregierungsorganisationen und Kommunen können ihre Bäume mittels MapMyTree melden, sofern sie die Anforderungen erfüllen. Es können nur Baumpflanzungsinitiativen in MapMyTree gemeldet werden, die bereits stattgefunden haben (Berichterstattung erfolgt rückwirkend) und die Bäume nach dem 20.05.2020 (= Tag der Verabschiedung der EU-Biodiversitätsstrategie) gepflanzt wurden. Es müssen sich um zusätzliche Baumanpflanzungen handeln (d. h. z. B. keine Ersatzaufforstungen), die der biologischen Vielfalt und dem Klima zugutekommen. Die Anpflanzung invasiver gebietsfremder Arten ist grundsätzlich ausgeschlossen. Teilnehmer, die MapMyTree nutzen, müssen eine Ehrenerklärung unterzeichnen, in der sie sich verpflichten, dass die von ihnen bereitgestellten Daten richtig sind und dass sie die Grundsätze der Initiative einhalten. Im Frühjahr 2022 soll die Plattform für die Allgemeinheit geöffnet werden, um jeden neuen Baum, der die Anforderungen erfüllt, zu erfassen.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

[Informationen zur Initiative](#) (in englischer Sprache)

Kommission erhebt Klage vor dem EuGH wegen unzureichendem Schutz von blütenreichen Wiesen in Natura-2000-Gebieten

Am 02.12.2021 hat die Kommission beschlossen, gegen die Bundesrepublik Deutschland Klage vor dem EuGH zu erheben, weil sie die Anforderungen der Habitat-Richtlinie ([Richtlinie 92/43/EWG](#)) als nicht erfüllt und blütenreiche Wiesen in Natura-2000-Gebieten als nicht ausreichend geschützt ansieht. Insbesondere zwei Lebensraumtypen (Flachland-Mähwiesen und Berg-Mähwiesen), die eine wichtige Rolle für bestäubende Insekten, Bienen und Schmetterlinge spielen und im Rahmen des Natura-2000-Netzes geschützt sind, befinden sich nach Ansicht der Kommission in Deutschland in einem ungünstigen Erhaltungszustand. Deutschland versäume es nach wie vor, diese Lebensraumtypen in den Gebieten angemessen rechtlich zu schützen. Die Kommission ist der Auffassung, dass die Bemühungen der deutschen Behörden bisher unbefriedigend und unzureichend waren. Die Habitat-Richtlinie verpflichtet die Mitgliedstaaten, wichtige Lebensräume und Arten zu schützen und in einen günstigen Erhaltungszustand zu versetzen sowie die Verschlechterung von Lebensräumen und erhebliche Störungen von Arten in Natura-2000-Gebieten zu verhindern. Vor allem aufgrund nicht nachhaltiger landwirtschaftlicher Praktiken haben sich diese Lebensraumtypen in den letzten Jahren in verschiedenen Schutzgebieten erheblich verkleinert oder sind ganz verschwunden. Im Juli 2019 übermittelte die Kommission ein Aufforderungsschreiben und im Oktober 2020, nach eingehenden Gesprächen mit den deutschen Behörden, eine mit Gründen versehene Stellungnahme.

[Pressemitteilung](#)



Konsultation bezüglich Maßnahmen zur Eindämmung der Umweltfolgen von Mikroplastik

Am 30.11.2021 hat die Kommission eine Konsultation bezüglich der Folgenabschätzung von Maßnahmen zur Eindämmung der Umweltfolgen von Mikroplastik veröffentlicht. Schwerpunkt einer möglichen Initiative sind Kennzeichnungs-, Standardisierungs-, Zertifizierungs- und Regulierungsmaßnahmen für die bedeutendsten Quellen von Mikroplastik. Der Kenntnisstand zu den Risiken und das Vorkommen von Mikroplastik in der Umwelt, in Trinkwasser und in Lebensmittel soll verbessert werden. Potenzielle Gesundheitsrisiken und die Umweltverschmutzung sollen durch entsprechende Maßnahmen vermindert werden. Bis zum 18.01.2022 besteht die Möglichkeit zur Äußerung.

[Konsultation](#)

Erstmals Schätzungen der vierteljährlichen Treibhausgasemissionen der EU veröffentlicht

Am 29.11.2021 hat Eurostat (Statistische Amt der EU) zum ersten Mal Schätzungen der vierteljährlichen Treibhausgasemissionen der EU, einschließlich einer Aufschlüsselung der Emissionen nach Wirtschaftszweigen, veröffentlicht. Die Schätzungen decken alle Quartale von 2010 bis zum zweiten Quartal 2021 ab. Im zweiten Quartal 2021 beliefen sich die Treibhausgasemissionen der EU auf insgesamt 867 Mio. t CO₂-Äquivalente (CO₂-eq) und lagen damit so niedrig wie in keinem anderen Quartal vor der Pandemie. Der bisher niedrigste Wert wurde im zweiten Quartal 2020, während des COVID-19-Ausbruchs, verzeichnet. Allerdings sind die Treibhausgasemissionen im zweiten Quartal 2021 im Vergleich zum Vorjahresquartal um 18 % gestiegen. Dies ist laut Eurostat größtenteils auf die Auswirkungen des wirtschaftlichen Aufschwungs nach dem starken Rückgang der Aktivität im gleichen Quartal 2020 aufgrund der COVID-19-Pandemie zurückzuführen. Jedes Quartal wird Eurostat die neuesten Schätzungen veröffentlichen, um die Aktualität der Statistiken zum Klimawandel zu verbessern.

[Eurostat-Veröffentlichung](#) (in englischer Sprache)

Konsultation zur Verbesserung der Umwelthaftungsrichtlinie

Am 29.11.2021 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zu den Erfahrungen mit der Umwelthaftungsrichtlinie gestartet. Damit soll insbesondere festgestellt werden, ob die Richtlinie ihren Zweck erfüllt und welche Defizite möglicherweise bestehen. Im Rahmen der Evaluierung wird auch untersucht, wie der Anwendungsbereich der Umwelthaftungsrichtlinie verstärkt werden kann. Dies entspricht den Forderungen des Europäischen Parlaments und des Europäischen Rechnungshofs. Bis zum 27.12.2021 besteht die Gelegenheit zur Stellungnahme.

[Konsultation](#)



LIFE-Programm: Investitionspaket zu neuen Umwelt- und Klimaprojekten

Am 25.11.2021 hat die Kommission ein Investitionspaket in Höhe von über 290 Mio. € für 132 neue Umwelt- und Klimaprojekte im Rahmen des LIFE-Programms genehmigt. Durch diese EU-Finanzierung werden Gesamtinvestitionen von 562 Mio. € für Projekte in den meisten Mitgliedstaaten mobilisiert. Es handelt sich um die erste Projektreihe, die im Rahmen des neuen Programmplanungszeitraums 2021 - 2027 ausgewählt wurde, für den die Mittel um fast 60 % gegenüber des vorherigen Planungszeitraums aufgestockt wurden. Rund 223 Mio. € sind für Projekte in den Bereichen Umwelt, Ressourceneffizienz, Natur und biologische Vielfalt sowie verantwortungsvolle Umweltpolitik vorgesehen. 70 Mio. € werden in Projekte zum Klimawandel, für die Klimawandelanpassung und zum Umweltmanagement sowie zur Umweltinformation investiert. In Deutschland sind folgende Projekte vorgesehen: Recycling von Abfallmaterial aus kohlenstofffaserverstärkten Kunststoffen (LIFE CFCycle), Intelligenter Einsatz von Herbiziden (LIFE SMART SPRAYER); Nutzung lokaler Holzressourcen für weniger Transportemissionen (LIFE-Climate Value Chains); Wiederherstellung von Mooregebieten in fünf EU-Ländern (LIFE MULTI PEAT) und Klimafinanzierung für kleine und mittlere Unternehmen in Europa (LIFE CB-PASTAX).

[Pressemitteilung Investitionspaket](#)

[Übersicht der neuen Projekte](#)

Mission „100 klimaneutrale und intelligente Städte bis 2030“: Interessensbekundung für Städte gestartet

Am 25.11.2021 hat die Kommission einen Aufruf zur Interessensbekundung für Städte mit mindestens 50.000 Einwohnern veröffentlicht, die sich an der europäischen Mission „100 klimaneutrale und intelligente Städte bis 2030“ beteiligen wollen. Bis 2030 sollen 100 klimaneutrale und intelligente europäische Städte entwickelt sein, die im Rahmen des europäischen Green Deals zu innovativen Musterstädten für Klimaneutralität etabliert werden. Diese sollen als Experimentier- und Innovationszentren fungieren, damit alle europäischen Städte bis 2050 diesem Beispiel folgen können. Hierzu werden die an der Mission teilnehmenden Städte einen „Klimastadtvertrag“ unter Beteiligung der lokalen Akteure und Bürger ausarbeiten und umsetzen. Die an der Mission teilnehmenden Städte erhalten maßgeschneiderte Beratung und Unterstützung durch eine „Missionsplattform“, wie z. B. bei der Entwicklung eines Investitionsplans zur Erschließung externer Finanzmittel. Ein „Missionslabel“ soll zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten erschließen. Durch ein nationales Koordinierungsnetz soll der weitere Erfahrungsaustausch zwischen den Städten gestärkt werden. Zu den Teilnahmebedingungen hat die Kommission einen Info-Baukasten für die Städte entwickelt. Bis zum 31.01.2022 können sich Städte für die Mission bewerben. Nach der Interessensbekundung und einer Bewertung durch unabhängige Experten sollen die ausgewählten Städte im April 2022 bekannt gegeben werden.

[Aufruf zur Interessensbekundung](#) (in englischer Sprache)

[Info-Baukasten](#) (in englischer Sprache)



VERBRAUCHERSCHUTZ

Konsultationen für bessere Verbraucherinformationen bei der Lebensmittelkennzeichnung

Am 13.12.2021 hat die Kommission mehrere Konsultationen in Bezug auf verbesserte Lebensmittelkennzeichnungen veröffentlicht. Im Rahmen der Konsultation zur Überarbeitung der EU-Vorschriften über die Verbraucherinformation werden Rückmeldungen zur Einführung einer standardisierten verpflichtenden Nährwertkennzeichnung auf der Packungsvorderseite erbeten. Zudem wird die Ausweitung der obligatorischen Ursprungs- oder Herkunftsangaben auf bestimmte Erzeugnisse und eine Überarbeitung der Vorschriften zur Datumsangabe (Verbrauchsdatum und Mindesthaltbarkeitsdatum) vorgeschlagen. Eine weitere Konsultation zielt auf die Festlegung von sog. „Nährwertprofilen“ mit Grenzwerten für Nährstoffe wie Fett, Zucker und/oder Salz ab. Bei Überschreitung dieser Werte soll die Angabe von nährwert- und gesundheitsbezogenen Angaben eingeschränkt bzw. unzulässig sein. Ferner befasst sich eine weitere Konsultation mit der Kennzeichnung alkoholischer Getränke, die ein Zutatenverzeichnis und eine Nährwertdeklaration vorschreiben. Die Gelegenheit zur Äußerung besteht jeweils bis zum 07.03.2022.

[Konsultation Verbraucherinformation](#)

[Konsultation Nährwertprofile](#)

[Konsultation Kennzeichnung alkoholischer Getränke](#)

Anforderungen von recyceltem Kunststoff in Lebensmittelverpackungen

Am 06.12.2021 hat die Kommission einen Vorschlag für eine Verordnung bezüglich Anforderungen von recycelten Kunststoffmaterialien, die mit Lebensmitteln in Berührung kommen, veröffentlicht. Der Vorschlag dient der Lebensmittelsicherheit und enthält Bestimmungen zu Polyethylenterephthalat (PET) und entsprechende Verpflichtungen für Unternehmen und Behörden. Bis zum 10.01.2022 besteht die Gelegenheit zur Äußerung zum Entwurf der Verordnung.

[Konsultation](#)

Untersuchungsausschuss zum Schutz von Tieren beim Transport nimmt Abschlussbericht und Empfehlungen an

Am 02.12.2021 hat der Untersuchungsausschuss zum Schutz von Tieren beim Transport (ANIT) des Europäischen Parlaments (EP) seinen Abschlussbericht ohne Gegenstimmen mit 30 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen. Der Bericht enthält die wichtigsten Ergebnisse und Feststellungen der 18-monatigen Untersuchung mutmaßlicher Verstöße gegen EU-Vorschriften. Nach den gesammelten Informationen von Bürgern und Nichtregierungsorganisationen stehen die häufigsten festgestellten Verstöße im Zusammenhang mit Mängeln an Kopffreiheit, Wasser- oder Nahrungsversorgung, dem Transport von Tieren, die nicht transportfähig sind, Überbelegung, der Verwendung ungeeigneter Fahrzeuge, dem Transport bei extremen Temperaturen und langen Transportzeiten. Die EU-Vorschriften für Tiertransporte seien veraltet und irreführend



und werden nur unzureichend durchgesetzt. Des Weiteren nahm der Untersuchungsausschuss mit 24 Stimmen bei 1 Gegenstimme und 5 Enthaltungen auf der Grundlage der Ergebnisse eine Reihe von Empfehlungen an. Kommission und Mitgliedstaaten werden angehalten, ihre Bemühungen, um den Tierschutz beim Transport zu verstärken und die EU-Vorschriften zu aktualisieren. Insbesondere müssten die neuen Vorschriften die Installation von Überwachungskameras in Transportfahrzeugen sowie Temperatur-, Feuchtigkeits- und Ammoniakmessgeräte in Fahrzeugen vorsehen. Die Genehmigung von Tiertransporten durch nationale Behörden solle nur dann erteilt werden, wenn die vorhergesagte Temperatur zwischen 5° C und 30° C liegt. Des Weiteren sollen Transportzeitbeschränkungen für alle Tierarten und Altersgruppen und ein Verbot des Transports von sehr jungen Tieren seitens der Kommission festgelegt werden. Insgesamt müsse ein Übergang zu einem effizienteren und ethischeren System, das den Transport von Samen oder Embryonen gegenüber dem Transport von Zuchttieren und von Schlachtkörpern und Fleisch gegenüber dem Transport von Schlachttieren bevorzugt geschaffen werden und dazu bis spätestens 2023 ein Aktionsplan zur Unterstützung dieses Übergangs durch die Kommission vorgelegt werden. Über die Empfehlungen wird das EP auf seiner Plenartagung im Januar 2022 abstimmen.

[Pressemitteilung des EP](#) (in englischer Sprache)

[Bericht mit angenommenen Änderungsanträgen](#) (in englischer Sprache)

[Ausschussempfehlungen mit angenommenen Änderungsanträgen](#) (in englischer Sprache)

Evaluierung des neuen Rechtsrahmens für Industrieprodukte gestartet

Am 13.12.2021 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zur Evaluierung des neuen Rechtsrahmens für Industrieprodukte in der EU veröffentlicht. Damit soll untersucht werden, ob der neue Rechtsrahmen in einer digitalen und kreislauforientierten Wirtschaft durch eine verstärkte Marktüberwachung und durch optimierte Konformitätsbewertungen Verbesserungen für den Binnenmarkt für Waren bringt. Die Evaluierung konzentriert sich insbesondere auf Updates und Upgrades von Soft- und Hardware, auf das Sanieren und Reparieren, die Konformitätsbewertung sowie die Akkreditierung. Bis zum 07.03.2022 besteht die Möglichkeit zur Stellungnahme. Eine Bewertung seitens der Kommission ist für das zweite Quartal 2022 geplant.

[Konsultation](#)

Novellierung der Spielzeug-Richtlinie soll Kinder noch besser schützen

Am 09.12.2021 hat der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO) des Europäischen Parlaments (EP) einstimmig den Initiativ-Bericht zur Überarbeitung der Spielzeug-Richtlinie ([Richtlinie 2009/48/EG](#)) angenommen (44 Ja-Stimmen). Die Kommission wird aufgefordert, die geltenden Vorschriften und die Marktüberwachung zu verschärfen, um sicherzustellen, dass alle auf dem EU-Markt verkauften Spielzeuge – auch aus Nicht-EU-Ländern und online – sicher sind. Dabei sprechen sich die Abgeordneten für eine zukünftige Verordnung aus, die ausreichend flexibel ist, um rechtzeitige Anpassungen als Reaktion auf neue und gefährliche Stoffe zu ermöglichen. Die Durchsetzungsmechanismen sollten verbessert und der Online-



Verkauf von unsicherem Spielzeug unterbunden werden. Die Risiken von digital vernetztem Spielzeug sollten minimiert werden. Es gilt die Sicherheit und die Privatsphäre von Kindern zu schützen. Für den 17.01.2022 ist die Abstimmung des Initiativ-Berichts im Plenum des EP geplant.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

EuGH: Abbildungen von Zigarettenpackungen müssen gesundheitsbezogene Warnhinweise enthalten

Mit Urteil vom 09.12.2021 hat der EuGH in der Rechtssache C-370/20 entschieden, dass gesundheitsbezogene Warnhinweise zum Rauchen auch auf Abbildungen einer Zigarettenpackung am Warenausgabeautomaten gezeigt werden müssen. Es genügt nicht, wenn der Verbraucher vor dem Erwerb der Zigarettenpackung die Gelegenheit hat, diese Warnhinweise auf der dem Bild entsprechenden Zigarettenpackung wahrzunehmen. Mit den entsprechenden Bestimmungen zu den Warnhinweisen in der [Tabakprodukte-Richtlinie](#) (vgl. Art. 8 Abs. 8 Richtlinie 2014/40/EU) soll verhindert werden, dass ein Einzelhändler versucht, jede Präsentation der vorgeschriebenen gesundheitsbezogenen Warnhinweise an der Verkaufsstelle dadurch zu vermeiden, dass er statt der Packungen mit diesen Warnhinweisen Bilder solcher Packungen ohne Warnhinweise zeigt (vgl. Urteil Rdnr. 28). Dem Vorabentscheidungsersuchten des Bundesgerichtshofs lag ein Rechtsstreit von einem deutschen Verbraucherverein zugrunde, der den Betreiber von zwei Münchner Supermärkten auf Unterlassung verklagt hat. An den Kassen der Supermärkte wurden Zigarettenpackungen über Warenausgabeautomaten angeboten. Die Packungen waren zwar mit den vorgeschriebenen gesundheitsbezogenen Warnhinweisen versehen, für die Kunden am Warenausgabeautomaten aber nicht sichtbar.

[Urteil C-370/20](#)

Jahresbericht zu fluorierten Treibhausgasen veröffentlicht

Am 02.12.2021 hat die Europäische Umweltagentur (EUA) den Jahresbericht zu fluorierten Treibhausgasen (sog. F-Gase) veröffentlicht. F-Gase tragen zum Klimawandel bei. Nach den neuesten Daten von 2019 machen sie 2,3 % der gesamten Treibhausgasemissionen der EU aus. Diese synthetischen Chemikalien werden insbesondere in Kühlschränken, Klimaanlageanlagen und Wärmepumpen verwendet. Im Jahr 2020 ist der Verbrauch von F-Gasen in der EU leicht angestiegen, nachdem er von 2015 - 2019 kontinuierlich zurückgegangen ist. Allerdings ist laut der EUA die EU bei der schrittweisen Abschaffung dieser sehr starken Treibhausgase auf gutem Weg, um bis 2030 die F-Gas-Emissionen um zwei Drittel im Vergleich zu 2010 zu reduzieren. Trotz der hohen Nachfrage an Kältemitteln attestiert der Bericht eine Verlagerung hin zu Alternativen mit geringerem Treibhausgaspotenzial. Der Bericht beinhaltet einen Überblick über die von Unternehmen gemeldeten Daten zur Produktion, Einfuhr, Ausfuhr und Beseitigung von fluorierten Treibhausgasen in der EU und im Vereinigten Königreich für den Zeitraum 2007 - 2020. Die wichtigsten Trends bei der Versorgung mit F-Gasen werden skizziert und Fortschritte bei der Reduzierung gemäß der F-Gas-Verordnung ([Verordnung \(EU\) Nr. 517/2014](#)) und des Montrealer Protokolls der Vereinten Nationen aufgezeigt.



Europabericht der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU
Nr. 20/2021 vom 20.12.2021



[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

[Bericht](#) (in englischer Sprache)



STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN

Abschluss der legislativen Arbeiten der EU zur neuen GAP ab 2023

Die Institutionen der Europäischen Union haben die neue Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) für den Zeitraum von 2023 - 2027 förmlich angenommen.

Die neue GAP soll insbesondere leistungsorientierter, flexibler und umweltfreundlicher werden.

Nachdem die drei Verordnungen, aus der die Reform besteht, bereits am 23.11.2021 vom Europäischen Parlament (EP) angenommen wurde, stimmte auch der Europäische Rat am 02.12.2021 den Entwürfen zu. Zuletzt wurden die Rechtsakte am 06.12.2021 von der Kommission im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht.

Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union haben nun bis zum 01.01.2022 Zeit, ihre nationalen Strategiepläne zur GAP vorzulegen.

[Presseartikel der Kommission zum Inkrafttreten der neuen GAP](#)

[Veröffentlichung der Rechtsakte im Amtsblatt der Europäischen Union](#)

Kommission veröffentlicht Evaluierung der Auswirkungen der GAP auf den ländlichen Raum

Die Kommission hat am 13.12.2021 eine Evaluierung der Auswirkungen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) auf die territoriale Entwicklung des ländlichen Raums veröffentlicht.

Daraus geht hervor, dass die GAP soziale und wirtschaftliche Ungleichgewichte, einschließlich der sozialen Ausgrenzung in ländlichen Gebieten und zwischen ländlichen und umliegenden Gebieten, verringert und Verarmung und Landflucht entgegenwirkt. In den am stärksten marginalisierten und abgelegenen Gebieten würden die Maßnahmen der GAP fast zu 50 % des landwirtschaftlichen Einkommens beitragen und somit deren Existenz garantieren.

Eingeschränkt werde die Effizienz der GAP-Maßnahmen insbesondere durch deren übermäßigen Verwaltungsaufwand und die ungleiche Verteilung der Zuschüsse. Außerdem gäbe es Verbesserungspotential bei der Kohärenz mit nationalen, regionalen und anderen politischen Maßnahmen auf EU-Ebene.

[Evaluierung Auswirkungen GAP auf ländlichen Raum](#) (in englischer Sprache)

[Zusammenfassung: Auswirkungen GAP auf ländlichen Raum](#)

Kommission veröffentlicht Zusammenfassung der Evaluierung der Informationspolitik zur GAP

Die Kommission hat am 07.12.2021 eine Zusammenfassung der Evaluierung der Informationspolitik zur GAP veröffentlicht.



Insgesamt wird in der Evaluierung der Schluss gezogen, dass die Ziele, das Wissen über die GAP und ihre Wahrnehmung zu verbessern, weitgehend erreicht wurden.

Die Wirksamkeit der Informationspolitik zeigte sich etwa in Eurobarometer-Zahlen, wonach drei von vier EU-Bürgern mit der GAP vertraut und der Ansicht waren, dass diese allen Bürgern und nicht nur den Landwirten zugutekommt. Insofern seien die der Informationspolitik zur GAP zugewiesenen Mittel effizient eingesetzt worden. Weiter kam die Evaluierung zu dem Schluss, dass die GAP-Informationspolitik insgesamt mit der Kommunikationspolitik der Kommission sowie mit Kommunikationsaspekten im Zusammenhang mit anderen GAP-Instrumenten oder anderen relevanten EU-Politikbereichen kohärent gewesen sei.

Verbesserungspotential sah die Evaluierung allerdings bei der Kommunikation des Beitrags der GAP zu den Zielen des Europäischen Green Deal.

Die GAP-Informationsmaßnahmen sollen weiterhin kontinuierlich überprüft werden.

[Evaluierung \(Zusammenfassung\) der Informationspolitik zur GAP](#)

[Evaluations-Begleitstudie zur Informationspolitik zur GAP](#)

Tagung Agrarrat

Die EU-Agrarminister trafen sich am 12./13.12.2021 in Brüssel zur letzten Sitzung unter slowenischer Präsidentschaft. Es war gleichzeitig die erste Sitzung mit dem neuen Bundesminister *Cem Özdemir*.

Der erste Tag war ausschließlich der Fischerei gewidmet. Es wurde eine Einigung im Hinblick auf die Festlegung der Fangmöglichkeiten für die Mehrheit der kommerziell genutzten Bestände in EU- und Nicht-EU-Gewässern, im Mittelmeer und im Schwarzen Meer erzielt.

Der Rat hat Schlussfolgerungen zu dem von der Kommission vorgelegten „Notfallplan zur Gewährleistung der Lebensmittelversorgung und Ernährungssicherheit in Krisenzeiten“ angenommen. Ziel des Plans ist die Vorbereitung auf mögliche künftige Herausforderungen, etwa extreme Wetterereignisse, Fragen der Pflanzen- und Tiergesundheit oder den Mangel an wichtigen Produktionsfaktoren wie Düngemitteln, Energie und Arbeitskräften.

Es fand eine politische Debatte über die Frage unlauterer Handelspraktiken in der Lebensmittelversorgungskette der EU statt. Im Mittelpunkt der Beratungen standen insbesondere zwei wichtige Instrumente auf EU-Ebene zur Bekämpfung unlauterer Handelspraktiken in der Landwirtschaft: die Richtlinie (EU) 2019/633 und Maßnahmen im Rahmen der GAP.

Die Mitgliedstaaten verabschiedeten eine Änderung der Verordnung (EU) 2018/1091 im Hinblick auf den Beitrag der EU für integrierte Statistiken zu landwirtschaftlichen Betrieben im Rahmen des Finanzrahmens für den Zeitraum 2021 - 2027. Die Mitgliedstaaten sollen sich darauf verlassen können, weiterhin finanzielle Unterstützung für die Erhebung von Daten über die Struktur ihrer landwirtschaftlichen Betriebe zu erhalten.



Der Rat bestätigte seine Absicht, keine Einwände gegen zwei delegierte Rechtsakte zu erheben, mit denen die Bestimmungen der neuen GAP ab 2023 ergänzt werden sollen.

Der Landwirtschaftsausschuss des EP hat hingegen eine Entscheidung über die delegierten Rechtsakte der Kommission zur GAP auf den 10.01.2022 verschoben.

Die Kommission unterrichtete die Mitgliedstaaten über die vorgeschlagene Verordnung über entwaldungsfreie Produkte. Weitere Punkte, die von den Mitgliedstaaten angesprochen wurden, waren Brustbeinfrakturen bei Legehennen (Dänemark), Nachhaltigkeit in der Lebensmittelversorgungskette (Slowakei), Agrar- und Lebensmittelausfuhren nach China (Litauen), steigende Preise für landwirtschaftliche Betriebsmittel (Spanien), der Zeitplan für die GAP-Strategiepläne und Probleme im Schweinefleischsektor (beide Tschechien).

[Agrarrat 12./13.12.2021, Brüssel](#)

Kommission veröffentlicht agrarwirtschaftlichen Ausblick für Zeit von 2021 - 2031

Die Kommission hat am 09.12.2021 ihren agrarwirtschaftlichen Ausblick für Märkte, Einkommen und Umwelt für den Zeitraum von 2021 - 2031 veröffentlicht.

In diesem wird ein Anstieg des Wertes der landwirtschaftlichen Erzeugung in der Union um jährlich 0,7 % prognostiziert. Der Anstieg der Vorleistungskosten wird sich voraussichtlich von 1,8 % pro Jahr im Zeitraum 2011 - 2021 auf 0,7 % im Zeitraum 2021 - 2031 verlangsamen, auch wenn die Energie- und Düngemittelkosten den Prognosen zufolge mit 2,7 % pro Jahr stark ansteigen werden. Die Nettowertschöpfung der landwirtschaftlichen Betriebe wird während des Prognosezeitraums voraussichtlich um 1 % pro Jahr steigen. Eine zunehmende Spezialisierung der Betriebe und Mechanisierung der Arbeitsweise wird zudem einen Rückgang des Einsatzes von landwirtschaftlichen Arbeitskräften um jährlich 1,3 % verursachen.

Ein Kernaspekt der Prognose ist der Wandel des Verbraucherverhaltens hin zu einem umwelt- und klimabewussteren Konsum. Dieser werde sich negativ auf die Fleisch- und Milchproduktion auswirken. Andererseits werde dies aber auch positive Effekte etwa auf die ökologische Landwirtschaft oder auf den Frischobst- und Gemüseanbau haben.

Weiter sei ein Rückgang der Getreideproduktion im Projektionszeitraum um etwa 2,5 % zu erwarten. Gründe dafür seien eine Abnahme des Futtermittelbedarfs und eine zunehmende Konkurrenz von Ackerbauflächen mit Wald- oder urbanen Flächen.

Ebenfalls im Bericht enthalten sind zwei „Was-wäre-wenn“-Szenarien: Das erste davon beschäftigt sich mit den Auswirkungen eines möglichen Rückgangs des Gesamtfettverbrauchs der EU auf das von der WHO empfohlene Niveau. Dies hätte starke negative Konsequenzen u. a. auf den Konsum von Butter, Käse und Schweinefleisch, wobei dieser teilweise von verstärkten Exporten kompensiert werden könne. Der andere untersuchte Fall geht von einer eintretenden Selbstversorgung Chinas mit Fleisch und Milchprodukten aus. Dies hätte eine Minderung des Preises von diesen Produkten zur Folge, was wiederum den Konsum innerhalb der EU anregen würde.



[Kommission: Agrarwirtschaftlicher Ausblick für Märkte, Einkommen und Umwelt: 2021 - 2031](#)

Green Deal: Kommission veröffentlicht weitere Vorschläge

Die Kommission hat am 15.12.2021 im Rahmen des Green Deal u. a. eine Mitteilung zu nachhaltigen Kohlenstoffkreisläufen veröffentlicht, in der dargelegt wird, wie der Abbau von CO₂ aus der Atmosphäre erhöht werden kann. Der Land- und Forstwirtschaft werden hierbei im Hinblick auf eine Speicherung bzw. eine Senkenwirkung von CO₂ eine bedeutende Rolle zugemessen. Es sollen neue Geschäftsfelder (Carbon Farming) für diese Sektoren entstehen.

Neben Maßnahmen für eine klimaeffiziente Landwirtschaft zur Speicherung von 42 Mio. t CO₂ in natürlichen Senken kündigt die Kommission einen Dialog mit Interessenvertretern an. Ziel ist es, bis 2030 mindestens 20 % des in chemischen Produkten und Kunststoffprodukten verwendeten Kohlenstoffs durch solchen aus nachhaltigen nichtfossilen Quellen zu ersetzen. Auch eine Förderung von Verfahren der klimaeffizienten Landwirtschaft im Rahmen der GAP und anderer EU-Programmen wie LIFE und der Forschungsmission „Ein Boden-Deal für Europa“ im Rahmen von Horizont Europa sind angedacht.

Bis Ende 2022 wird ein Vorschlag für einen EU-Rechtsrahmen für die Zertifizierung des CO₂-Abbaus einer klimaeffizienten Landwirtschaft angekündigt. Im Januar 2022 soll hierzu eine Konsultation durchgeführt werden (siehe hierzu auch Beitrag des StMUV in diesem EB).

[Kommission: weitere Veröffentlichungen zum Green Deal](#)

[Mitteilung zu nachhaltigen Kohlenstoffkreisläufen](#) (in englischer Sprache)

EFSA und ECHA geben Ergebnisse der öffentlichen Konsultationen zur Wiedezulassung von Glyphosat bekannt

Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) und die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) haben am 02.12.2021 bekannt gegeben, dass während der öffentlichen Konsultationsphase zur Wiedezulassung von Glyphosat insgesamt 416 einschlägige Kommentare von innerhalb und außerhalb der EU eingegangen seien.

Während der zweimonatigen Konsultationsphase, die am 22.11.2021 endete, hatten alle interessierten Parteien Zugriff auf die wissenschaftlichen Bewertungen, die die vier Berichterhalterstaaten Frankreich, Schweden, Ungarn sowie die Niederlande erstellt hatten.

Die eingegangenen Kommentare werden nun zusammen mit etwaigen von Glyphosatherstellern angeforderten Dossiers von der AGG geprüft. Die EFSA erwartet, ihr abschließendes Urteil zur Wiedezulassung von Glyphosat in der zweiten Jahreshälfte 2022 zu fällen.

Auf dieser Grundlage wird dann die Kommission ihren Vorschlag zum Antrag auf weitere Zulassung des Herbizids erstellen, über den die Mitgliedsstaaten im Ständigen Ausschuss für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel



und Futtermittel (SCoPAFF) zu befinden haben. Sollten die Mitgliedstaaten hier keine Einigung erzielen, obliegt das letzte Wort der Kommission. Die aktuelle Marktzulassung für Glyphosat läuft am 15.12.2022 aus.

[Pressemitteilung der EFSA zum Abschluss der öffentlichen Konsultationsphase zu Glyphosat](#)

[Pressemitteilung der ECHA zum Abschluss der öffentlichen Konsultationsphase zu Glyphosat](#)

[Zusammenfassung Berichtsentwurf Bewertung Glyphosat](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES

Kommission will Arbeitsbedingungen von Plattformbeschäftigten verbessern

Die Kommission hat am 09.12.2021 Maßnahmen zum Schutz von Menschen vorgeschlagen, die als sogenannte Plattformbeschäftigte beispielsweise bei Essenslieferanten, Fahrdiensten oder Haushaltsdienstleistern arbeiten. Kernelement der Initiative ist ein Vorschlag für eine Richtlinie zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Plattformarbeit. Ein Ziel der Gesetzesinitiative ist die Bekämpfung von Scheinselbstständigkeit. Die Kommission geht davon aus, dass von den derzeit über 28 Millionen Menschen, die in der EU über digitale Arbeitsplattformen arbeiten, 5,5 Millionen fälschlicherweise als Selbstständige eingestuft werden. Der Richtlinienentwurf will deswegen bei Erfüllung bestimmter Kriterien eine gesetzliche Vermutung für das Bestehen eines Arbeitsverhältnisses einführen. Die Plattformen sollen diese Vermutung zwar widerlegen können, hierfür aber die Beweislast tragen. Der Richtlinienentwurf adressiert auch das von den Arbeitsplattformen eingesetzte algorithmische Management (siehe hierzu Beitrag des StMD in diesem EB) und will den nationalen Behörden den Zugang zu den Daten in Bezug auf Plattformarbeit erleichtern.

[Pressemitteilung](#)

Mit Aktionsplan sollen Potentiale der Sozialwirtschaft geweckt werden

Die Kommission hat am 09.12.2021 einen Aktionsplan zur Förderung der Sozialwirtschaft vorgelegt. Dieser sieht eine ganze Reihe an Initiativen vor, damit sich sozialwirtschaftliche Organisationen in der EU besser entwickeln können. Um das Potenzial der Sozialwirtschaft zu fördern, will die Kommission u. a. den Steuer-, Vergabe- und Beihilferahmen weiterentwickeln und dies 2023 mit einem Vorschlag für eine Ratsempfehlung anstoßen. Sozialwirtschaftliche Unternehmen sollen aber auch bei der Betriebsgründung und -entwicklung sowie bei der Qualifizierung ihrer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer besser unterstützt werden. Hierfür will die Kommission 2023 einen zentralen Ansprechpartner (EU Social Economy Gateway) einrichten, damit alle Informationen zu EU-Finanzmitteln, -Strategien, -Schulungen und -Initiativen an einem Ort gebündelt vorliegen. Zudem soll die Sozialwirtschaft über Kommunikationsmaßnahmen sichtbar werden.

[Pressemitteilung](#)

Beschäftigungsfähigkeit mit Initiativen zur beruflichen Weiterbildung stärken

Die Kommission hat am 10.12.2021 Maßnahmen zur Förderung des lebenslangen Lernens in Europa vorgestellt. Mit individuellen Lernkonten und Microcredentials soll die Beschäftigungsfähigkeit der Bürgerinnen und Bürger im digitalen und ökologischen Wandel aufrechterhalten werden. Mit ihrem Vorschlag für individuelle Lernkonten will die Kommission sicherstellen, dass alle Menschen jederzeit und lebenslang Zugang zu relevanten Weiterbildungsangeboten haben. Sie stellt sich vor, dass die Mitgliedstaaten jedem Bürger im



erwerbsfähigen Alter über das Lernkonto ein persönliches Budget einräumen, mit welchem die direkten Kosten für arbeitsmarktrelevante Qualifizierung finanziert werden können. Microcredentials (Nachweise von Lernergebnissen, die im Rahmen kurzer, transparent bewerteter Lernerfahrungen) schätzt die Kommission als flexibles, zielgerichtetes Instrument zur Erhaltung der Beschäftigungsfähigkeit. Mit gemeinsamen Rahmenbedingungen in den Mitgliedstaaten soll das Konzept institutions-, unternehmens-, branchen- und grenzübergreifend funktionieren.

[Pressemitteilung](#)

Kommission schlägt Maßnahmen für einen gerechten Übergang zur Klimaneutralität vor

Die Kommission hat am 14.12.2021 politische Leitlinien für einen gerechten und inklusiven Übergang zur Klimaneutralität veröffentlicht. Politische Maßnahmen zur Unterstützung der Menschen und ihre aktive Teilhabe seien für einen erfolgreichen ökologischen Wandel von entscheidender Bedeutung, teilt die Kommission mit. Bei der Ausarbeitung und Umsetzung entsprechender Maßnahmenpakete will sie die Mitgliedstaaten unterstützen. Der Entwurf von Ratsempfehlungen behandelt die beschäftigungs- und sozialpolitischen Aspekte sehr umfassend, empfiehlt gleichwohl die folgenden Schwerpunkte:

- Förderung hochwertiger Beschäftigung und Erleichterung von Beschäftigungsübergängen,
- Förderung des gleichberechtigten Zugangs zu hochwertiger allgemeiner und beruflicher Bildung,
- Unterstützung gerechter Steuer- und Sozialschutzsysteme,
- Förderung des Zugangs zu grundlegenden Diensten und Leistungen,
- Koordinierung der Strategien zur Verfolgung eines gesamtwirtschaftlichen Ansatzes,
- Optimale Nutzung öffentlicher und privater Mittel.

Ein besonderes Augenmerk müsse auf die Bedürfnisse der Menschen und Haushalte gelegt werden, die in hohem Maße von fossilen Brennstoffen abhängig sind und am stärksten vom ökologischen Wandel betroffen sein könnten. „Diese politischen Leitlinien bieten den Mitgliedstaaten, Regionen und lokalen Gemeinschaften detaillierte und konkrete Möglichkeiten, die von Armut und sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen zu schützen und die Menschen in die Lage zu versetzen, die Chancen, die die Klimawende bietet, optimal zu nutzen“, sagte Sozialkommissar *Nicholas Schmit*.

[Pressemitteilung](#)

Politische Einigung: Das Jahr der Jugend 2022 kann kommen

Das Europäische Parlament (EP) und der Rat haben eine politische Einigung darüber erzielt, das Jahr 2022 zum Europäischen Jahr der Jugend zu erklären. Eine einzige Trilog-Sitzung am 06.12.2021 war ausreichend, um aufbauend auf dem Kommissionsvorschlag einen Kompromisstext fertigzustellen. Die wichtigste Frage,



über welche die Ko-Gesetzgeber zu entscheiden hatten, betraf den Haushalt. Nun sollen 8 Mio. € an neuen Mitteln als Aufstockung der Programme Erasmus+ und Europäisches Solidaritätskorps die operationellen Kosten des Jahrs der Jugend decken. Zusätzliche Mittel für die Umsetzung der Aktivitäten sollen im Laufe des Jahres 2022 auch aus anderen relevanten EU-Programmen und -Instrumenten mobilisiert werden. Das Plenum des EP billigte den Kompromiss am 15.12.2021. Auch der Rat dürfte in Kürze seine formale Zustimmung geben, so dass die Initiative im Januar offiziell gestartet werden kann.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Pressemitteilung des EP](#)

Mitgliedstaaten sollen zivilgesellschaftliche Räume für junge Menschen schaffen

Bei einem Treffen in der Formation „Bildung, Jugend, Kultur und Sport“ hat der Rat am 29.11.2021 im Bereich der Jugendpolitik insbesondere Maßnahmen zum Schutz und zur Unterstützung zivilgesellschaftlicher Räume für junge Menschen erörtert. Die slowenische Ratspräsidentschaft hatte das Thema auf die Tagesordnung gesetzt, da Einrichtungen, die eine sinnvolle Beteiligung junger Menschen an der Gesellschaft ermöglichen (wie beispielsweise Jugendzentren oder Vereine) in der COVID-19-Pandemie zunehmend unter Druck geraten seien. „Wir müssen diesen Trend umkehren“, sagte die slowenische Bildungsministerin *Simona Kustec* nach dem Treffen mit ihren Amtskolleginnen und -kollegen, auf welchem Schlussfolgerungen zum Schutz und zur Schaffung zivilgesellschaftlicher Räume für junge Menschen verabschiedet wurden.

[Tagungsseite des Rates](#)

Rat positioniert sich zu Mindestlohn und Lohntransparenz

Der Rat hat am 06.12.2021 seine Positionen zu zwei bedeutenden arbeitsmarktpolitischen EU-Gesetzesinitiativen festgelegt. Die für Beschäftigung und Sozialpolitik zuständigen Ministerinnen und Minister berieten in Brüssel über die von der Kommission vorgeschlagene Richtlinie, mit der angemessene Mindestlöhne sichergestellt und Tarifverhandlungen zur Festlegung von Löhnen gefördert werden sollen. Zudem stand die Richtlinie zur Stärkung der Entgeltgleichheit durch Lohntransparenz auf der Tagesordnung, mit der Entgeltdiskriminierungen aufgrund des Geschlechts beseitigt werden sollen. Zu beiden Dossiers verständigte sich der Rat auf die Verhandlungsmandate für die nun anstehenden Gespräche mit dem Europäischen Parlament (EP). Das EP legte zum Mindestlohn bereits einen eigenen, von der Position des Rates deutlich abweichenden Standpunkt fest. Zur Lohntransparenz-Richtlinie wird das EP erst im Februar 2022 einen Textentwurf vorlegen. Die Einigung der Mitgliedstaaten ermöglicht der kommenden französischen Ratspräsidentschaft dann die Verhandlungen mit dem EP aufzunehmen.

[Tagungsseite des Rates](#)



Kommission startet öffentliche Konsultation zur Stärkung der Gleichbehandlungsstellen

Helena Dalli, Kommissarin für Gleichstellung, hat für den Herbst 2022 einen Legislativvorschlag zur Stärkung sogenannter Gleichbehandlungsstellen angekündigt. Die Einrichtung von Gleichbehandlungsstellen ist für die Mitgliedstaaten in einer Reihe von EU-Richtlinien vorgesehen, insbesondere in den sogenannten Gleichbehandlungsrichtlinien. Am 10.12.2021 startete eine öffentliche Konsultation zu diesen Einrichtungen, die als Grundlage für den Vorschlag der Kommission zur Stärkung der Gleichbehandlungsstellen dienen sollen. „Ich möchte das Feedback der Menschen hören – von Bürgern, die ihre Probleme den Gleichstellungsstellen gemeldet haben, von den Menschen, die dort arbeiten, von zivilgesellschaftlichen Gleichstellungsorganisationen, Behörden, Unternehmen, Gewerkschaften, Experten und Praktikern“, sagte *Helena Dalli*.

[Pressemitteilung](#)

Geschlechtsspezifische Gewalt im Internet: Parlament will ein EU-Gesetz

Das Europäische Parlament hat am 14.12.2021 eine legislative Entschließung angenommen, in welcher die Kommission aufgefordert wird, im Rahmen der für März 2022 angekündigten Gesetzesinitiative zur Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt auch einen Rechtsakt zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Cybergewalt vorzuschlagen. Die Abgeordneten fordern eine gemeinsame Definition von geschlechtsspezifischer Gewalt im Internet sowie harmonisierte Mindest- und Höchststrafen. Der Text, der mit 513 Stimmen bei 122 Gegenstimmen und 58 Enthaltungen angenommen wurde, weist darauf hin, dass es in der EU keinen angemessenen Rechtsrahmen zur Bekämpfung des Phänomens und zum Schutz und zur Unterstützung der Opfer gebe. Eine Liste von Handlungen, gegen die die Gesetzgebung vorgehen sollte, umfasst beispielsweise Cyberstalking, sexistische Hetze oder die Aufnahme und Weitergabe von Bildern sexueller Übergriffe.

[Pressemitteilung](#)

Gleichstellung: Abgeordnete fordern besseren Arbeitsmarktzugang für Frauen

Das Europäische Parlament fordert von der EU und den Mitgliedstaaten konkrete Maßnahmen zur Wahrung der Frauenrechte und zum Abbau des Geschlechtergefälles in der EU. Das Parlament zeigt sich besorgt darüber, dass es in der EU nach wie vor ein geschlechtsspezifisches Lohngefälle von 14,1 % gibt. In der am 15.12.2021 angenommenen Entschließung bekräftigen die Abgeordneten, dass gleiches Entgelt und Gleichbehandlung wesentliche Voraussetzungen für die Gleichstellung, wirtschaftliche Unabhängigkeit und berufliche Entfaltung von Frauen sind. Die Abgeordneten begrüßen zwar die von der Kommission vorgeschlagenen verbindlichen Maßnahmen für mehr Lohntransparenz. Jedoch reiche Lohntransparenz allein nicht aus, um das tief verwurzelte Geschlechtergefälle zu beseitigen.

[Pressemitteilung](#)



Europäisches Parlament fordert rasche Einführung eines EU-Sozialversicherungsausweises

Das Europäische Parlament fordert von der Kommission noch vor Ende 2022 einen Gesetzgebungsvorschlag für einen EU-Sozialversicherungsausweis, um den Verwaltungsaufwand für mobile Arbeitnehmer zu verringern. Einer am 25.11.2021 angenommenen Entschließung zufolge soll der „European social security pass“ (ESSP) eine Echtzeitüberprüfung der Daten mobiler Arbeitnehmer durch die zuständigen Behörden des Mitgliedstaats ermöglichen und dazu beitragen, unlautere Praktiken wie Sozialbetrug und nicht angemeldete Erwerbstätigkeit zu bekämpfen. Zudem soll der ESSP es den Arbeitnehmern erleichtern, ihre Sozialversicherungsbeiträge und -ansprüche nachvollziehen und geltend machen zu können.

[Pressemitteilung](#)

[Entschließung](#)

Europaabgeordnete fordern: Öffentliche Aufträge nur noch an tarifgebundene Unternehmen

Über 100 Abgeordnete aus verschiedenen Fraktionen des Europäischen Parlaments wollen, dass öffentliche Aufträge nur noch an Unternehmen vergeben werden dürfen, die Tarifverträge mit ihren Arbeitnehmern abgeschlossen haben. Davon würden insbesondere Reinigungskräfte, Callcenter-Mitarbeiter, Beschäftigte in Pflegeheimen oder das Wachpersonal profitieren. In einer offenen Erklärung fordern die Abgeordneten die Kommission auf, eine rasche Gesetzesinitiative vorzulegen.

[Begleitende Pressemitteilung der europäischen Dienstleistungsgewerkschaft UNI](#) (in englischer Sprache)

Automobilzulieferer befürchten mit reinem Elektro-Ansatz massiven Jobverlust

Der europäische Verband der Automobilzulieferer (CLEPA) hat eine Studie in Auftrag gegeben, mit der die Auswirkungen von verschiedenen Green-Deal-Szenarien auf die Beschäftigung bei Automobilzulieferern untersucht wurde. Ein Ergebnis: Bei einer kompletten Umstellung auf Elektrofahrzeuge bis zum Jahr 2035 droht in der EU der Verlust einer halben Million Arbeitsplätze. Dabei würden 70 % der Stellen innerhalb einer kurzen Fünf-Jahresperiode von 2030 - 2035 verloren gehen. Selbst unter Einbeziehung der neuen Arbeitsplätze, die durch die Elektromobilität entstünden, sei mit einem Nettoverlust von voraussichtlich 275.000 Arbeitsplätzen (minus 43 %) von heute bis 2040 zu rechnen, so die Berechnungen.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

EuGH: Gehaltskürzung während Urlaub wegen Arbeitsunfähigkeit ist europarechtswidrig

Der EuGH hat in einem Urteil die Arbeitszeitrichtlinie (2003/88/EG) dahingehend ausgelegt, dass einem Arbeitnehmer während seines bezahlten Urlaubs nicht das Gehalt wegen einer Arbeitsunfähigkeit gekürzt werden darf (Az. C-217/20). Es ging um einen Fall aus den Niederlanden, in welchem ein Mitarbeiter der niederländischen Steuerverwaltung in seinem Urlaub nur einen Teil der Bezahlung bekommen hatte.



[EuGH-Urteil](#)

EuGH stärkt die Rechte von Familien mit zwei gleichgeschlechtlichen Elternteilen

Der EuGH hat am 14.12.2021 entschieden, dass eine von einem Mitgliedstaat ausgestellte Geburtsurkunde, welche zwei Personen gleichen Geschlechts als Eltern ausweist, auch von allen anderen Mitgliedstaaten anerkannt werden muss. Denn das betroffene Kind soll sich mit den Elternteilen im Hoheitsgebiet der EU frei bewegen und aufhalten können. In dem verhandelten Fall ging es um zwei verheiratete Frauen, eine Bulgarin und eine Britin, die in Spanien eine Tochter bekommen haben.

[Pressemitteilung](#)

10.000 junge Menschen haben bereits von Erasmus für Jungunternehmer profitiert

Das Programm Erasmus für Jungunternehmer hat Anfang Dezember bekanntgegeben, dass bereits 10.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer von der Initiative profitieren konnten. Seit der Einführung im Jahr 2009 hat das Programm Jungunternehmern geholfen, ihre unternehmerischen Fähigkeiten weiterzuentwickeln und durch ein Praktikum in einem Gastunternehmen im Ausland Geschäftserfahrung zu sammeln. Gleichzeitig können die Gastunternehmen von den neuen Ideen, Erkenntnissen und der Energie der jüngeren Kollegen profitieren.

[Pressemitteilung](#)

Gewinner des Europäischen Wettbewerbs für soziale Innovation 2021 stehen fest

Die Kommission hat die Gewinner des Europäischen Wettbewerbs für soziale Innovation 2021 (European Social Innovation Competition) bekannt gegeben. Das diesjährige Thema, zu dem innovative Lösungen für Probleme unserer Gesellschaft gesucht wurden, lautete „Kompetenzen für morgen - Gestaltung einer grünen und digitalen Zukunft“. Die Siegerprojekte erhielten jeweils ein Preisgeld von 50 000 €.

Zu den [Gewinner-Projekten](#) (in englischer Sprache)

Disability Platform nimmt ihre Arbeit für die Rechte von Menschen mit Behinderungen auf

Die von der Kommission in ihrer Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen (2021 - 2030) angekündigte Disability Platform hat sich konstituiert und ist am 15.12.2021 zu einer ersten Sitzung zusammengekommen. In der Arbeitsgruppe sollen alle EU-Mitgliedstaaten, 14 Organisationen der Zivilgesellschaft und die europäischen Institutionen zusammenarbeiten, damit Menschen mit Behinderungen ihre Rechte im Einklang mit der UN-Behindertenrechtskonvention besser wahrnehmen können. Ziel ist der Austausch von Informationen, Erfahrungen und bewährten Praktiken. Die Plattform soll aber auch ein Forum für die Zusammenarbeit bei der Ausarbeitung von politischen Initiativen oder Legislativvorschlägen im Behindertenbereich bieten.



[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

Europäische Ausbildungsallianz veröffentlicht Aktionsplan

Die Europäische Ausbildungsallianz (European Alliance for Apprenticeships, EAfA) hat ihren Aktionsplan für das Jahr 2022 veröffentlicht. Der Plan skizziert die Schritte, mit denen die EAfA europaweit die Lehrlingsausbildung in Zusammenarbeit mit allen wichtigen Akteuren fördern will und enthält einen Kalender mit allen geplanten Aktivitäten.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

Ausgezeichnet barrierefrei: Stadt Luxemburg erhält Access City Award 2022

Jedes Jahr zeichnet die Kommission Initiativen zur Förderung der Barrierefreiheit in europäischen Städten mit mehr als 50.000 Einwohnern aus. Der sogenannte Access City Award ging in diesem Jahr an die Stadt Luxemburg und wurde bei der diesjährigen Konferenz zum Europäischen Tag der Menschen mit Behinderungen verliehen.

[Pressemitteilung](#)

Europäische Arbeitsbehörde will Verfahren zur Schlichtung von Streitigkeiten über Arbeitsmobilität in der EU vereinfachen

Der Verwaltungsrat der Europäischen Arbeitsbehörde (ELA) hat eine Verfahrensordnung zur Schlichtung von Streitigkeiten der EU-Mitgliedstaaten im Bereich der Arbeitsmobilität erlassen. Die ELA will im Jahr 2022 die ersten Mediationsverfahren starten (beispielsweise bei Streitigkeiten im Zusammenhang mit der Entsendung von Arbeitnehmern). In der Verfahrensordnung ist nun geregelt, wie die ELA zwischen Mitgliedstaaten schlichtet, wenn es diesen nicht gelingt, durch direkten Kontakt und Dialog eine gemeinsame Lösung zu finden. Zudem schloss die ELA eine Kooperationsvereinbarung mit SOLVIT (dem Netzwerk für außergerichtliche Lösungen bei Beschwerden über Binnenmarktverstöße). Die SOLVIT-Stellen der Mitgliedstaaten können demnach einen ungelösten Fall in gegenseitigem Einvernehmen an die ELA verweisen. Das ELA-Mediationsverfahren könne insofern als eine Erweiterung des SOLVIT-Verfahrens betrachtet werden, teilte die ELA mit.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)



STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE

Länderspezifische Gesundheitsprofile 2021

Die Kommission hat am 14.12.2021 in Zusammenarbeit mit der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und dem Europäische Observatorium für Gesundheitssysteme und Gesundheitspolitik, die länderspezifischen Gesundheitsprofile im Rahmen des gemeinsamen Projektzyklus „State of Health in the EU“ vorgestellt. Diese bieten einen knappen und politisch relevanten Überblick über die Gesundheit und die Gesundheitssysteme in den Mitgliedstaaten der EU/des Europäischen Wirtschaftsraums. Ein Begleitbericht fasst die Ergebnisse der Länderprofile zusammen und analysiert außerdem EU-weit relevante Themen:

- Die längerfristigen Auswirkungen der COVID-19 Pandemie auf die Gesundheit und die Gesundheitssysteme
- Die Vorteile digitaler Innovation in Gesundheitsversorgung und im öffentlichen Gesundheitsdienst
- Strategien der Planung des Bedarfs und der Anforderungen an Gesundheits- und Pflegeberufe nach der COVID-19 Pandemie

[Die Länderprofile](#) (in englischer Sprache und in den jeweiligen Landessprachen)

[Das Länderprofil für Deutschland](#)

[Der Begleitbericht \(„Companion Report“\)](#) (in englischer Sprache)

Rat nimmt Schlussfolgerungen zur Stärkung der Europäischen Gesundheitsunion an

Am 07.12.2021 nahm der Rat Schlussfolgerungen zur Stärkung der Europäischen Gesundheitsunion an und beriet über weitere Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie. In den Schlussfolgerungen wurden folgende Prioritäten für die Stärkung der Europäischen Gesundheitsunion hervorgehoben: innovative Lösungen für widerstandsfähige Gesundheitssysteme, Zugänglichkeit und Verfügbarkeit von Arzneimitteln und Medizinprodukten, globale Gesundheit sowie Bekämpfung von Krebs. Der Vorsitz unterrichtete die Ministerinnen und Minister ferner über den erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen über zwei Legislativvorschläge zum Aufbau der europäischen Gesundheitsunion. Sie beziehen sich auf

- eine größere Rolle der Europäischen Arzneimittel-Agentur bei der Krisenvorsorge und dem Krisenmanagement in Bezug auf Arzneimittel und Medizinprodukte sowie
- ein erweitertes Mandat des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC), mit dem die Arbeit des ECDC in den Bereichen Überwachung, Frühwarnung, Vorsorge und Reaktion gestärkt werden soll.

[Tagung des Rates „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“ - Consilium](#)

[Schlussfolgerungen zur Stärkung der Europäischen Gesundheitsunion](#)



Immunreaktion bei heterologer Auffrischungsimpfung

Die Europäische Arzneimittelagentur (EMA) und das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) haben bestätigt, dass eine heterologe Auffrischungsimpfung gegen COVID-19 eine mindestens gleichstarke Immunreaktion hervorheben würde wie eine homologe Auffrischungsimpfung. So verursache eine Kombination von viralen Vektor- und mRNA-Impfstoffen gute Antikörperspiegel gegen SARS-CoV-2 und eine höhere T-Zell-Antwort als bei Verwendung des gleichen Impfstoffs. Aus diesem Grund, aber auch aus logistischen Erwägungen, sei eine heterologe Auffrischungsimpfung zu erwägen. Es gebe dagegen noch nicht genug Daten zur Verwendung eines viralen Vektorimpfstoffs als zweite Dosis bei der Erstimpfung und der Verwendung von zwei verschiedenen mRNA Impfstoffen.

[Pressemitteilung der EMA](#) (in englischer Sprache)

Europäische Arzneimittelagentur empfiehlt Zulassung von RoActemra für Erwachsene mit schwerer COVID-19 Infektion

Der Ausschuss für Humanarzneimittel (CHMP) der Europäischen Arzneimittelagentur (EMA) hat am 06.12.2021 empfohlen, das Anwendungsgebiet von RoActemra (Tocilizumab) auf die Behandlung von mit COVID-19 infizierten Erwachsenen zu erweitern, die eine systemische Behandlung mit Kortikosteroiden erhalten und zusätzlichen Sauerstoff oder mechanische Beatmung benötigen.

Das Arzneimittel des Pharmaunternehmens Roche Registration GmbH ist in der EU bereits u. a. zur Therapie von rheumatoider Arthritis und des Cytokin-Release-Syndroms (CSR) zugelassen. Beim enthaltenen Wirkstoff Tocilizumab handelt es sich um einen monoklonalen Antikörper, welcher genutzt wird, um verschiedene Immunreaktionen des Körpers zu unterbinden oder zu reduzieren. Der CHMP hat seine Empfehlung an die Kommission weitergeleitet, der die endgültige Entscheidung über eine Zulassung obliegt.

[Pressemitteilung der EMA zur Zulassung von RoActemra für Erwachsene mit schwerer COVID-19-Infektion](#)
(in englischer Sprache)

Rat streicht Jordanien und Namibia von der Liste der Länder, für die die Reisebeschränkungen aufgehoben werden sollten

Der Rat hat am 02.12.2021 beschlossen, Jordanien und Namibia von der Liste der Länder zu streichen, für die die Reisebeschränkungen im Zusammenhang mit der COVID-19 Pandemie aufgehoben werden sollen. Damit reagierte der Rat auf die die epidemiologische Lage und die allgemeine Reaktion auf COVID-19. Auf der Liste stehen nun noch 17 Staaten. Darunter etwa Australien, Neuseeland, Kanada und die VR China (vorbehaltlich der Bestätigung der Gegenseitigkeit der Maßnahme).

[Pressemitteilung vom 02.12.2021](#)



Genug Impfstoff für Auffrischungsimpfungen vorhanden

Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* und Gesundheitskommissarin *Stella Kyriakides* haben am 01.12.2021 erneut dazu aufgerufen, das Impftempo in Europa zu erhöhen. Mit Blick auf die Omikron-Variante brauche es große Wachsamkeit und eine rasche und gemeinsame Reaktion der EU-Staaten. *Von der Leyen* bekräftigte, dass ausreichend Impfstoff für Auffrischungsimpfungen vorhanden sei. BioNTech/Pfizer habe zudem bestätigt, den Impfstoff für Kinder zwischen fünf und elf Jahren bereits ab 13.12.2021 auszuliefern.

[Erklärung der Kommissionspräsidentin](#)

COVID-Variante: Kommission fordert koordinierte Maßnahmen der EU-Staaten

Die Kommission zeigt in einer Mitteilung vom 01.12.2021 auf, wie die EU und ihre Mitgliedstaaten auf die Herausforderung der vierten COVID-19-Welle reagieren können. Die EU und die Mitgliedstaaten müssen unter Beweis stellen, dass sie rasch reagieren können, um die Verbreitung des Virus einzudämmen. Dies erfordere eine entschlossene und rasche Reaktion, die Folgendes umfasst:

- Die EU und die Mitgliedstaaten sollten weiterhin eine gemeinsame Strategie verfolgen, um die Einschleppung der Omikron-Variante in die EU zu begrenzen, wobei die wichtigsten Reisebeschränkungen regelmäßig - täglich - überprüft werden müssen. Die EU und die Mitgliedstaaten sollten bereit sein, alle erforderlichen Kontrollen durchzuführen.
- Die Mitgliedstaaten sollten erneut Impfkampagnen durchführen, um ungeimpfte Menschen in allen impffähigen Altersgruppen anzusprechen, und zielgerichtete nationale Strategien gegen die Impfskepsis umsetzen.
- Die Mitgliedstaaten sollten die Auffrischungsdosen rasch verimpfen, um einen hohen Schutz vor dem Virus, auch vor der Omikron-Variante, aufrechtzuerhalten, und zwar zunächst unter den am stärksten gefährdeten Gruppen.
- Die EU-Agenturen sollten sicherstellen, dass die erforderlichen wissenschaftlichen Leitlinien rasch verfügbar sind.
- Die Kommission wird sich verstärkt um die Herstellung, Zulassung und gemeinsame Beschaffung von COVID-19-Therapeutika bemühen.
- Das Europäische Parlament und der Rat sollten die Vorschläge für eine europäische Gesundheitsunion und die HERA-Krisenverordnung noch vor Ende 2021 annehmen.
- Die Mitgliedstaaten sollten gezielte und verhältnismäßige Vorsorge- und Beschränkungsmaßnahmen treffen, um die Ausbreitung des Virus einzudämmen, Menschenleben zu retten und Druck von den Gesundheitssystemen zu nehmen. Eine umfassende Koordinierung auf EU-Ebene müsse gewährleistet sein. Mit dem Aufkommen der Omikron-Variante sollte besonderes Augenmerk auf die Anwendung und Mitteilung spezifischer Kontaktmaßnahmen am Jahresende gelegt werden.
- Die Mitgliedstaaten sollten das überarbeitete Konzept für die Freizügigkeit mit einer Standard-Gültigkeitsdauer von neun Monaten im Rahmen des digitalen COVID-Zertifikats der EU umsetzen.



- Die EU und die Mitgliedstaaten sollten die Bemühungen von Team Europa um eine gemeinsame Nutzung der Impfstoffbestände beschleunigen, damit das auf dem G20-Gipfel im Oktober 2021 vereinbarte weltweite Impfziel von 70 % im Jahr 2022 erreicht und der Aufbau von Kapazitäten für Sequenzierung, Tests und Impfungen unterstützt werden können.
- Darüber hinaus sollte die EU einen klaren Standpunkt in der Frage vertreten, wie Fortschritte bei der Gewährleistung einer stärkeren, gerechteren und beschleunigten globalen Gesundheitsarchitektur möglich sind.

[Mitteilung der Kommission vom 01.12.2021](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung der Kommission](#)

WHO-Staaten vereinbaren Aushandlung eines internationalen Instruments über Pandemieprävention und -reaktion

Die Mitgliedstaaten der Weltgesundheitsorganisation (WHO) haben im Rahmen der außerordentlichen Weltgesundheitsversammlung am 01.12.2021 beschlossen, einen globalen Prozess zur Ausarbeitung und Verhandlung eines Übereinkommens, einer Vereinbarung oder eines anderen internationalen Instruments einzuleiten, um die Prävention, Bereitschaft und Reaktion auf Pandemien zu stärken. Dr. *Tedros Adhanom Ghebreyesus*, Generaldirektor der WHO, sagte, die Entscheidung der Weltgesundheitsversammlung sei von historischer Tragweite, von entscheidender Bedeutung für ihren Auftrag und stelle eine einmalige Gelegenheit dar, die globale Gesundheitsarchitektur zu stärken, um das Wohl aller Menschen zu schützen und zu fördern.

[Pressemitteilung WHO vom 01.12.2021](#) (in englischer Sprache)

EU und Türkei erörtern Gesundheitsfragen von beiderseitigem Interesse

Am 01.12.2021 sind die Kommissarin *Kyriakides* und der türkische Gesundheitsminister *Koca* per Videokonferenz zum ersten Treffen im Rahmen des hochrangigen Dialogs zwischen der EU und der Türkei über die öffentliche Gesundheit zusammengekommen und erörterten Möglichkeiten, die Zusammenarbeit in diesem Bereich voranzubringen. Minister *Koca* brachte die Bereitschaft der Türkei zum Ausdruck, mit der EU zusammenzuarbeiten und bewährte Verfahren und Erfahrungen auszutauschen. Die Kontakte zwischen der Kommission und der Türkei werden nun auf fachlicher Ebene fortgesetzt. Die Kommissarin und der Minister kamen überein, eine Bilanz der Beratungen zu ziehen und ihren Dialog im Jahr 2022 fortzusetzen, um eine Annäherung der EU und der Türkei im Gesundheitsbereich zu erreichen.

[Pressemitteilung](#)



WHO-Sondersitzung: von der Leyen bekräftigt weltweites Impfziel von 70 %

Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* hat am 29.11.2021 vor der Versammlung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) die Aufnahme von Verhandlungen über ein internationales Instrument zur Stärkung der Pandemieprävention, -vorsorge und -bekämpfung begrüßt. Gleichzeitig bekräftigte *von der Leyen* das weltweite Impfziel von 70 %: *Von der Leyen* unterstrich, dass die EU bis Mitte 2022 mindestens 700 Mio. Impfstoffdosen für Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen bereitstellen will. Dies kommt zu den drei Mrd. € hinzu, die die EU für die Schaffung des ACT-Accelerators für weltweite Impfungen durch COVAX und die Entwicklung der Impfstoffherstellung in Afrika und Südamerika bereitgestellt hat.

[Pressemitteilung WHO-Sondersitzung](#)

[Rede Kommissionspräsidentin](#) (in englischer Sprache)

Stärkung des Europäischen Zentrums für die Prävention und Kontrolle von Krankheiten

Am 29.11.2021 haben Vertreterinnen und Vertreter des Rates und des Europäischen Parlaments (EP) eine politische Einigung über die Erneuerung des Mandats des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) erzielt. Mit dem neuen Vorschlag soll die Arbeit des ECDC in den Bereichen Überwachung, Frühwarnung, Vorsorge und Reaktion gestärkt werden. So soll u. a. eine EUTask Force „Gesundheit“ geschaffen werden, die lokale Reaktionen auf den Ausbruch von Krankheiten unterstützen soll. Ferner soll den EU-Staaten und der Kommission Fachwissen zur Verfügung gestellt werden. Das ECDC wird auch mit der Entwicklung digitaler Plattformen für die epidemiologische Überwachung beauftragt werden. Im weiteren Verfahren muss der Vorschlag vom Rat und EP formell angenommen werden.

[Pressemitteilung](#)

COVID-19-Impfstoffausfuhren aus EU ab 2022 nicht mehr genehmigungspflichtig

Die Kommission hat am 26.11.2021 bekannt gegeben, dass der Transparenz- und Genehmigungsmechanismus für die Ausfuhr von COVID-19-Impfstoffen nicht verlängert und somit zum 01.01.2022 auslaufen wird. Zukünftig werden Impfstoffhersteller für die Ausfuhr von Impfstoffen aus der EU also keine Genehmigung mehr beantragen müssen. Die Transparenz der Ausfuhren soll stattdessen von einem neuen Überwachungsmechanismus gewährleistet werden, der der Kommission zeitnah unternehmensspezifische Daten über die Ausfuhr von Impfstoffen liefert. Die Kommission wies aber explizit darauf hin, dass eine veränderte epidemiologische Lage auch wieder Veränderungen der exportspezifischen Maßnahmen mit sich bringen könne.

Hintergrund sind die umfassenden Bemühungen der EU, die weltweit dringend benötigte, möglichst weitreichende und schnelle Herstellung und gerechte Verteilung von COVID-19-Impfstoffen zu erleichtern.

[Pressemitteilung vom 26.11.2021](#)

[Durchführungsverordnung der Kommission](#)



ECDC stuft Omikron-Variante als besorgniserregend ein

Das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) hat am 26.11.2021 die neue südafrikanische Variante aufgrund von Bedenken hinsichtlich der Immunflucht und der potenziell erhöhten Übertragbarkeit im Vergleich zur Delta-Variante als besorgniserregende Variante (VOC) eingestuft. Mathematische Modellierungen zeigten, dass in den kommenden Monaten die Omikron-Variante wohl mehr als die Hälfte aller SARS-CoV-2-Infektionen in der EU/EWR verursachen könnte.

[Mitteilung des ECDC](#)

Gültigkeitsdauer für Impfzertifikate soll auf neun Monate beschränkt werden

Die Kommission hat am 25.11.2021 vorgeschlagen, die als Reaktion auf die COVID-19-Pandemie eingeführten Vorschriften zur Koordinierung des freien Personenverkehrs in der EU zu aktualisieren. Dazu zählen: eine stärkere Fokussierung auf einen „personenbezogenen“ Ansatz für Reisemaßnahmen, eine Standard-Gültigkeitsdauer von neun Monaten für Impfzertifikate, die nach Abschluss der ersten Impfserie ausgestellt wurden, die Berücksichtigung von Impfungen in der Ampelkarte der EU sowie ein vereinfachtes Verfahren für eine „Notbremse“. Die vorgeschlagene Gültigkeitsdauer von neun Monaten im Hinblick auf die COVID-19 Zertifikate berücksichtigt die Leitlinien des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) für die Verabreichung von Booster-Impfungen ab einem zeitlichen Abstand von sechs Monaten und sieht einen zusätzlichen Zeitraum von drei Monaten vor, um sicherzustellen, dass die nationalen Impfkampagnen entsprechend angepasst werden können und die Bürgerinnen und Bürger Zugang zu Auffrischungsimpfungen haben.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Empfehlung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

Europäisches Parlament: Arzneimittel müssen leichter zugänglich und bezahlbar sein

Das Europäische Parlament verabschiedete am 24.11.2021 eine Entschließung als Beitrag des Parlaments zum Vorhaben der Kommission, die EU-Arzneimittelgesetzgebung im Jahr 2022 zu aktualisieren. Die Abgeordneten rufen zu einer patientenorientierten EU-Arzneimittelpolitik auf. Die Widerstandsfähigkeit müsse durch Prävention von Arzneimittelengpässen, Sicherung der Lieferketten und nachhaltige Arzneimittel erhöht werden. Die europäische Pharmaindustrie müsse transparent, wettbewerbsfähig und innovativ sein. Die Abgeordneten fordern insbesondere Maßnahmen zur Gewährleistung sicherer, leichter zugänglicher und erschwinglicher Arzneimittel. Gemeinsame öffentliche Aufträge der EU sowie Forschung und Entwicklung sollten gefördert werden. Die Kommission wird voraussichtlich gegen Ende 2022 eine Aktualisierung der EU-Arzneimittelvorschriften vorschlagen.

[Pressemitteilung](#)

[Entschließung](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR DIGITALES

Abstimmungen zu den Gesetzen für digitale Dienste und digitale Märkte im Europäischen Parlament

Am Rande der Plenartagung hat am 13./14.12.2021 der Binnenmarktausschuss des Europäischen Parlaments (EP) mit 36 Ja- Stimmen bei 7 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen über seine Position zum Gesetz für digitale Dienste (Digital Services Act, DSA) abgestimmt. Bevor Verhandlungen mit dem Rat beginnen können, erfolgt voraussichtlich im Januar 2022 noch eine Abstimmung im Plenum. Die Abgeordneten wollen im DSA u. a. strengere Regeln für eine nicht diskriminierende, die Meinungsfreiheit wahrende Bearbeitung von Beschwerden durch Plattformen vorsehen. Sehr große Online-Plattformen sollen außerdem zukünftig ihren Nutzern mindestens einen Empfehlungsalgorithmus anbieten, der nicht auf Profilbildung basiert. Mit einer großen Mehrheit von 642 zu 8 Stimmen bei 46 Enthaltungen hat das Plenum des EP am 15.12.2021 zudem seine Verhandlungsposition für das Gesetz über digitale Märkte (Digital Markets Act, DMA) angenommen. Mit seiner Position will das EP den Anwendungsbereich des DMA auf Webbrowser, sprachgesteuerte virtuelle Assistenten und Smart-TV ausweiten. Zudem passt es die Schwellenwerte für die Vermutung der Gatekeeper-Eigenschaft an und macht Anpassungen bei den Verboten und Pflichten für Gatekeeper. Trilogverhandlungen sollen nun im ersten Halbjahr 2022 unter dem französischen Ratsvorsitz beginnen.

[Pressemitteilung des EP zur Abstimmung zum DMA](#)

[Pressemitteilung des EP zur Abstimmung zum DSA](#)

Kommission will Arbeitsbedingungen von Plattformbeschäftigten verbessern

Die Kommission hat am 09.12.2021 Maßnahmen zum Schutz von Menschen vorgeschlagen, die als sogenannte Plattformbeschäftigte beispielsweise bei Essenslieferanten, Fahrdiensten oder Haushaltsdienstleistern arbeiten (siehe hierzu Beitrag des StMAS in diesem EB). Mit dem Vorschlag für eine Richtlinie zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Plattformarbeit sollen auch die von den Plattformen eingesetzten Algorithmen adressiert werden. Der Entwurf räumt den Beschäftigten Informationsrechte bezüglich der eingesetzten Systeme ein, die die Beschäftigten überwachen, bewerten und die Entscheidungen treffen, die die Arbeitsbedingungen beeinflussen. Enthalten ist auch ein Verbot der Erhebung von personenbezogenen Daten, die nicht unmittelbar der Vertragserfüllung dienen. Zudem sollen die eingesetzten Systeme menschlicher Kontrolle unterliegen und Beschäftigten die automatisierten Entscheidungen anfechten können.

[Pressemitteilung der Kommission](#) mit weiterführenden Links

Tagung des Rates „Verkehr, Telekommunikation und Energie“ (Telekommunikation)

Am 03.12.2021 fand ein Treffen der für Telekommunikation zuständigen Ministerinnen und Minister in Brüssel statt. Dort wurde die Allgemeine Ausrichtung zu Maßnahmen für ein hohes gemeinsames



Cybersicherheitsniveau in der EU angenommen. Zudem zogen die Minister Bilanz der Fortschritte bei den Verhandlungen zum Verordnungsvorschlag für harmonisierte Vorschriften für künstliche Intelligenz. Auch über Fortschritte der Beratungen zum Verordnungsvorschlag für eine europäische digitale Identität, zum Politikprogramm zur Digitalen Dekade und weiteren Rechtsakten wurden die Teilnehmenden durch die slowenische Ratspräsidentschaft unterrichtet.

[Webseite des Rates zu den Ergebnissen der Tagung](#) mit weiterführenden Links

Politische Einigung zum Daten-Governance-Gesetz

Am 01.12.2021 haben die Verhandlungsführer des Europäischen Parlaments (EP) und des Rates eine Einigung zum Daten-Governance-Gesetz gefunden. Der Verordnungsvorschlag war im November 2020 von der Kommission vorgelegt worden und ist Teil der Umsetzung der Europäischen Datenstrategie. Die Verordnung wird Bedingungen für die Weiterverwendung bestimmter im Besitz des öffentlichen Sektors befindlicher Daten festlegen. Die Kommission wird eine europäische zentrale Zugangsstelle mit einem durchsuchbaren elektronischen Register der Daten des öffentlichen Sektors einrichten. Zudem soll mit der Verordnung ein Rahmenwerk für das Geschäftsmodell des Datenmittlers geschaffen werden. Datenmittler sollen eine sichere Umgebung schaffen, in der Unternehmen oder Einzelpersonen Daten austauschen können. Den Mittlern ist es nicht gestattet, die gemeinsam genutzten Daten für andere Zwecke zu verwenden. Sie können keinen Nutzen aus den Daten ziehen, indem sie sie zum Beispiel weiterverkaufen. Sie können jedoch Gebühren für die von ihnen durchgeführten Transaktionen erheben. Die Verordnung schafft zudem ein Rahmenwerk für altruistische Datenspenden, etwa für medizinische Forschungsprojekte. Einrichtungen, die Daten für Ziele von allgemeinem Interesse sammeln wollen, können beantragen, in ein Register anerkannter Organisationen für Datenaltruismus aufgenommen zu werden. Die eingetragenen Organisationen werden EU-weit anerkannt und müssen ein bestimmtes Regelwerk einhalten. Die Verordnung führt zudem Schutzmaßnahmen gegen die unrechtmäßige internationale Übermittlung und staatlichen Zugriff auf nicht personenbezogene Daten ein. In einem nächsten Schritt muss noch die formelle Annahme der Verordnung durch EP und Rat erfolgen.

[Pressemitteilung des Rates](#)

[Pressemitteilung des EP](#) (in englischer Sprache)

[Statement von Berichterstatterin Angelika Niebler](#)